

# **MARKT WIRTSCHAFT OHNE KAPITALISMUS**

**Von der Akkumulation  
und Konzentration in  
der Wirtschaft zu ihrer  
Dezentralisierung**

**WERNER ONKEN**

# **Marktwirtschaft ohne Kapitalismus**

## **Von der Akkumulation und Konzentration in der Wirtschaft zu ihrer Dezentralisierung**

Werner Onken

**Teil 4** (von 15)

**Sozialer Liberalismus und libertärer  
Sozialismus in England und Frankreich  
um 1848 und danach**

Oldenburg 2019 / 2020

1. Online-Auflage September 2019

© Werner Onken

<https://www.werner-onken.de/>  
[onken@sozialoekonomie.info](mailto:onken@sozialoekonomie.info)

PrePress / Online:  
Rettberg-Gauke Verlags- & Medienservice

## 4 Sozialer Liberalismus und libertärer Sozialismus in England und Frankreich um 1848 und danach

Der beiden einzigen Sozialreformer, die die Arbeiterbewegung noch hätten veranlassen können, ihren von Marx & Engels eingeschlagenen Kurs zu korrigieren, waren der englische Philosoph und Ökonom John Stuart Mill (1806-1873) und der französische Sozialreformer Pierre Joseph Proudhon (1809-1865). In ihrem „Kommunistischen Manifest“ hatten Marx & Engels Proudhon dem „konservativen Bourgeoisozialismus“ zugeordnet, mithin jenem „Teil der Bourgeoisie, der den sozialen Missständen abzuhelfen wünscht, um den Bestand der bürgerlichen Gesellschaft zu sichern. ... Er verlangt im Grunde nur, dass das Proletariat in der jetzigen Gesellschaft stehen bleibe, aber seine gehässigen Vorstellungen von derselben abstreife.“<sup>1</sup> Und auch John Stuart Mill war für sie ein bürgerlicher Ökonom, der mit „geistlosem Synkretismus“ und der Wiederholung von Dogmen und Gemeinplätzen lediglich versuche, „die politische Ökonomie des Kapitals mit den jetzt nicht länger zu ignorierenden Ansprüchen des Proletariats in Einklang zu setzen“.<sup>2</sup>

Dabei wollten weder Mill noch Proudhon die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft durch eine soziale Ummantelung konservieren, wie Marx und Engels ihnen unterstellten. Vielmehr wollten sie die kapitalistisch deformierte bürgerliche Gesellschaft auf anderen Wegen als die Frühsozialisten in eine tatsächlich egalitäre Bürgergesellschaft der Freien und Gleichen umformen. Während Mill die klassische Ökonomie in die Richtung eines sozialen Liberalismus weiterentwickeln wollte, betrachtete Proudhon sie mehr von außen<sup>3</sup> und hoffte, außerhalb von ihr eine neue Verbindung von Freiheit und Gerechtigkeit als nichtkommunistische Alternative zum Kapitalismus entwickeln zu können. Allerdings waren Mills und Proudhons Vorstellungen über die Ursachen der kapitalistischen Fehlentwicklung des Liberalismus und über eine rechtliche Rahmenordnung monopolfreier Märkte noch unvollkommen, so dass es für Marx & Engels einfach war, sich ihnen überlegen zu fühlen und ihre Schwächen zu kritisieren.

### 4.1 John Stuart Mills Ansätze eines sozialen Liberalismus

Der in den Bereichen der alten Sprachen, der Philosophie und Mathematik sowie der Geschichte und Ökonomie umfassend gebildete John Stuart Mill lehrte zwar nicht an einer Universität, sondern war in der „Ostindischen Gesellschaft“ tätig. Gleichwohl war er eng vertraut mit den Lehren der Klassiker und mit den kritischen Stimmen, die sich in der Ökonomie und mehr noch in den sozialen Bewe-

---

<sup>1</sup> Karl Marx & Friedrich Engels (1848/1969), S. 488.

<sup>2</sup> Karl Marx & Friedrich Engels (1867/1972), S. 21 und 530.

<sup>3</sup> Vgl. hierzu Pierre Joseph Proudhon (1840/1971), S. 67 („Die Nationalökonomie ist die schlimmste Art von Autorität auf dem Gebiete der Gesetzgebung und Philosophie.“), 102, 130 und 142 (Kritik an Jean Baptiste Say).

gungen gegen die Ausbeutung der menschlichen Arbeit im Frühkapitalismus erhoben. Als letzter großer Klassiker hielt Mill in seinem Werk über die „Grundsätze der Politischen Ökonomie“ (1848) an der von Adam Smith postulierten Freiheit des unternehmerischen Handelns und an der dezentralen Selbstorganisation freie Märkte fest; aber er nahm die Kritik der Frühsozialisten an den real existierenden Formen der kapitalistisch vermachteten Märkte ernst, insbesondere die Kritik von Saint-Simon, den er während einer Reise nach Frankreich persönlich kennenlernte. Dem klassischen Laissez-faire-Prinzip hielt Mill liberale und zugleich soziale Überlegungen entgegen, wie die 1789 von der Französischen Revolution erkämpfte politische Gleichheit der Menschen nach dem Umweg über den Frühkapitalismus doch noch um eine wirtschaftliche Gleichheit ergänzt werden könnte.

### **Das private Bodeneigentum als Monopolgut und die Bodenrente als leistungsloses Einkommen**

Für eine ganz wesentliche Ursache der monopolistischen Vermachtung der Märkte hielt Mill das private Eigentum am Boden. Deshalb verstärkte er die schon von Smith geäußerten Zweifel an der Rechtmäßigkeit der privaten Vereinnahmung der Bodenrente und knüpfte an den Gedanken von Ricardo an, die private Bodenrente, deren Höhe sich nach der Beschaffenheit und Lage von Grundstücken richtet, wegen ihrer Eigenschaft als leistungsloses Monopoleinkommen mit Hilfe einer Bodensteuer zugunsten der Allgemeinheit zu besteuern.<sup>4</sup>

Im Gegensatz zum privaten Eigentum an Gütern, das sich auf die Arbeit ihrer Eigentümer zurückführen lässt, ist der Boden nach Auffassung von Mill „nicht das Produkt von Arbeit. ... Kein Mensch schafft das Land. Es ist das ursprüngliche Erbe des ganzen Menschengeschlechts.“ Deshalb ist es ein „Gipfelpunkt der Ungerechtigkeit ... , das Geschenk der Natur einzelnen Individuen allein zur Aneignung zu überlassen. ... Jeder, dem Land gehört, schließt andere von dem Genusse daran aus. Bei Land sollte kein ausschließliches Recht irgendeinem einzelnen Individuum, welches nicht nachweist, dass es wirklich Gutes schaffen kann, zuerkannt werden.“<sup>5</sup> Damit widersprach Mill der Rechtfertigung des privaten Bodeneigentums durch John Locke, der es auf menschliche Arbeit zurückgeführt hatte.

Da der Boden von Natur aus knapp ist und nicht durch menschliche Arbeit vermehrt werden kann, stellte er für Mill eine „Monopolware“ dar. Deshalb können seine privaten Eigentümer - unabhängig davon, ob es wenige oder viele Eigentümer sind - von den übrigen Menschen einen Preis für die leihweise Überlassung von Grundstücken verlangen. Auf diese Weise fließt ihnen als „Wirkung eines Monopols“ über Mieten und Pachten die Bodenrente als leistungsloses Einkommen

---

<sup>4</sup> David Ricardo (1817/1972), S. 64 - 76 (Bodenrente), 141 - 143 (Besteuerung der Bodenrente) und 240 - 248 (Adam Smith's Grundrententheorie).

<sup>5</sup> John Stuart Mill (1848/1924), Band 1, S. 343, 348 und 351.

zu.<sup>6</sup> Den Einfluss von Maßnahmen zur Verbesserung der Bodenqualität sowie des Baus von Straßen, Kanälen und Eisenbahnen auf die Höhe der Bodenrente untersuchte Mill ebenso wie Möglichkeiten, Renteneinkünfte aus der privaten Aneignung von Naturressourcen und aus Patenten zu beziehen. „Ist nicht die Erde selbst, sind nicht Wälder und Gewässer und alle anderen Schätze der Natur über und unter der Erde da? Dies alles gehört zum Erbe des Menschengeschlechtes und wegen dessen gemeinschaftlicher Benutzung müssen Bestimmungen erlassen werden.“<sup>7</sup>

Mit Vorschlägen zur Überwindung der mit dem privaten Bodeneigentum verbundenen Privilegien blieb Mill jedoch vorerst sehr viel vorsichtiger als Marx & Engels, die etwa zur selben Zeit in ihrem „Kommunistischen Manifest“ rigoros für eine entschädigungslose „Expropriation des Grundeigentums und Verwendung der Grundrente zu Staatsausgaben“ eintraten.<sup>8</sup> Mill war sich nämlich auch der Tatsache bewusst, dass die Verbesserung der in der Natur vorgefundenen Grundstücke durch ihre Urbarmachung und Einzäunung auf persönlicher Arbeit beruht. Trotz seiner Kenntnis des Erbpachtsystems sah er zunächst noch keine Möglichkeit, den Boden und die Bodenrente eigentumsrechtlich von den Bodenmeliorationen und aufstehenden Gebäuden zu trennen. Besonders für den Bereich der Landwirtschaft folgte Mill Sismondis Ansicht, dass das Privateigentum am Boden der beste Garant für die Unabhängigkeit und Produktivität nicht zu kleiner und auch nicht zu großer bäuerlicher Familienbetriebe sei.<sup>9</sup> Deshalb stellte Mill das Privateigentum am Boden letztlich doch nicht in Frage und begnügte sich mit der Forderung nach einer Steuer, welche die Bodenrente zugunsten der Allgemeinheit abschöpft. Einerseits habe „der Grundeigentümer keine Möglichkeit, die Last auf einen anderen abzuwälzen“, und andererseits könne sich diese Steuer nicht hemmend auf die wirtschaftliche Nutzung von Grundstücken auswirken.<sup>10</sup> Allerdings ließ Mill offen, nach welchen Richtlinien der Staat die steuerlich abgeschöpfte Bodenrente verwenden sollte und ob er sich ergänzende Maßnahmen zu einer breiteren Streuung des privaten Bodeneigentums vorstellte.

## **Die übersehene Kraft des zinstragenden Geldes, Geld- und Realkapital zu konzentrieren**

Die von den Klassikern als Selbstverständlichkeit hingenommene Spaltung der bürgerlichen Gesellschaft in die „drei Klassen: Arbeiter, Kapitalisten und Grund-

---

<sup>6</sup> John Stuart Mill (1848/1924), Band 1, S. 620 - 621.

<sup>7</sup> John Stuart Mill (1848/1924), Band 1, S. 695 - 699 (Patente), und Band 2, S. 459.

<sup>8</sup> Karl Marx & Friedrich Engels (1848/1969), S. 481.

<sup>9</sup> John Stuart Mill (1848/1924), Band 1, S. 344 - 345 und 417 - 446, bes. S. 381 (Sismondij). Andererseits hielt Mill es für richtig, die früheren Allmenden nicht völlig zu privatisieren. „Es ist Zeit, dass das, was vom Gemeindeland geblieben ist, als ein für das Wohl der Armen bestimmter Boden zurückgehalten werde.“ (S. 564)

<sup>10</sup> John Stuart Mill (1848/1924), Band 2, S. 489 - 492 und 498 - 500.

herren“<sup>11</sup> hat John Stuart Mill also insofern korrigiert, als er der Klasse der Bodeneigentümer keine leistungslosen Einkünfte aus der Bodenrente mehr gewähren wollte.

Im Hinblick auf die Spaltung der Gesellschaft in Kapitalisten und Arbeiter blieb er allerdings noch weitgehend in den Vorstellungen des klassischen Liberalismus befangen. So teilte er zum einen dessen Fehleinschätzung des Geldes als neutrales Tauschmittel und zum anderen dessen Rechtfertigung des Kapitalzinses als eine durch eine Leistung begründete Einkommensart: „Die Einführung des Geldes greift keineswegs in den Verlauf irgendeines der Wertgesetze störend ein. Die Verhältnisse der Güter zueinander bleiben durch das Geld unverändert. Wie die Gesamtheit der auf dem Markte befindlichen Güter die Nachfrage nach Geld ausmacht, so macht die gesamte Masse des Geldes die Nachfrage nach Gütern aus. Das Geld und die Güter suchen einander zum Zwecke des gegenseitigen Austausches.“<sup>12</sup> Mill pflichtete dem von Jean-Baptiste Say aufgestellten Theorem bei, wonach die angebotenen Waren stets durch die Nachfrage von den Märkten abgeräumt werden, so dass sich die Gesamtwirtschaft in einem von Krisen freien Gleichgewicht befindet. Die Einheit von Kauf und Verkauf sowie von Sparen und Investieren bleibe in einer Geldwirtschaft wie in einer Naturaltauschwirtschaft erhalten. Zwar könnten auch Situationen mit einem „Unterangebot von Geld“ eintreten. „Infolge plötzlicher umfangreicher Kreditentziehung will sich niemand des Bargeldes entäußern.“ Solche Situationen entstünden aber nicht durch eine Überproduktion von Waren, sondern durch ein „Übermaß an Spekulationskäufen. ... Das Heilmittel hiergegen ist nicht eine Verringerung des Warenangebots, sondern die Wiederherstellung des Vertrauens.“ Die Unternehmer würden ihr Kapital nur für kurze Zeit „müßig in Händen“ halten und es bald wieder investieren.<sup>13</sup>

Während der Wert der Gold- und Silbermünzen genauso wie der Wert der Waren durch die bei ihrer Herstellung aufgewendete Arbeit bestimmt werde, bestehe allerdings bei einer nicht durch Edelmetalle gedeckten Papierwährung die Gefahr einer Ausgabe von zu viel Papiergeld, um zum Beispiel Schulden des Staates inflationär zu entwerten. Geldwertveränderungen hielt Mill für ein „unerträgliches Übel. ... Alle Schwankungen im Wert des Umlaufmittels sind nachteilig“, da sie den Handel „auf längere Zeit zu einer vollkommen unsicheren Sache“ mache. Deshalb „sollte kein Papiergeld bestehen, dessen Wert nicht auf den der Edelmetalle abgestimmt werden kann.“<sup>14</sup> Unter dem Einfluss der Philosophie des Utilita-

---

<sup>11</sup> John Stuart Mill (1848/1924), Band 2, S. 299.

<sup>12</sup> John Stuart Mill (1848/1924), Band 2, S. 9 und 13. - „Aller Handel ist in Wirklichkeit ein Tauschgeschäft und Geld bloß ein Mittel, die Dinge gegeneinander auszutauschen.“ (Band 2, S. 144) - Vgl. auch Band 1, S. 108.

<sup>13</sup> John Stuart Mill (1848/1924), Band 1, S. 110 (Saysches Theorem) und 507 - 508 (müßiges Kapital) sowie Band 2, S. 114. „Geizhalse sammeln heute ihre Schätze nicht in Geldschränken, sondern legen sie in produktiver Beschäftigung an.“ (S. 516)

<sup>14</sup> John Stuart Mill (1848/1924), Band 2, S. 89 - 93 und 244 - 284 (Mengensteuerung eines in Edelmetalle einlösbaren Papiergeldes).

rismus von Jeremy Bentham führte Mill den Wert der Waren außerdem nicht mehr nur auf den Wert der bei ihrer Herstellung aufgewendeten menschlichen Arbeit zurück, sondern auch auf ihren subjektiven Nutzen für ihre jeweiligen Verbraucher.

Der Kapitalgewinn bestand für Mill aus drei Teilen, die er für gleichermaßen berechtigt hielt: 1. aus dem Unternehmerlohn als „Entschädigung für die zur Aufsicht erforderliche Arbeit und Mühe“ des Unternehmers, 2. aus einer Prämie für das Risiko, das Unternehmer mit ihrer Produktion eingehen, und 3. aus dem Zins des Kapitals, der als „Vergütung von Enthaltbarkeit“ eine Belohnung für die Bereitschaft von Kapitalgebern sei, auf gegenwärtigen Konsum zu verzichten und ihr Kapital entweder als Eigenkapital in ihre Produktionsanlagen zu investieren oder es bei Banken anzulegen, die es als Fremdkapital an andere Unternehmen verleihen. In Übereinstimmung mit Bentham's „Briefen über den Wucher“ wandte sich Mill gegen das „Vorurteil der Kirche gegen das Zinsnehmen“ und unterstellte wie Smith und Ricardo die Existenz eines dauerhaft positiven „natürlichen Zinses“, um den die Marktzinsen je nach Angebot und Nachfrage von bzw. nach Kapital schwanken.<sup>15</sup> Damit unterschätzte er die Gefahren einer zeitlichen Entgrenzung von Geld und Kapital, die dadurch entstanden, dass sich zum einen der Kreislauf von Ware - Geld - Ware (W - G - W) zeitweise unterbrechen ließ und dass sich zum anderen gespartes und wieder investiertes Geld durch den Zins und Zinseszins 'von allein' vermehrte (G - W - G' bzw. G - G').

Infolge der unbemerkt gebliebenen inneren Widersprüchlichkeit der Bestandteile des Kapitalgewinns erkannte Mill die Widersprüche im Prozess der Bildung weiteren Kapitals ebenso wenig wie vor ihm Smith und Ricardo. „Kapital ist das Ergebnis von Sparen“<sup>16</sup>, stellte er nur fest und beachtete dabei nicht, dass in die von ihm als Resultat des Sparens betrachtete Bildung von Kapital und Eigentum einerseits gesparte Teile des Arbeitseinkommens einfließen, das die Unternehmerkapitalisten in ihrer Funktion als Unternehmer und Organisatoren der Produktion verdient haben, und andererseits gesparte Teile ihrer leistungslosen Zinseinkünfte, die sie in ihrer Funktion als Kapitalisten für die Bereitstellung ihres Kapitals erhalten haben.

Auf diese Weise konnte sich privates Eigentum an Geld- und Realkapital aus legitimen und illegitimen Quellen in den Händen einer Minderheit von Unternehmerkapitalisten konzentrieren, während die Mehrheit der Arbeiter nur einen um den „natürlichen Zins“ geschmälernten „natürlichen Lohn“ (Smith) erhielt. Als Arbeiter galten für Mill, nebenbei bemerkt, nicht nur Industrieproletarier, sondern auch Bauern und Handwerker. Und als produktiv betrachtete er auch die gemeinhin als unproduktiv angesehenen Arbeiten von Händlern und anderen „Verteilern“ wie zum Beispiel auch Transportarbeitern und Seeleuten, von Gelehrten, Erfindern und Lehrern, von Ärzten, Musikern und Schauspielern oder von Beamten - kurzum

---

<sup>15</sup> John Stuart Mill (1848/1924), Band 1, S. 596 - 597 und Band 2, S. 226 - 229 und 655 - 656.

<sup>16</sup> John Stuart Mill (1848/1924), Band 1, S. 103, 246 und 250.



die Tätigkeiten aller Menschen, die der Gesellschaft nützliche Dienste erweisen und dafür entlohnt werden.<sup>17</sup> Die Löhne und Gehälter all dieser Arbeitenden sollten sich nach Mills Vorstellungen aus dem Verhältnis zwischen der Bevölkerungsentwicklung und dem verfügbaren Kapital ergeben. „Hauptregulator der Löhne“ war für ihn die Konkurrenz, wobei er zunächst noch nicht sah, dass das von den Klassikern gerühmte freie Spiel der Marktkräfte (zusätzlich zu den Privilegien des privaten Bodeneigentums) in Wirklichkeit auch durch die Konzentration von Kapital in wenigen Händen monopolistisch verfälscht war.<sup>18</sup> Unter diesen Umständen fehlten den Arbeitern jene Ersparnisse, die sie für die Bildung von eigenem Produktionsmitteleigentum gebraucht hätten. Die Bildung von konzentriertem Kapital beruhte also mehr auf der strukturell erzwungenen 'Enthaltbarkeit' der Arbeiter als auf der freiwilligen Enthaltbarkeit von Kapitalisten.

Durch ihre Konzentration wurden die der Produktion dienenden Produktionsmittel zugleich zu Mitteln der Ausübung von wirtschaftlicher Macht über die lohnabhängigen Arbeiter - und zwar nicht primär deshalb, weil sie sich im Privateigentum von Unternehmerkapitalisten befanden, sondern weil die Produktionsmittel in deren privaten Händen konzentriert wurden. Den falschen „Zustand der Dinge, der mit wenigen Ausnahmen allgemein vorherrscht, wo die Arbeiter und Kapitalisten gesonderte Klassen bilden“, nahm Mill genauso wie Smith, Ricardo und Say als selbstverständliche Normalität hin: „Die Aufsicht über die gewerblichen Unternehmungen steht gewöhnlich der Person zu, die den ganzen oder größten Teils des Fonds, durch welche sie durchgeführt werden, hergibt und die nach der gewöhnlichen Regelung entweder allein oder am meisten (wenigstens direkt) am Resultat interessiert ist.“<sup>19</sup> In dieser scheinbaren Normalität der kapitalistisch verfälschten Marktwirtschaft war die lohnabhängige Arbeiterschaft einer Minderheit von Unternehmerkapitalisten hierarchisch untergeordnet.

Die innere Widersprüchlichkeit des konzentrierten Privateigentums an den Produktionsmitteln, das in den Händen weniger Unternehmerkapitalisten sowohl Garant ihrer bürgerlichen (Vertrags-)Freiheiten und ihrer wirtschaftlichen Unabhängigkeit als auch Herrschaftsmittel war, wurde Mill nicht in vollem Umfang bewusst. Dennoch schlangen in seiner Auseinandersetzung mit der Eigentumskritik der englischen und französischen Frühsozialisten auch Zweifel am Privateigentum und ein gewisses Verständnis für Formen des gemeinschaftlichen Eigentums mit. Wegen seiner Bedeutung als Garant von Freiheit und Unabhängigkeit nahm Mill das Privateigentum gegen Kritik in Schutz; aber er gestand auch zu, dass „das System noch heute manche starken Spuren eines Ursprungs“ trägt, indem die Verfügungsmacht über privates Produktionsmitteleigentum noch immer insofern das „Ergebnis von Eroberung und Gewalt“ ist, als aus der Feudalzeit überkomme-

---

<sup>17</sup> John Stuart Mill (1848/1924), Band 1, S. 44 - 81, hier: S. 57, 60, 66

<sup>18</sup> John Stuart Mill (1848/1924), Band 1, S. 505 und 327, sowie Band 2, S. 299 - 302. Vgl. auch S. 613: „Der Grund des Profits ist, dass die Arbeit mehr produziert als zu ihrem Unterhalt erforderlich ist.“

<sup>19</sup> John Stuart Mill (1848/1924), Band 1, S. 597 und 614.

ne Privilegien des privaten Bodeneigentums ihren Inhabern die Möglichkeit geben, sich Produktionsmitteleigentum auch ohne eigene Arbeit zu verschaffen. Bei seiner Rechtfertigung des Privateigentums stellte es sich Mill deshalb als „Einrichtung (vor), nicht wie es ist, sondern wie es sein könnte.“ Bei richtiger Verwirklichung werde es „nicht mehr von einer der ursprünglichen Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten begleitet (sein). Die Eigentumsgesetze haben sich bisher nirgends den Prinzipien angepasst, auf denen die Rechtfertigung des Privateigentums beruht.“<sup>20</sup> Außerdem konnte sich Mill neben dem Privateigentum durchaus auch gemeinschaftliche Formen des Eigentums am Boden und an den Produktionsmitteln vorstellen. Als Beispiele hierfür erwähnte er Klöster, Siedlungen von Auswanderergemeinschaften wie den Quäkern oder Rappisten in Nordamerika und den Jesuitenstaat in Paraguay ebenso wie Gemeinschaftsprojekte von Frühsozialisten und Kommunisten. Zwar bestehe eine „Schwierigkeit der gerechten Zuteilung der Arbeit der Gemeinschaft unter die einzelnen Mitglieder. Mit welchem Maßstab sollen die mancherlei Arbeiten gegeneinander abgemessen werden?“ Aber die verschiedenen Formen des Wirtschaftens mit gemeinschaftlichem Eigentum sollten nicht vorschnell verurteilt werden: „Man kann sie nicht ohne weiteres als undurchführbar hinstellen.“<sup>21</sup> Allerdings sollten kommunistische Formen des Wirtschaftens auch nicht verallgemeinert werden. Im Hinblick auf die Möglichkeit einer überwiegend kommunistischen Organisation der Wirtschaft stellte Mill die bange Frage: „Wird beim Kommunismus noch ein Asyl für Individualität des Charakters übrig bleiben? Wird die öffentliche Meinung nicht ein tyrannisches Joch darstellen? Wir die absolute Abhängigkeit eines jeden von allen und die Überwachung eines jeden von allen nicht schließlich die Leute in eine Mühle hineinwerfen, aus der nur eine farblose Gleichförmigkeit in Gedanken, Gefühlen und Handlungen heraus kommt?“<sup>22</sup>

## **Kapitalkonzentration, große Maschinen und Massenproduktion**

Vorerst befürwortete Mill im Großen und Ganzen allerdings noch die fortschreitende Steigerung der Produktivität der menschlichen Arbeit durch ihre sich immer weiter ausdifferenzierende Teilung und Zusammenfassung in größeren Unternehmen, deren private Eigentümer eine weitere Kapitalakkumulation und Investitionen in Maschinen anstreben. Schon Adam Smith habe am Beispiel der in etwa 80 verschiedene Tätigkeiten zerlegten Produktion von Stecknadeln gezeigt, welche Produktivitätsfortschritte möglich sind, wenn „sich durch die immer größere Zerlegung eines jeden Arbeitsprozesses in seine Teile ... jeder Arbeiter auf immer kleinere Arbeitsverrichtungen beschränken kann.“<sup>23</sup>

---

<sup>20</sup> John Stuart Mill (1848/1924), Band 1, S. 304 und 314.

<sup>21</sup> John Stuart Mill (1848/1924), Band 1, S. 305, 307, 312 und 320.

<sup>22</sup> John Stuart Mill (1848/1924), Band 1, S. 317.

<sup>23</sup> John Stuart Mill (1848/1924), Band 1, S. 183. - Vgl. Adam Smith (1776/1978), S. 9 - 10.

Im Interesse einer steigenden Arbeitsproduktivität liege es, dass die Produktion nicht generell, aber doch „in manchen Fällen im Großen betrieben wird.“ Große Fabriken mit ebenso großen „teuren Maschinen setzen ein großes Kapital voraus. ... Viele Unternehmungen erfordern einen Kapitalbetrag, der die Mittel auch der reichsten Einzelpersonen oder privater Teilhaberschaft überschreitet. Keine Einzelperson hätte eine Eisenbahn von London nach Liverpool bauen können.“ Deshalb befürwortete Mill Aktiengesellschaften als Rechtsform für große kapitalintensive Unternehmen - nicht nur im Bereich der Produktion und des Verkehrs, sondern auch in den Bereichen der Banken und Versicherungen - , auch wenn das Interesse am geschäftlichen Erfolg bei kleineren und mittleren Unternehmen ausgeprägter sei als bei Aktiengesellschaften, die durch ein aus „gemieteten Dienern“ bestehendes Management geleitet werden, und auch wenn sich mit Eisenbahnaktien spekulieren ließ.<sup>24</sup>

In die von Verwertungsinteressen des Kapitals bestimmte konkrete Ausgestaltung der Arbeitsteilung schlich sich eine doppelte Übersteigerung der an sich sinnvollen Spezialisierung von Arbeitenden auf die ihren Fähigkeiten entsprechenden Tätigkeiten hinein: zum einen teilte sich der Gesamtzusammenhang von Kopf- und Handarbeit in hierarchisch über- und untergeordnete leitende und ausführende Arbeiten und zum anderen wurden die lohnabhängigen Arbeiter zu immer kleineren Rädchen in einem großen anonymen Getriebe, das sie fremdbestimmte. Mit der über eine 'normale' horizontale Arbeitsteilung hinausgehenden horizontalen und vertikalen Spaltung der Gesellschaft und Konzentration von Kapital in großen Unternehmen ging obendrein eine räumliche Entgrenzung einher, indem sich Kapital in großen Städten konzentrierte und viele Menschen vom Land in die Städte ziehen ließ und indem ein überhöhter energieintensiver Verkehr erforderlich wurde, um die Teile der Gesellschaft über ihre soziale Spaltung hinweg miteinander zu verbinden.

Mit alledem verband sich schließlich bei Mill wie bei der gesamten klassischen Ökonomie und auch bei Marx & Engels der Anspruch der fortschrittsgläubigen Moderne auf eine „unbegrenzte Zunahme der Herrschaft des Menschen über die Natur“, um ihre Vorräte an Ressourcen und Energie für menschliche Zwecke verfügbar zu machen. „Wir brauchen nicht daran zu zweifeln, dass diejenigen Völker, die wir die zivilisierten zu nennen, gewohnt sind, für absehbare Zeit weiterhin in dieser Hinsicht fortschreiten werden, sondern dass auch die meisten anderen Völker der Welt ... nach und nach in die gleiche Laufbahn eintreten werden.“<sup>25</sup> So setzte sich die soziale Spaltung der Gesellschaft durch das Geld und die Kapitalkonzentration in großen Aktiengesellschaften in ihrer Abspaltung von der Natur und ihrem Anspruch auf eine wissenschaftlich-technische Herrschaft über die Natur fort. Statt sich als Gesellschaft in die Natur einzufügen und mit ihr im Interesse

---

<sup>24</sup> John Stuart Mill (1848/1924), Band 1, S. 197 - 198, 202, 205 - 208 (Aktiengesellschaften) und Band 2, S. 235 (Spekulationen mit Eisenbahnaktien).

<sup>25</sup> John Stuart Mill (1848/1924), Band 2, S. 311 - 312.

einer bloßen Befriedigung menschlicher Bedürfnisse zu kooperieren, unterwarf sich die moderne Industriegesellschaft die Natur - nicht nur im Interesse ihrer Bedürfnisbefriedigung, sondern auch und vor allem im Interesse der Verwertung von sich weiter konzentrierendem Kapital.

## Umverteilung von Einkommen durch den Staat

Auch wenn Mill das herkömmliche zinstragende Geld nicht als tiefere Wurzel der ungerechten Einkommens- und Vermögensverteilung und als Antriebskraft der Kapitalakkumulation in großen Aktiengesellschaften erkannte, so entging ihm dennoch nicht die sich mehr und mehr vertiefende Kluft zwischen dem Wachstum des rentable Anlagen suchenden Kapitals, das nicht nur in große Industrieanlagen, sondern auch in die Finanzierung von Staat und Militär drängte, und der verarmenden Arbeiterschaft. Im Gegensatz zum Bereich der Produktion, in dem neben ökonomischen Aspekten auch unabänderliche „physikalische Wahrheiten“ zu beachten seien, hielt Mill den Bereich der Verteilung für eine „rein menschliche Einrichtung. ... Die Vermögensverteilung hängt von den Gesetzen und Gewohnheiten der Gesellschaft ab“<sup>26</sup> und lässt sich deshalb durch staatliches Handeln verändern und gerechter gestalten. Einerseits erweiterte Mill das liberale Verständnis des demokratischen Staates zur Vorstellung vom Staat als „eine alles andere überragende Zusammenfassung aller“; andererseits behielt er auch die Notwendigkeit im Blick, „angemessene Schranken des Aufgabenkreises und Wirkungsbereiches des Staates“ zu errichten.<sup>27</sup> Während der Staat bei Adam Smith allein das Recht durchsetzen, den Handel erleichtern und die Bildung sowie die innere und äußere Sicherheit gewährleisten sollte, sollte der Staat nach den Vorstellungen von Mill zusätzlich zu seinen klassischen Aufgaben auch die Verteilung von Einkommen und Vermögen korrigieren, sozialpolitisch tätig werden und öffentliche Infrastruktureinrichtungen wie Straßen und Eisenbahnen, Kanäle, Häfen und Deiche schaffen.

Um den Staat in die Lage zu versetzen, seine Aufgaben zu finanzieren, sollten alle Bürger nach dem Grundsatz der „Gleichmäßigkeit der Besteuerung ... im Verhältnis ihrer Leistungsfähigkeit“ zur Zahlung von Steuern auf ihre Einkommen aus Bodenrenten, Kapitalgewinnen und Arbeitslöhnen herangezogen werden: „Von allen sollen gleiche Opfer gefordert werden.“<sup>28</sup> Mill schlug eine vollständige Wegsteuerung der Bodenrente vor, differenzierte aber beim Kapitalgewinn nicht nach dem darin enthaltenen Unternehmerlohn und dem Anteil der Kapitalzinsen. Neben

---

<sup>26</sup> John Stuart Mill (1848/1924), Band 1, S. 300 - 302.

<sup>27</sup> John Stuart Mill (1848/1924), Band 2, S. 455 (Grenzen des Staates), 471 und 463 (öffentliche Infrastruktur). - „Bei einer Demokratie ist es nicht weniger wichtig als bei allen anderen Regierungsformen, dass auf jede Neigung der Staatsbehörden, das Gebiet ihrer Einmischung auszudehnen und Befugnisse an sich zu reißen, auf deren Ausübung man leicht verzichten kann, mit nie nachlassender Aufmerksamkeit aufgepasst werden sollte.“ (Band 2, S. 684 - 685, 691)

<sup>28</sup> John Stuart Mill (1848/1924), Band 2, S. 466, 468 und 471.

den Einkommenssteuern sollte der Staat auch noch den Verbrauch von Gütern besteuern.<sup>29</sup>

Im Hinblick auf die Frage, ob der Staat zusätzlich zu seinen Steuereinnahmen auch Schulden aufnehmen sollte, um seine Aufgaben zu erfüllen, vertrat Mill den „ausgezeichneten Grundsatz, dass gegenwärtige Einnahmequellen nur zur Befriedigung gegenwärtiger Bedürfnisse da sein sollen“. Langfristige Schulden dürfe der Staat nur für große Vorhaben aufnehmen, die auch noch zukünftigen Generationen zugutekommen, oder für besondere Belastungen in Not- und Kriegszeiten, wobei zu berücksichtigen sei, dass eine staatliche Nachfrage nach Krediten sich tendenziell erhöhend auf das Zinsniveau auswirkt. Zum Ausgleich zwischen den Generationen sollte in erster Linie eine „beträchtliche Steuer auf Vermächtnisse und Nachlässe“ beitragen. Zudem sollte eine hohe Erbschaftssteuer auch einer weiteren Vermögenskonzentration entgegenwirken. „Niemand darf durch Erbschaft mehr als den zu einem einigermaßen unabhängigen Leben notwendigen Betrag erwerben.“<sup>30</sup>

Neben seiner Aufgabe, bürgerliche Freiheits-, Eigentums- und Gewerberechte zu schützen sowie die innere und äußere Sicherheit des Landes zu gewährleisten, sollte der Staat Mill zufolge ein öffentliches Bildungswesen bereit stellen, ohne die Bildung in den Händen des Staates zu monopolisieren. „Ein Staat, welcher die Ansichten und Gefühle des Volkes schon von seiner Jugend an formt, kann mit ihm nach seinem Belieben verfahren. ... Die Befugnis Privater, im Wettbewerb Anstalten zu errichten, darf nicht von einer behördlichen Erlaubnis abhängig gemacht werden.“<sup>31</sup> Außerdem sollte der Staat Gesetze zum Schutz der menschlichen Arbeit erlassen. Insbesondere sollte er die Arbeitszeiten der Industriearbeiter begrenzen, außerdem Frauen, Kinder und Jugendliche vor ihrer Ausbeutung in Fabriken schützen und eine öffentliche Fürsorge für Arme und Menschen mit Behinderungen organisieren. „Der Anspruch auf Hilfe, der aus dem Mangel entspringt, ist der unabweislichste, den es geben kann. Somit ist von vornherein die weitgehendste Begründung dafür gegeben, wenigstens die äußerste Not derjenigen, die der Hilfe bedürfen, so sicher zu beseitigen, wie es durch Anordnungen der Allgemeinheit geschehen kann.“ Allerdings sollte die staatliche Hilfe so gestaltet sein,

---

<sup>29</sup> John Stuart Mill (1848/1924), Band 2, S. 459, 466 (Grund- und Gebäuderente), 489 („Die Grundeigentümer ... werden reicher wie im Schlafe ohne Arbeit, ohne Risiko und ohne sparsames Haushalten. Welchen Anspruch haben sie, nach dem allgemeinen Grundsatz sozialer Gerechtigkeit, auf diese Vermehrung ihres Reichtums? Worin würden sie benachteiligt sein, wenn die Allgemeinheit sich von Anfang an das Recht vorbehalten hätte, die von selbst eintretende Rentenvermehrung zu besteuern, und zwar mit dem höchsten für die finanziellen Bedürfnisse erforderlichen Betrag?“), 500 - 503 (Steuern auf Kapitalgewinne) und 504 - 507 (Lohnsteuern) sowie S. 519 - 552 (Verbrauchssteuern). Zur Besteuerung von Erbschaften vgl. Band 1, S. 340, und Band 2, S. 582.

<sup>30</sup> John Stuart Mill (1848/1924), Band 2, S. 580. Zur Besteuerung von Erbschaften vgl. Band 1, S. 340, und Band 2, S. 582 und 599.

<sup>31</sup> John Stuart Mill (1848/1924), Band 2, S. 698 und 702. - Zur Koexistenz von staatlichen und privaten Bildungseinrichtungen vgl. auch John Stuart Mill (1863/1948), S. 188.

dass sie „jedem einen starken Anreiz lässt, wenn irgend möglich ohne sie auszukommen.“<sup>32</sup>

Bei alledem konnte sich Mill nicht dazu durchringen, das klassische Laissez-faire-Prinzip noch weiter aufgeben. Vor allem blieb er sehr skeptisch, ob sich gesetzlich festgelegte Mindestlöhne gegen die Kräfte des Marktes durchsetzen ließen und ob Lohnkämpfe organisierter Arbeiter gegen die Kapitalisten der richtige Weg zur Verbesserung ihrer Lage sein können. Einerseits kritisierte Mill staatliche „Gesetze gegen Koalitionen der Arbeiter zur Erzielung höherer Löhne“ und sah in solchen Verboten freiwilliger gewerkschaftlicher Zusammenschlüsse „Zeichen eines teuflischen Geistes der Sklavenhalter“. Andererseits erschien ihm die Massen von Arbeitern zu groß und zu heterogen als dass sie der geballten Macht der Kapitalisten eine wirksame Gegenmacht entgegensetzen könnten. Immerhin sind „Streikerfahrungen die beste Lehre der arbeitenden Klassen über die Beziehungen zwischen Löhnen einerseits und der Nachfrage und dem Angebot von Arbeit andererseits gewesen; und es ist sehr wichtig, dass dieser Lehrgang nicht gestört wird.“<sup>33</sup>

## Genossenschaften von Arbeitern als Alternativen zu Aktiengesellschaften

Im Gegensatz zu den Streiks, in denen Engels Vorboten einer großen Entscheidungsschlacht des Proletariats gegen die Bourgeoisie sah<sup>34</sup>, hielt Mill eine andere Strategie für aussichtsreicher, alle Hindernisse zu beseitigen, die der Neigung des Kapitalgewinns, möglichst tief zu sinken, im Wege stehen. Mit der zunehmenden Sättigung von Märkten weise der Kapitalgewinn bzw. der „Kapitalprofit“ die Tendenz auf, allmählich zu sinken und sich gesamtwirtschaftlich auf einem niedrigen Niveau auszugleichen. „Um den Kapitalgewinn auf seine Mindesthöhe zu vermindern, würde nur eine kurze Zeit erforderlich sein, wenn das Kapital weiterhin in dem gegenwärtigen Verhältnis zunähme.“ Dafür müssten „die gesamten Ersparnisse ... im Lande selbst angelegt werden.“ Im Gegensatz dazu stand jedoch „das ständige Abfließen von Kapital in die Kolonien“, das Mill für einen der Hauptgründe dafür hielt, dass „in England das Herabsinken des Kapitalgewinns aufgehalten worden ist“. In diesem Zusammenhang sprach er zwar von den unzivilisierten „Wilden“ in den Kolonien, verurteilte aber die „fluchwürdige Sklaverei“ als einen „Schandfleck in der englischen Geschichte ..., den man nur mit Schmerz sehen kann.“<sup>35</sup>

---

<sup>32</sup> John Stuart Mill (1848/1924), Band 2, S. 703 - 707 und 718 - 721 (Hilfen für Arme).

<sup>33</sup> John Stuart Mill (1848/1924), Band 2, S. 692 (Laissez-faire); Band 1, S. 532 (Mindestlöhne); Band 2, S. 560, 668, 672 und 674 (Freiheit der Bildung von Gewerkschaften und Grenzen ihrer Möglichkeiten).

<sup>34</sup> Friedrich Engels (1845/1969), in: MEW 2, S. 441.

<sup>35</sup> John Stuart Mill (1848/1924), Band 2, S. 365 - 367 (Marktsättigung und Sinken des Kapitalgewinns). - Band 1, S. 604 - 616 (Kapitalgewinn), und Band 2, S. 356 - 378 (tendenzieller Fall des Kapitalgewinns), hier: S. 365 und 377. Zu Mills Kritik an der Sklaverei vgl. Band 1, S. 158 (Wilde) und 377 (Sklaverei).

Wenn zusätzlich zu den staatlichen Umverteilungsmaßnahmen, insbesondere zur steuerlichen Abschöpfung der privaten Bodenrente, und zur staatlichen Sozialpolitik der Weg für ein weiteres Sinken der Kapitalgewinne geebnet werde und wenn „vielleicht noch für einen beträchtlichen Zeitraum“ eine Beteiligung der Arbeiter am Kapitalgewinn hinzukäme<sup>36</sup>, könnte sich die Lage der arbeitenden Klassen grundlegend verändern. Dank höherer Einkommen und größerer Sparmöglichkeiten kommen die Arbeiter dann nämlich nach und nach in die Lage, sich zu Genossenschaften zusammenzuschließen. So wie „keiner von ihnen einem patriarchalischen Regierungssystem unterworfen sein will“, so könnten sich die Arbeiter - wie es bereits die Frühsozialisten erhofft hatten - auch aus ihrer wirtschaftlichen Abhängigkeit von einzelnen Unternehmerkapitalisten oder großen Aktiengesellschaften befreien, indem sie Genossenschaften als eigene Unternehmen gründen. In einer Zeit, in der sich die Idee der politischen und wirtschaftlichen Gleichheit der Menschen verbreite und in der sich die Freiheit ihrer Gedanken kaum noch unterdrücken lasse, sei Mill zufolge „nicht zu erwarten, dass die Teilung der Menschheit in zwei erbliche Klassen, in Arbeitgeber und Arbeitnehmer, für immer aufrecht erhalten werden kann.“<sup>37</sup>

Als Alternative zu großen Aktiengesellschaften, deren Anfänge in die Frühzeit des kolonialen, räumlich entgrenzten und mit hohen Risiken verbundenen Fernhandels zurückreichten, könnten sich genossenschaftliche Formen des arbeitsteiligen Zusammenwirkens entwickeln, in denen die Arbeiter zwar aufeinander angewiesen, aber nicht im Sinne von Herrschaftsverhältnissen voneinander abhängig sind. Mill stellte sich vor, dass - „wenn die Fortschritte der menschlichen Gesellschaft andauern“ - in der Wirtschaft dann nicht mehr Großbetriebe mit „einem Kapitalisten als Leiter und seinen Arbeitern ohne Stimmrecht in der Verwaltung“ vorherrschen. An ihre Stellen treten nach und nach Genossenschaften als freiwillige Vereinigungen von Arbeitern, deren Geschäfte von „erwählten und wieder absetzbaren Leitern“ geführt werden. Maßgebend für deren Handeln werden „Grundsätze der Gleichheit mit gemeinsamem Besitz des zur Durchführung des Unternehmens nötigen Kapitals“.<sup>38</sup> Mit der demokratischen Teilhabe aller Genossenschaftler an den leitenden und ausführenden Arbeiten in ihren Unternehmen kann auch eine andere Einstellung zur Arbeit entstehen. Anstelle des Interessengegensatzes zwischen Kapitalisten, die auf die Ausbeutung ihrer Arbeiter bedacht sind, und Arbeitern, die ihre Arbeit als fremdbestimmte Mühsal erleben, würde sich bei den Mitgliedern einer Genossenschaft ein gemeinsames Interesse am Wohlergehen ihres Unternehmens entwickeln. Damit könne eine „Steigerung der Würde der Arbeit“ einhergehen. „Unter Umständen und vielleicht in kürzerer Zeit, als man annehmen mag, werden wir sehen, dass die menschliche Gesellschaft sich infolge des Genossenschaftsgedankens so umändert, dass Freiheit und

---

<sup>36</sup> John Stuart Mill (1848/1924), Band 2, S. 449.

<sup>37</sup> John Stuart Mill (1848/1924), Band 2, S. 402 (patriarchalisches Regierungssystem) und 408.

<sup>38</sup> John Stuart Mill (1848/1924), Band 2, S. 411 und 421 - 422.

Selbstständigkeit des Einzelnen sich mit den sittlichen, geistigen und wirtschaftlichen Vorteilen der gesamten Produktion vereinigen lassen. Und ohne Gewalt oder Beraubung ... werden im Erwerbsleben die besten Ziele des demokratischen Geistes dadurch verwirklicht, dass ein Ende mit der Trennung der Gesellschaft in einen erwerbstätigen und einen nichts tuenden Teil gemacht und mit allen gesellschaftlichen Unterscheidungen aufgeräumt wird, die nicht durch persönliche Verdienste und Mühen ehrlich verdient sind. ... Die Zeit ist reif, mit dieser Umwandlung zu beginnen.“<sup>39</sup>

Im Zuge eines solchen Übergangs von wenigen großen Aktiengesellschaften zu vielen kleinen und mittleren Genossenschaften könnten es eines Tages „Kapitalbesitzer vorteilhaft finden ... , ihr Kapital den Genossenschaften zu leihen; dies würde zu einem immer niedrigeren Zinssatz geschehen und schließlich vielleicht gegen Umtausch ihres Kapitals gegen bestimmte Rentenzahlungen.“ Dadurch könnten Kapitalansammlungen dezentralisiert werden und schließlich in „gemeinsames Eigentum aller derer (übergehen), die an produktiver Beschäftigung teilnehmen.“ Hierin sah Mill den „nächsten Schritt zur Annäherung an volle soziale Gerechtigkeit“ und letztlich auch einen entscheidenden Schritt zu einer Entmonopolisierung der bislang von akkumulierten Kapitalien beherrschten Märkte. Die Forderung von sozialistischen und kommunistischen Kritikern nach einer Abschaffung von 'freien Märkten' hielt Mill allerdings für grundfalsch. „Einer ihrer größten Irrtümer ist nach meiner Auffassung, dass sie der Konkurrenz alle wirtschaftlichen Übel der heutigen Zeit zur Last legen.“ Nicht in der Konkurrenz als solcher sah Mill „etwas Verderbliches und Antisoziales, wie sie allgemein von den Sozialisten aufgefasst wird“, sondern für ihn stellte „jede Beschränkung der Konkurrenz ein Übel dar“ - und zwar jede Beschränkung des Wettbewerbs sowohl durch marktbeherrschende Monopole als auch durch Eingriffe der Politik in monopolisierte Märkte.<sup>40</sup>

## **Übergang der wirtschaftlichen Entwicklung in einen zukünftigen „stationären Zustand“**

Während der englische Frühsozialist Robert Owen im Glauben an den fortwährenden technischen Fortschritt noch von einer grenzenlosen Befriedigung menschlicher Bedürfnisse ausgegangen war, stellte John Stuart Mill frühzeitig die „weitere Frage: Wozu führt dies alles, welchem Endpunkt strebt die Gesellschaft mit ihren Fortschritten im gewerblichen Leben zu?“ Die Wirtschaft in den entwickelten Industrieländern könne nicht ewig weiter wachsen. „Am Ende des sogenannten Fortschrittszustandes liegt der stationäre Zustand.“ Allerdings würde das Ziel einer stationären Wirtschaft dadurch „vor uns fliehen“, dass fortwährend Kapital aus Europa in andere Erdteile entweicht. „Die reichsten und blühendsten Länder wür-

---

<sup>39</sup> John Stuart Mill (1848/1924), Band 2, S. 447 - 451.

<sup>40</sup> John Stuart Mill (1848/1924), Band 2, S. 450 - 454.



den sehr bald den Ruhezustand erreicht haben, wenn nicht in den Fertigkeiten der Produktion weitere Fortschritte gemacht würden und wenn das Kapital von diesen Ländern nicht unaufhörlich in unkultivierte oder schlecht kultivierte Teile der Erde abflösse.“<sup>41</sup> Infolgedessen bleiben in Europa das Kapital knapper und die Zinsen höher als sie es ohne die Möglichkeiten des Kapitalexports in andere Erdteile geblieben wären. Dadurch wurde auch die Dynamik der Kapitalakkumulation bis auf Weiteres in Gang gehalten und daran gehindert, in einem stationären Zustand zur Ruhe zu kommen.

Langfristig war es nach Ansicht von Mill jedoch eine „Unmöglichkeit, letzten Endes dem Ruhezustand aus dem Wege zu gehen“. Für ihn existierte eine „unwiderstehliche Notwendigkeit, wonach der Strom des menschlichen Erwerbslebens schließlich in einen anscheinend still stehenden See einmünden muss. ... Ich kann einen stationären Zustand des Kapitals und Vermögens nicht mit der ausgesprochenen Abneigung betrachten, die die Nationalökonomien der alten Schule ihm allgemein entgegengebracht haben.“<sup>42</sup>

Das Entwicklungsstadium des Frühkapitalismus mit seinem von großen Aktiengesellschaften forcierten technischen Fortschritt mochte „eine notwendige Stufe für den Fortschritt der Zivilisation“ gewesen sein. Im Gegensatz zum „fortwährenden Kampfe gegeneinander und dem Stoßen, Drängen, einander auf die Fersen treten, das heute das Kennzeichen unserer gesellschaftlichen Zustände ist“, hielt Mill eine von Monopolen befreite Marktwirtschaft mit einem auf viele Genossenschaften breit gestreutem Eigentum an Produktionsmitteln für einen erstrebenswerteren Zustand. Eine „bessere Eigentumsverteilung“ in Verbindung mit einer „Mäßigung des Einzelnen“ und einer „die Vermögensgleichheit begünstigenden Gesetzgebung“ würde „den besten Zustand für die menschliche Natur“ herbeiführen, in dem „keiner arm ist, niemand reicher zu sein wünscht und niemand Grund zu der Furcht hat, dass er durch die Anstrengungen anderer, die sich selber vorwärts drängen, zurückgestoßen werde.“<sup>43</sup> Ein solchermaßen stationärer Zustand der Wirtschaft sei „unserer heutigen Verfassung sehr vorzuziehen“ und keineswegs mit einem Zustand statischer Erstarrung zu verwechseln, denn „ein Stillstand in der Kapital- und Bevölkerungszunahme schließt nicht notwendig auch einen Stillstand des menschlichen Kulturfortschritts in sich“. Im Gegenteil - er öffnet ungeahnte Freiräume für die geistige und kulturelle Entfaltung der menschlichen Individuen, „wenn die Gemüter nicht mehr so ausschließlich durch die Sucht, nur wirtschaftlich vorwärts zu kommen, in Anspruch genommen wären. Ja selbst die Fertigkeiten der Erwerbstätigkeit könnten mit dem gleichen Ernst und dem gleichen Erfolg gepflegt werden - nur mit dem Unterschied, dass die industri-

---

<sup>41</sup> John Stuart Mill (1848/1924), Band 2, S. 388.

<sup>42</sup> John Stuart Mill (1848/1924), Band 2, S. 388

<sup>43</sup> John Stuart Mill (1848/1924), Band 2, S. 391 - 393.

ellen Verbesserungen, anstatt nur der Vermehrung des Vermögens zu dienen, ihre ursprüngliche Wirkung hervorbrächten, nämlich die Arbeit zu verkürzen.“<sup>44</sup>

## Internationaler Handel

Nachdem Mill zunächst die Konzentration von Kapital in großen Aktiengesellschaften gerechtfertigt hatte, wiesen seine weiteren Ausblicke auf eine stationäre Wirtschaft mit vielen kleineren und mittleren Genossenschaften, in deren Händen das Eigentum an den Produktionsmitteln breit gestreut ist, in die richtige Richtung einer nachkapitalistischen Marktgesellschaft freier und gleicher Bürgerinnen und Bürger. Seine anfängliche Fehleinschätzung des Geldes als „bloßes Mittel, die Dinge gegeneinander auszutauschen“<sup>45</sup>, das ansonsten keinen Einfluss auf realwirtschaftliche Vorgänge ausübe, erwies sich jedoch auch auf der Ebene des internationalen Handels als ein Hindernis für die sofortige Entwicklung einer Vorstellung eines gleichmäßig über die Erde verteilten Welthandels, der sowohl von einer Kapitalkonzentration in Zentren als auch von einer Verarmung in der Peripherie frei wäre.

Für „angemessen“ hielt Mill es im Hinblick sowohl auf die Wirtschaft innerhalb einzelner Länder als auch auf die gesamte Weltwirtschaft, dass „eine Ware ... in möglicher Nähe des Marktes, auf dem sie zum Konsum verkauft werden soll, produziert wird“. Es gebe jedoch auch „einige Dinge“ wie Früchte und Gewürze, „die nur bei besonderen Wärme-, Boden-, Wasser- und Klimaverhältnissen produziert werden“. Deshalb befürwortete Mill eine internationale Ausdifferenzierung der Arbeitsteilung als Weg zur „Vermehrung und wirksameren Beschäftigung der produktiven Kräfte der Welt“ und zur allgemeinen Verbilligung der Produktion. Zudem erschien ihm der internationale Handel als „Hauptgarantie des Friedens in der Welt“. Sein Eindruck, dass „Handelsabenteurer aus vorgeschrittenen Ländern im allgemeinen die ersten Zivilisatoren unterentwickelter Länder gewesen sind“<sup>46</sup>, zeigte jedoch auch, dass Mills Blick auf die Welt noch von England und anderen europäischen Kolonialmächten als Maßstab für die Entwicklung und Unterentwicklung geprägt war. Und trotz seiner Sympathien für die europäische Arbeiterschaft und seiner Abneigung gegen die Sklaverei verlor er dabei aus den Augen, dass es den europäischen Fernhandelsaktiengesellschaften mehr um die gewaltsame Aneignung und Ausbeutung von natürlichen Ressourcen und menschlicher Arbeit als um die friedliche Verbindung zwischen Völkern ging. Allein die in anderem Zusammenhang von Mill geäußerte Kritik am Export von Kapital hätte ihm diese Fehlentwicklung des Welthandels bewusst machen und ihn auf den Gedanken

---

<sup>44</sup> John Stuart Mill (1848/1924), Band 2, S. 393 - 395. -

<sup>45</sup> John Stuart Mill (1848/1924), Band 2, S. 144 (Geld als neutrales Tauschmittel).

<sup>46</sup> John Stuart Mill (1848/1924), Band 2, S. 131, 137, 141 (Produktionssteigerung durch Handel) und 144 - 145 (Frieden durch Welthandel; Geld als neutrales Tauschmittel).

bringen können, das alle Länder der Erde die Möglichkeit hätten bekommen sollen, sich ohne koloniale Abhängigkeiten aus eigener Kraft zu entwickeln.

In der von David Ricardo aufgestellten Außenhandelstheorie von den sog. komparativen Kostenvorteilen, mit der auch Mill die Vorgänge auf den Weltmärkten zu erklären versuchte, blieb dieses Gefälle zwischen 'entwickelten' Ländern in Europa und 'unterentwickelten' Ländern in anderen Erdteilen jedoch unsichtbar. Für den internationalen Handel mit Rohstoffen, Lebensmitteln oder Textilien innerhalb Europas und mit den Kolonien seien nicht immer nur die „absoluten Produktionskosten“ in den einzelnen Ländern maßgebend, sondern „der Unterschied in den vergleichswisen Kosten“.<sup>47</sup> In die Vergleiche von Produktionskosten in verschiedenen Ländern flossen in sich widersprüchliche Kostenelemente ein, deren Fragwürdigkeit unbemerkt blieb: zum Beispiel die Niedriglöhne auf polnischen Großgrundbesitzungen, welche Getreide nach England lieferten<sup>48</sup>, oder die Kosten der aus den Industrieländern in die Kolonien exportierten Kapitalien und die dortigen viel zu niedrigen Löhne und Rohstoffpreise, die alles in allem eine 'Verbilligung' der Produktion in fernen Ländern ermöglichten. Solchermaßen falsch zusammengesetzte Weltmarktpreise brachten die internationale Arbeitsteilung in eine Unordnung, in der sich dann sowohl die stärkeren als auch die schwächeren Länder durch sogenannte Schutzzölle voneinander abschotteten. Mill kritisierte die Schutzzolltheorie als eine „irrtümliche Theorie“ und forderte die Abschaffung von Zöllen, obwohl noch gar keine gerechten Handelsbedingungen als Voraussetzung für einen zollfreien Welthandel gegeben waren.<sup>49</sup>

## **Bürgerliche Freiheiten und Utilitarismus (1863)**

In seinen „Grundsätzen der Politischen Ökonomie“ zählte Mill ausdrücklich auch den Schutz der Meinungs- und Pressefreiheit zu den Aufgaben des Staates. In einer weiteren Schrift „Über die Freiheit“ vertiefte er seine Gedanken über das Verhältnis zwischen den menschlichen Individuen und dem modernen bürgerlichen Rechtsstaat. Ähnlich wie Wilhelm von Humboldt in seinen „Ideen zu einem Versuch die Grenzen der Wirksamkeit des Staates zu bestimmen“ (1792/1851) ging es Mill in mahnender Erinnerung an die Tyrannei, die politischen Herrscher in vorbürgerlichen Gesellschaften gehabt hatten, in erster Linie darum, die Gewissensfreiheit der menschlichen Individuen in demokratischen Republiken unter den Schutz von rechtsstaatlichen Institutionen zu stellen, die von wählbaren und verantwortlichen Regierungen geschaffen werden. Jedoch sollten den staatlichen Organen auch „verfassungsmäßige Schranken“ gesetzt werden, damit die persönliche Freiheit des Denkens einschließlich der freien Religionsausübung und die Freiheit des wirtschaftlichen Handelns nicht durch eine neue „Tyrannei der Mehrheit“ oder

---

<sup>47</sup> John Stuart Mill (1848/1924), Band 2, S. 134.

<sup>48</sup> John Stuart Mill (1848/1924), Band 2, S. 132.

<sup>49</sup> John Stuart Mill (1848/1924), Band 2, S. 640.

durch eine „Tyrannei der Bürokratie“ Schaden nimmt. „Der einzige Zweck, um dessentwillen man Zwang gegen den Willen eines Mitglieds einer zivilisierten Gemeinschaft rechtmäßig ausüben darf, der ist: die Schädigung anderer zu verhüten. ... Über sich selbst, seinen eigenen Körper und Geist ist der Einzelne souveräner Herrscher.“<sup>50</sup>

Was Mill allerdings aufgrund seines mit den Klassikern geteilten Glaubens an die Neutralität des zinstragenden Geldes als Tausch- und Kreditmittel noch nicht sehen konnte, war der Umstand, dass das de facto nicht neutrale Geld mit der ihm innewohnenden strukturellen Ungerechtigkeit das wirtschaftliche Verhalten der Menschen mehr auf ein sich gegenseitig schädigendes Rentabilitätsstreben ausrichtete als auf eine wechselseitige Bedürfnisbefriedigung und Hilfsbereitschaft. Auf eine kaum merkliche Weise untergrub das Geld die „strengen Regeln der Gerechtigkeit“, deren Befolgung für Mill eine Garantie darstellte, dass die zu mannigfachen Individualitäten gereiften Menschen ihre Einzelinteressen mit dem Wohl der Allgemeinheit zur Übereinstimmung bringen und eine Bereitschaft zu uneigennützigem Handeln entwickeln. Durch die vom Geld verursachten Schädigungen aller Individuen gewann jedoch deren gesteigerter Egoismus die Oberhand über den „sozialen Teil ihres Wesens“ und damit entstand auch ein steigender Bedarf an staatlich-bürokratischen Korrekturen des Wirtschaftens. Diese „wachsende Neigung, die Macht der Gesellschaft über das Einzelwesen ... ungebührlich auszuweiten“, beobachtete Mill nur als äußeres Phänomen, ohne sie in einen Zusammenhang mit der tiefer im Geld wurzelnden Antriebskraft zu bringen und ohne zu sehen, dass es nicht ausreichen würde, diesem „Übel, das immer fürchterlicher anschwillt ... , eine starke Schranke sittlicher Überzeugung“ entgegenzustellen.<sup>51</sup>

## Gleichberechtigung der Frauen in Politik und Ökonomie (1869)

In seinem Ausblick auf eine allmähliche Ablösung großer Aktiengesellschaften durch kleine und mittlere Genossenschaften hatte Mill auch bereits hervorgehoben, dass er es als eine Selbstverständlichkeit betrachtete, die Arbeit in Genossenschaften nicht nur Männern vorzubehalten, sondern genauso auch Frauen an den

---

<sup>50</sup> John Stuart Mill (1863/1948), S. 26 - 31 und 38 - 39. Entsprechend dem damaligen Zeitgeist in 'entwickelten' Ländern Europas billigte Mill den „Despotismus (noch als) legitime Regierungsform, wo sie es mit Barbaren zu tun hat - vorausgesetzt, dass er zu ihrer Veredelung führt und die Mittel dadurch gerechtfertigt werden, dass man den Zweck wirklich erreicht. Freiheit als Prinzip kann man nicht auf einer Entwicklungsstufe anwenden, auf der die Menschheit noch nicht einer freien und gleichberechtigten Erörterung derselben fähig ist.“ (S. 39)

<sup>51</sup> John Stuart Mill (1863/1948), S. 45 (Ausprägung von Individualitäten vs. Zunahme staatlicher Aktivitäten) und 118 - 119 (Regeln der Gerechtigkeit). „Wenn Straßen, Eisenbahnen, Banken, Versicherungsanstalten, große Aktiengesellschaften, Universitäten und öffentliche Wohltätigkeitsanstalten alle zu Zweigen der Regierung würden ... , wenn die Regierung die Angestellten all dieser verschiedenen Unternehmungen ernennen und besolden würde ... , so würde alle Pressefreiheit und volkstümliche Verfassung weder England noch irgend ein fremdes Land anders frei machen als nur dem Namen nach.“ (S. 193)

leitenden und ausführenden Arbeiten zu beteiligen. „Die gleichen Gründe, welche es nicht mehr nötig machen, dass der Arme von dem Reichen abhängig sein soll, machen es ebenso unnötig, dass die Frau vom Manne abhängig ist. ... Gedanken und Einrichtungen, bei denen die Zufälligkeiten des Geschlechtes zur Grundlage einer Ungleichheit gesetzlicher Rechte und einer erzwungenen Verschiedenheit der sozialen Stellung gemacht werden, müssen bald als größtes Hindernis für einen sittlichen, sozialen und selbst geistigen Fortschritt angesehen werden. ... Um die Stellung der Frauen zu heben, sollte man im Gegenteil ihnen weitesten Zugang zu unabhängiger industrieller Tätigkeit öffnen.“<sup>52</sup>

In einer Zeit, in der sowohl die Klassiker als auch Marx oder Proudhon noch ganz in konservativen Bildern der Geschlechterrollen gefangen waren, war John Stuart Mill nach Charles Fourier der zweite große Vorkämpfer für die Gleichberechtigung von Frauen und Männern in der Politik und in der Wirtschaft. Gemeinsam mit seiner Frau Harriet Taylor-Mill und deren Tochter Helen Taylor verfasste er ein Buch über die „Hörigkeit der Frau“, in dem sie die im „reaktionären 19. Jahrhundert“ bestehende Unterordnung des angeblich schwachen Geschlechts der Frauen unter das angeblich starke Geschlecht der Männer als ein großes Unrecht anklagten und auch die Behauptung zurückwiesen, wonach es Unterschiede in den geistigen Fähigkeiten von Frauen und Männern gebe. Die verbreitete Ansicht, wonach es der „natürliche Beruf“ der Frauen sei, als Mütter und Hausfrauen außerhalb von Erwerbsarbeit, Wissenschaft und Politik zu bleiben, durchschauten Mill & Taylor & Taylor als „etwas durch und durch künstlich Erzeugtes - das Resultat erzwungener Niederhaltung nach der einen, unnatürlicher Anreizung nach der anderen Seite“. Deshalb klagten sie die „Ausschließung der Frauen von den meisten Ämtern und Berufszweigen“ als „Relikt einer vergangenen Zeit“ an. Es ist „gegenwärtig eines der wesentlichsten Hemmnisse für eine höhere Vervollkommnung der Menschheit und es erscheint deshalb geboten, an die Stelle dieses Prinzips das der vollkommenen Gleichheit zu setzen.“<sup>53</sup>

Besonders die Ehegesetzgebung sollte nicht länger ein „Gesetz des Despotismus“ bleiben, das die Beziehungen zwischen Männern, Frauen und Kindern auf die schiefe Ebene von Befehl und Gehorsam stellt.<sup>54</sup> Vielmehr sollte die bisherige Geschlechterhierarchie mit ihrer beide Geschlechter entwürdigenden Abhängigkeit der Hausfrauen und Mütter von ihren erwerbstätigen Männern in eine Verbindung zwischen gleichberechtigten Frauen und Männern übergehen, die allein von einer von jeglicher Macht befreiten Liebe getragen wird. „Die Gleichheit der Eheleute vor dem Gesetz ist .. die Quelle wahren Glücks für beide Teile und auch das einzige

---

<sup>52</sup> John Stuart Mill (1848/1924), Band 2, S. 450 und 707.

<sup>53</sup> John Stuart Mill & Harriet Taylor Mill & Helen Mill (1869/1991), S. 5, 9, 11 (schwaches und starkes Geschlecht), 34, 36, 38, 48 (angeblich natürlicher Beruf der Frauen) und 84 - 85, 106 - 109 (angebliche Unterschiede in den geistigen Fähigkeiten von Männern und Frauen).

<sup>54</sup> John Stuart Mill & Harriet Taylor Mill & Helen Mill (1869/1991), S. 56 - 57 (Ehe als „Hölle auf Erden“; „Despotismus in der Familie“), 61 und 63 (Die „häusliche Tyrannei“ erzeugt vielfach auch eine „Gegentyrannie“.) und 75.

Mittel, das tägliche Leben der Menschheit im höheren Sinne des Wortes zu einer Schule moralischer Veredelung zu gestalten. ... Die moralische Regeneration der Menschheit wird erst dann beginnen, wenn die Hauptgrundlage der gesellschaftlichen Beziehungen unter das Gesetz gleicher Gerechtigkeit gestellt ist.“<sup>55</sup> Außerhäusliche Erwerbsarbeiten, wissenschaftliche und künstlerische Tätigkeiten sowie politische Ämter sollten den Frauen genauso offen stehen wie den Männern.<sup>56</sup>

Gemeinsam erwarteten Mill, Harriet und Helen Taylor, dass die „Freiheit der Konkurrenz ... die beste Triebfeder für die Frauen sein“ werde, „jene Berufszweige zu ergreifen, in denen ihre Dienstleistungen besonders gesucht sind.“<sup>57</sup> Doch war die Konkurrenz in doppelter Hinsicht nicht wirklich frei. Zum einen war sie noch immer durch die Privilegien der Bodeneigentümer und der Kapitalisten zum Nachteil der lohnabhängigen Arbeiterschaft monopolistisch vermachet. Und zum anderen befanden sich sowohl Arbeiterfrauen als auch Frauen von Privilegierten innerhalb dieser gesamtgesellschaftlichen sozialen Schieflage gegenüber den Männern noch in einem zusätzlichen strukturellen Nachteil, weil sie als Lohnarbeiterinnen wegen des 'Risikos' potenzieller Schwangerschaften noch geringere Löhne erhielten als männliche Lohnarbeiter und weil sie als Mütter und Hausfrauen vollends abhängig von den Vätern ihrer Kinder wurden. Die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft war also nicht nur in die drei Klassen der Bodeneigentümer, der Kapitalisten und der Arbeiter gespalten, sondern die soziale Spaltung hatte mit der keineswegs naturgegebenen Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern noch eine weitere Dimension: ausgebeutet wurde nicht nur die männliche Lohnarbeit in der Produktionssphäre, sondern vollends unentlohnt blieb auch noch die weibliche Haus- und Familienarbeit in der Reproduktionssphäre.

Trotz ihrer bahnbrechenden Bedeutung konnte die Forderung von Mill & Taylor & Taylor nach einer gleichen Teilhabe von Frauen und Männern an Wirtschaft und Politik vorerst nur zu dem ersten Teilerfolg führen, dass außerhäuslich erwerbstätige Frauen dasselbe Recht wie Männer auf lohn- und gehaltsabhängige Arbeiten erlangen konnten, die jedoch noch schlechter entlohnt wurden als die Lohnarbeiten von Männern. Und noch ganz außerhalb ihrer Vorstellungen lag die Frage, wie sich die Verantwortung für die Kindererziehung und die Lasten der unbezahlten Familienarbeit zu gleichen Teilen auf außerhäuslich erwerbstätige Mütter und Väter hätten verteilen lassen. Obwohl sie bei ihrer fortschrittlichen Ansicht blieben, dass „die Fähigkeit des Erwerbens für die Würde einer Frau sehr wesentlich ist“, sahen Mill & Taylor & Taylor letztlich doch keine andere Möglichkeit als „die gewöhnliche Einrichtung ... , vermöge welcher der Mann erwirbt und die Frau den Haushalt führt“, als die „richtigste Teilung der Arbeit zwischen den beiden Personen“ zu akzeptieren. Weil die meisten Frauen wegen ihrer „Oberleitung der Fami-

---

<sup>55</sup> John Stuart Mill & Harriet Taylor Mill & Helen Mill (1869/1991), S. 72 und 130 - 166, hier: S. 157.

<sup>56</sup> John Stuart Mill & Harriet Taylor Mill & Helen Mill (1869/1991), S. 87 - 88 (politische Wahlrechte und Ämter für Frauen).

<sup>57</sup> John Stuart Mill & Harriet Taylor Mill & Helen Mill (1869/1991), S. 47 und 162 (weibliche Tätigkeiten in Wohltätigkeitsorganisationen).

lie und des Haushalts ... nur wenig Zeit“ für außerhäusliche Erwerbstätigkeiten haben, kämen wirtschaftliche Rechte dann insbesondere denjenigen Frauen zugute, die entweder die Familienaufgaben noch vor bzw. schon hinter sich haben oder die sich für ein Leben ohne Kinder entscheiden.<sup>58</sup>

## **4.2 Pierre Joseph Proudhons „Gleichheit der Bedingungen“ und die „Gegenseitigkeit als Formel der Gerechtigkeit“**

Wie Fourier stammte auch Proudhon aus der Stadt Besançon nördlich von Lyon, wo in den 1830er Jahren große Aufstände von Seidenwebern niedergeschlagen worden waren. Aufgrund der Armut seiner Eltern blieb ihm ein akademisches Studium verwehrt. Nach einer Lehre als Schriftsetzer und einer Zeit der Wanderschaft durch die Schweiz machte sich Proudhon gemeinsam mit zwei Freunden als Inhaber einer Druckerei selbstständig und lernte dabei die existentiellen Nöte kleiner Unternehmer kennen. Seine eigenen Erfahrungen im Spannungsfeld zwischen größeren Unternehmern und den von ihnen abhängigen Arbeitern sowie seine Anteilnahme an der Not der Arbeiterschaft bewogen ihn, sich ausführlich mit den Sprach- und Wirtschaftswissenschaften zu beschäftigen und als Stipendiat der Akademie von Besançon eine Arbeit über die Frage „Was ist das Eigentum?“ zu verfassen (1840). Darin setzte sich Proudhon kritisch mit der von Smith und in Frankreich von Say und Bastiat formulierten klassischen Ökonomie auseinander und skizzierte Umrisse einer gerechteren Gesellschaft. Allerdings vermochte er als Autodidakt seine tiefen Einsichten in die Widersprüchlichkeit der sozialen Welt nicht immer mit der nötigen wissenschaftlichen Systematik darzustellen.

### **Menschen- und Gesellschaftsbild**

Anders als für den Materialismus war die Religion durch die Allianz der Kirchen mit weltlichen Mächten für Proudhon nicht generell diskreditiert, aber „die Wahrheit des Christentums reicht kaum über das Zeitalter der Apostel hinaus.“ Deshalb hielt er es für notwendig, den Kern der Religionen aus den Schalen kirchlich-staatlicher Machtinteressen herauszulösen. Wie vor ihm schon Saint-Simon ging es auch Proudhon um die Erneuerung des emanzipatorischen Gehalts des ursprünglichen Judentums und Christentums als Befreiungsbotschaft für die Armen. Der unverfälschten mosaischen Gesetzgebung zufolge kommt der Mensch „weder als Usurpator noch als Eindringling auf die Welt; sondern als Mitglied der großen Menschenfamilie setzt er sich an den großen gemeinsamen Tisch. Die Gesellschaft ist nicht Herr darüber, ihn aufzunehmen oder zurückzuweisen.“<sup>59</sup> Jeder Mensch habe von Natur aus ein gleiches Recht auf das Leben und das Recht, durch seine

---

<sup>58</sup> John Stuart Mill & Harriet Taylor Mill & Helen Mill (1869/1991), S. 80 - 81 und 121.

<sup>59</sup> Pierre Joseph Proudhon (1839), zitiert nach Thilo Ramm Hrsg. (1963), S. XV - XVI. - Pierre Joseph Proudhon (1840/1971), S. 16.

Arbeit als Bauer, Handwerker, Gewerbetreibender, Wissenschaftler oder Künstler persönliches Eigentum zu erwerben und seine Existenz als unabhängiger Bürger zu erhalten. Zwei Jahrzehnte bevor Darwin das Leben als „Kampf ums Dasein“ deutete, lautete Proudhons Credo: „Das Leben ist Kampf, aber kein Kampf des Menschen gegen den Menschen, sondern des Menschen gegen die Natur. ... Das gesellschaftliche Gleichgewicht ist die Ausglei chung der Starken und Schwachen.“<sup>60</sup>

Wie Adam Smith in seiner „Theorie der ethischen Gefühle“ ging auch Proudhon von einem allen Menschen innewohnenden Gefühl der „Sympathie (aus), welche uns zur Gesellschaft hinzieht. ... Der Mensch ist als geselliges Wesen geboren. ... Der Mensch ist nur Mensch durch die Gesellschaft, die ihrerseits nur durch das Gleichgewicht und die Harmonie der Kräfte gehalten wird, aus welchen sie besteht.“ Unter der Voraussetzung, dass die sich aus dem Naturrecht ergebende „Gleichheit der Bedingungen“ gewahrt wird, beschränkt sich zudem der „Geselligkeitssinn“ der Menschen keinesfalls nur auf ihre wirtschaftlichen Beziehungen: „Der Geist der Wohltätigkeit und der Liebe erstreckt sich auch darüber hinaus. ... Die Freundschaft ist die Tochter der Gleichheit.“<sup>61</sup>

Damit hielt Proudhon am Leitbild einer bürgerlichen Marktgesellschaft als einem wohlproportionierten, in sich ausgewogenen „sozialen Organismus“ und als einer „zusammengesetzten Assoziation“ fest. „Der isolierte Mensch kann nur einen sehr geringen Teil seiner Bedürfnisse befriedigen.“ Um die Produktivität ihrer Tätigkeiten zu steigern, sind die Menschen darin mit ihren verschiedenen Fähigkeiten arbeitsteilig als Bauern, Handwerker, Industrielle und Händler tätig. „Es gibt also keinen Menschen, der nicht von dem Produkt vieler Tausend verschiedener Arbeiter lebte; keinen Arbeiter, der nicht seinen ganzen Verbrauch und mit ihm die Mittel zur Reproduktion von der Gesellschaft empfinde.“ Und gemäß ihrer nur geringfügig voneinander abweichenden Leistungsfähigkeiten tauschen sie die Produkte ihrer Arbeiten auf eine gerechte Weise aus: „Was heißt also: Gerechtigkeit üben? Es heißt, jedem gleichen Anteil an Gütern gewähren, unter der Bedingung gleicher Arbeit. ... Die Gleichheit der Bedingungen, das ist die allgemeine Solidarität.“<sup>62</sup>

Trotz seiner Übereinstimmung mit dem Menschen- und Gesellschaftsbild des klassischen Liberalismus verleugnete Proudhon keineswegs die offenkundigen sozialen Disharmonien im Frühkapitalismus. Und im Gegensatz zur Ökonomie seiner Zeit wollte er sie auch nicht unter einem ideologischen Deckmantel verbergen: „Die Gleichheit der Bedingungen ist niemals verwirklicht worden. Aber unser Widerstand gegen dieses Gesetz lässt seine Notwendigkeit immer mehr und mehr hervortreten.“ Den Widerspruch zwischen Ideal und Wirklichkeit des Liberalismus nahm Proudhon zum Anlass, die Ursachen der „Unordnung in der Gesellschaft“ zu suchen, „welcher ihrerseits wieder der Egoismus entsprang“. Sodann wollte er die

---

<sup>60</sup> Pierre Joseph Proudhon (1840/1971), S. 16, 43 und 99.

<sup>61</sup> Pierre Joseph Proudhon (1840/1971), S. 184, 192 und 204.

<sup>62</sup> Pierre Joseph Proudhon (1840/1971), S. 117, 187, 191, 194 und 198.



kapitalistische „Ungleichheit der Bedingungen“ überwinden, dadurch den übersteigerten Egoismus mäßigen und ihn mit den zwischenmenschlichen Sympathiegefühlen versöhnen.<sup>63</sup> Um das bis dahin unerreichte Ideal des Liberalismus doch noch verwirklichen, war es notwendig, die Eigentumsfrage neu zu stellen und ihr eine Antwort zu geben, die sich sowohl von den Theorien des klassischen Liberalismus als auch von kommunistischen Vorstellungen von Babeuf, Blanqui, Blanc oder Cabet unterschied.

Proudhons provozierende Formulierung „Eigentum ist Diebstahl“<sup>64</sup> machte ihn schlagartig berühmt, aber auch berüchtigt. Dabei wandte er sich gar nicht gegen jede Form des privaten Eigentums, denn in Übereinstimmung mit den Klassikern der Ökonomie betrachtete auch Proudhon das bürgerliche Eigentum als eine „Tochter der Arbeit“. Dies gelte vor allem für die von Menschen erarbeiteten Güter des täglichen Bedarfs und auch für das in kleinen und mittleren Dimensionen breit gestreute Privateigentum an Produktionsmitteln. Aber es gelte nicht für dasjenige Privateigentum an Produktionsmitteln, das in den Händen von wenigen Großunternehmen konzentriert ist. Und es gelte erst recht nicht für das private Bodeneigentum, über das Proudhon differenziertere Ansichten hatte als vor ihm Jean-Jacques Rousseau und John Locke.<sup>65</sup>

## **Soziale Ungleichheit durch privates Bodeneigentum ...**

Bereits einige Jahrzehnte vor der Französischen Revolution hatte Rousseau in der ersten privaten Einzäunung eines Stückes Land den eigentlichen Gründungsakt der bürgerlichen Gesellschaft gesehen: „Wie viele Verbrechen, Kriege, Morde, wie viele Leiden und Schrecken hätte nicht derjenige dem Menschengeschlecht erspart, der die Pfähle herausgerissen oder den Graben zugeschüttet und den Menschen zugerufen hätte: ‚Hütet euch davor, auf diesen Betrüger zu hören. Ihr seid verloren, wenn ihr vergesst, dass die Früchte allen gehören und dass die Erde niemandem gehört.‘“<sup>66</sup> Ähnlich wie Locke hatte Rousseau einerseits gespürt, dass die niemandem gehörende Erde eigentlich nicht hätte privates Eigentum werden dürfen; andererseits hatte er wiederum wie Locke die Privatisierung des Bodens mit dem Argument gerechtfertigt, es sei unvorstellbar, dass „der Begriff des Eigentums aus etwas anderem als aus der Arbeitskraft hervor gegangen sein sollte“, die beim Ackerbau eingesetzt werde. „Die Dinge hätten in diesem Zustand sich gleich bleiben können, wenn die Talente aller gleich geblieben wären.“ So hatte Rousseau die „Ungleichheit der Vermögen“ letztlich aus einer „natürlichen Ungleichheit“ der Menschen abgeleitet. Während die Menschen in ihrem „ursprünglichen Naturzustand“ noch durch ein „natürliches Mitgefühl“ miteinander verbun-

---

<sup>63</sup> Pierre Joseph Proudhon (1840/1971), S. 198 und 204.

<sup>64</sup> Pierre Joseph Proudhon (1840/1971), S. 1.

<sup>65</sup> Pierre Joseph Proudhon (1840/1971), S. 67 und 37.

<sup>66</sup> Jean-Jacques Rousseau (1755/2010), S. 74.

den gewesen seien, würden sie nunmehr im „Gesellschaftszustand“ von einer „finsternen Neigung“ geleitet, „sich gegenseitig zu schaden: Konkurrenz und Rivalität auf der einen Seite, Gegensatz der Interessen auf der anderen und immerzu die versteckte Begierde, seinen Gewinn auf Kosten anderer zu realisieren. ... Auf die Zerstörung der Gleichheit folgte die fürchterlichste Unordnung“, die Gewalt und Kriege hervorbringt und „das Menschengeschlecht bis an den Rand des Ruins“ treibt.<sup>67</sup>

Anders als für Rousseau und Locke lag die tiefere Wurzel der sozialen Ungleichheit für Proudhon nicht im unterschiedlichen Leistungsvermögen der Menschen, sondern in Privilegien, durch die eine Minderheit von Menschen auch ohne Arbeit zu privatem Bodeneigentum gelangen konnte, während die Mehrheit von Menschen trotz ihrer Arbeit keine Chancen hatte, ein Stück Land zu erwerben. Zwar gestand Proudhon durchaus zu, dass auch in die Bearbeitung und Verbesserung des Bodens menschliche Arbeit einfließt. Jedoch könne dies kein Recht auf ein veräußerliches Privateigentum am Boden, sondern nur ein Recht auf eine mittel- und langfristige private Nutzung des Bodens begründen. Deshalb hielt Proudhon am biblischen Verständnis der Erde als Eigentum Gottes fest und betrachtete die Menschen als „Durchreisende“, als vorübergehende Gäste, die mit der Erde als ihrer aller Lebensgrundlage treuhänderisch umgehen sollen.<sup>68</sup> Demnach waren sowohl das feudale Großgrundeigentum als auch das mehr oder weniger zersplitterte kapitalistische Privateigentum am Boden Wurzeln der sozialen Ungleichheit und Ungerechtigkeit. Ihretwegen war es nach der Französischen Revolution von 1789 unmöglich gewesen, zugleich mit der Freiheit auch die Postulate der ökonomischen und nicht nur politischen Gleichheit und der Brüderlichkeit zu verwirklichen: „Was hat denn die feste Natur des Erdbodens mit dem Recht der Aneignung zu tun? ... Wer hätte das Recht, sich den Gebrauch des Bodens bezahlen zu lassen, dieses Reichtums, der nicht vom Menschen geschaffen wurde? Wem ist man den Pachtzins für die Erde schuldig? Dem Erschaffer der Erde. Wer hat die Erde erschaffen? Gott. Nun also, Eigentümer, ziehe dich zurück. Aber der Erschöpfer der Erde verkauft sie nicht, er schenkt sie und zwar tut er dies ohne Bevorzugung irgendwelcher Personen. Warum behandelt man denn die einen von seinen Kindern als Erstgeborene und die anderen als Bastarde? Wenn die Gleichheit der Anteile ursprüngliches Recht war, warum trat im späteren Recht Ungleichheit der Bedingungen ein?“<sup>69</sup>

Der napoleonische Code Civil, der das Privateigentum am Boden legalisiert und den Boden zu einem Kapitalgut gemacht hatte, mit dem sich handeln und spekulieren ließ, stellte für Proudhon eine permanente institutionalisierte „Rechtsverletzung“ dar, die das frühere Unrecht des feudalen Großgrundeigentums auf eine neue kapitalistische Weise fortführte. „Das Recht des Grundbesitzes anerkennen,

---

<sup>67</sup> Jean-Jacques Rousseau (1755/2010), S. 82, 86 – 90. - John Locke (1689/2007), S. 29 – 36.

<sup>68</sup> Pierre Proudhon (1839), zitiert nach Thilo Ramm Hrsg. (1963), S. XVI. – Psalm 24.1.

<sup>69</sup> Pierre Joseph Proudhon (1840/1971), S. 66 – 67..

heißt sich seiner menschlichen Würde zu entäußern. ... Das Eigentumsrecht war der Anfang allen Übels auf Erden, der erste Ring zu jener langen Kette von Verbrechen und Elend, die das Menschengeschlecht seit seiner Entstehung mit sich schleppt.“<sup>70</sup> Anstelle des feudalen Großgrundeigentums und des Bodenprivateigentums mitsamt seiner ungleichmäßigen Verteilung und der privaten Aneignung der Bodenrente als eines leistungslosen Einkommens forderte Proudhon eine Behandlung des Bodens und der übrigen Lebensgrundlagen als unveräußerliche Gemeinschaftsgüter: „Die Erde ist wie das Wasser, die Luft und das Licht eine der ersten Notwendigkeiten, deren sich jeder frei bedienen soll. ... Aber die Erde ist weit weniger ausgedehnt als die übrigen Elemente. Daher bedarf ihr Gebrauch einer Regelung, nicht zum Vorteil einiger weniger, sondern im Interesse und zur Sicherheit aller.“<sup>71</sup>

Allerdings äußerte sich Proudhon nicht dazu, ob er sich die Überführung des Bodens in ein Eigentum der Allgemeinheit mit oder ohne Entschädigungszahlungen an die bisherigen Eigentümer vorstellte. Und er ließ auch offen, wie eine private Nutzung des vergesellschafteten Bodens rechtlich geregelt werden könnte. Andererseits erkannte er frühzeitig, dass neben der Gesamtheit aller Lebensgrundlagen „auch das Talent und das Wissen eines Menschen das Produkt der allgemeinen Intelligenz“ sind und ein „angehäuftes Gesellschaftskapital“ darstellen, das als ein gemeinschaftliches Gut zu behandeln ist.<sup>72</sup>

### **... und durch die Konzentration von Kapital**

Neben dem privaten Bodeneigentum und der privaten Aneignung der Bodenrente betrachtete Proudhon die Konzentration von Produktionsmitteln in den Händen von privaten Eigentümern als zweite Form der sozialen Ungleichheit. Sein Blick auf das private Produktionsmitteleigentum war jedoch differenzierter als derjenige von Smith und Marx, die es entweder als Ergebnis von Arbeit und Sparen gerechtfertigt oder als Ergebnis der Ausbeutung von menschlicher Arbeitskraft verurteilt hatten. Solange die Produktionsmittel in kleineren und mittleren Größenordnungen, die dem menschlichen Leistungsvermögen entsprachen, breit gestreut waren, akzeptierte Proudhon das Privateigentum an ihnen, während er das Produktionsmitteleigentum dort als „Diebstahl“ verurteilte, wo es in den Händen privater Monopolisten angehäuft war. Für ihn bestand das konzentrierte Produktionsmitteleigentum aus zwei widersprüchlichen Bestandteilen: zum einen aus der Anlage von gesparten Teilen des Arbeitseinkommens seiner Privateigentümer und zum anderen aus der Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft im Produktionsprozess: „Der Lohn des Arbeiters übersteigt seine laufende Verzehrung nicht mehr, während der Kapitalist in dem vom Arbeiter hervorgebrachten Produkt ein Unterpfand der Un-

---

<sup>70</sup> Pierre Joseph Proudhon (1840/1971), S. 64 und 72 – 73.

<sup>71</sup> Pierre Joseph Proudhon (1840/1971), S. 70 – 71.

<sup>72</sup> Pierre Joseph Proudhon (1840/1971), S. 113 – 114, außerdem S. 2.

abhängigkeit und Sicherheit für die Zukunft findet. ... Während der Eigentümer dank dem Zusammenwirken aller Arbeiter gesichert und sorgenlos dahin lebt und nicht mehr Mangel an Arbeit und Brot fürchtet, so muss der Arbeiter seine ganze Hoffnung auf das Wohlwollen dieses Eigentümers setzen, dem er seine Freiheit verkauft hat.“<sup>73</sup>

Die tiefere Ursache der Ausbeutung der Arbeiter durch die Kapitalisten suchte Proudhon jedoch nicht wie Marx in der Produktionssphäre, sondern in der Zirkulationssphäre, weil die Kapitalisten ihrerseits darauf angewiesen seien, dass die auf den Märkten erzielbaren Preise ihrer Waren mindestens den in ihnen enthaltenen Arbeitswerten entsprechen. Dies führte ihn zu den zentralen Frage: „Wie viel Nägel ist ein Paar Holzschuhe wert? Könnten wir dieses entsetzliche Problem lösen, so hätten wir den Schlüssel zu dem sozialen System, nach dem die Menschheit seit 6000 Jahren sucht. ... Der absolute Wert einer Sache ist also das, was sie an Zeit und Aufwand kostet.“ Da der in die Herstellung einer Ware einfließende Aufwand an Arbeit und Zeit an verschiedenen Orten und zu verschiedenen Zeiten unterschiedlich hoch sein könne, hänge die Legitimität des Handels letztlich davon ab, dass ihr Preis in der Nähe ihres durchschnittlichen „relativen Wertes“ liege.<sup>74</sup>

Die Ermittlung von relativen Werten der Waren erwies sich jedoch auch für Proudhon als schwierig, zumal er anders als Smith und Marx neben den Arbeiten in der Industrie auch noch die Tätigkeiten von Lehrern, Künstlern, Wissenschaftlern oder Beamten zu den produktiven Tätigkeiten zählte. Aufgrund der Unmöglichkeit, die Werte der Waren genau zu schätzen, ließ sich nicht verlässlich beurteilen, ob es beim Austausch der Waren mit rechten Dingen zugeht oder nicht. So erschien Proudhon die Zirkulationssphäre zunächst als eine „Quelle von kommerziellen Betrügereien“. Im Gegensatz zu Fourier reduzierte er die Ungerechtigkeiten beim Austausch der Waren und die daraus resultierende Ungleichheit der Vermögen aber nicht nur auf den „ungetreuen Handel“, also auf vorsätzliche Täuschungsmanöver der Tauschpartner.<sup>75</sup> Vielmehr waren mit der privaten Aneignung von Bodenrenten, mit Zinsen für verliehenes Geld und „Renten für dauernd angelegte Kapitalien“ sowie Mieten für Gebäude mehrere leistungswidrige Einkommensarten legalisiert worden, durch die private Eigentümer unabhängig von ihrem mehr oder weniger unfairen Verhalten beim Warenaustausch ein institutionalisiertes „Herrschaftsrecht“ erhielten, ihr angehäuften Vermögen noch weiter auf Kosten der Arbeitenden zu vermehren. Die „Äquivalenz der ausgetauschten Produkte“, die eigentlich das „Grundgesetz des Handels“ sein sollte, wird durch diese leistungswidrigen, aber von der klassischen Ökonomie gerechtfertigten Einkommensarten aufgehoben.<sup>76</sup> Im Gegensatz zu den „törichten Aphorismen einer aus dem Eigentum entstandenen Volkswirtschaftslehre“ argumentierte Proudhon, dass „die Ka-

---

<sup>73</sup> Pierre Joseph Proudhon (1840/1971), S. 92 und 94.

<sup>74</sup> Pierre Joseph Proudhon (1840/1971), S. 105 - 109.

<sup>75</sup> Pierre Joseph Proudhon (1840/1971), S. 110, 116 und 204.

<sup>76</sup> Pierre Joseph Proudhon (1840/1971), S. 122, 125, 128 - 131 und 232.

pitalien, Werkzeuge und Maschinen unproduktiv sind. Der Eigentümer, der eine Abgabe oder einen Preis für den Dienst seines Instruments verlangt, setzt eine grundfalsche Tatsache voraus, nämlich dass die Kapitalien etwas durch sich selbst produzieren und empfängt so in der Bezahlung für diese eingebildeten Produkte buchstäblich Etwas für nichts. ... Das Herrschaftsrecht gleicht einem Vorabzug von der gesellschaftlichen Produktion.“ Obendrein „wächst der Zins wie der Krebs.“<sup>77</sup> So führen Investitionen von selbst erarbeiteten Ersparnissen und von leistungslosen Vermögenseinkünften aus Bodenrenten, Geld- und Realkapitalzinsen sowie Mieten zu immer größeren Anhäufungen von Kapital. Der Leistungswettbewerb auf freien Märkten verwandelt sich dadurch in einen Verdrängungswettbewerb auf monopolisierten Märkten, auf denen Stärkere die Schwächeren beherrschen.

Angehäuftes Eigentum stellte demnach ein Konglomerat aus eigener Arbeit und legaler, aber eigentlich illegitimer Aneignung von fremder Arbeit dar und es bewirkt, dass die Wirtschaft fortwährend mit struktureller Gewalt durchtränkt wurde.<sup>78</sup> Dementsprechend verwandelten sich nach Auffassung von Proudhon auch die Produktionstechniken von „wunderlichen Erfindungen“, die die Arbeit der Menschen erleichtern sollten, zu „höllischen Maschinen“, die zu Lohnsenkungen führten, ihre Ausbeutung noch steigerten und ihre Gesundheit schädigten - besonders dort, wo neben Männern auch noch Frauen und Kinder zu Fabrikarbeiten herangezogen wurden. Ohne ein Maschinenstürmer zu sein, verwies Proudhon darauf, dass damit auch noch eine „Entwertung der Handarbeit“ einherging.<sup>79</sup>

In ersten Umrissen erkannte Proudhon auch die Unausweichlichkeit von Störungen der Geldzirkulation, Absatzstockungen und Arbeitslosigkeit sowie die Unmöglichkeit eines gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts von Angebot und Nachfrage, wenn die durch leistungslose Vermögenseinkünfte geschmäleren Löhne der Arbeiter nicht ausreichen, um das produzierte Angebot vom Markt zu räumen, und wenn es den „Unternehmern bald zur Unmöglichkeit wird, die Zinsen der Kapitalien, die sie ausbeuten, zu bezahlen. ... Die erste Ursache der Handels- und Industriestockungen ist also der Zins des Kapitals.“<sup>80</sup>

## **Weder Kapitalismus noch Kommunismus, sondern eine „Gleichheit der Bedingungen“**

Wie vor ihm die Frühsozialisten, aber auf eigenen Gedankenwegen<sup>81</sup> und auch etwas anders als Mill wollte Proudhon die auf kapitalistische Irrwege geratene frei-

---

<sup>77</sup> Pierre Joseph Proudhon (1840/1971), S. 26 (Volkswirtschaftslehre), 125 (Zins), 131, 134, 176 und 216 -217.

<sup>78</sup> Pierre Joseph Proudhon (1840/1971), S. 133.

<sup>79</sup> Pierre Joseph Proudhon (1840/1971), S. 147 und 153.

<sup>80</sup> Pierre Joseph Proudhon (1840/1971), S. 153 - 154.

<sup>81</sup> Ramm verwies auf eine Auseinandersetzung Proudhons mit Victor Considérant, dem führenden Kopf der Nachfolger Fouriers, in einer Schrift „Warnung an die Eigentümer“ (1842); vgl. Thilo Ramm Hrsg. (1963), S. XVIII.

heitliche Bürgergesellschaft auf einen Weg des Ausgleichs sozialer Gegensätze bringen, ohne dabei auf Abwege des Kommunismus zu geraten. Den Kommunismus erkannte er frühzeitig als eine neue Form der Unterdrückung und Knechtschaft und warnte mit historischem Weitblick davor, ihn an die Stelle des Kapitalismus zu setzen: „Der Kommunismus verletzt die Autonomie des Gewissens und die Gleichheit. ... Er wird tyrannisch und ungerecht dadurch, dass er die Einförmigkeit zum Gesetz erhebt, womit er der freien, tatkräftigen, vernünftigen, unabhängigen Persönlichkeit des Menschen Fesseln anlegt. ... Die größte Gefahr, der die Gesellschaft heutzutage ausgesetzt ist, ist ein neuer Schiffbruch an dieser Klippe.“<sup>82</sup>

Dem Motto „enrichissez-vous“, das der durch die 1830er Julirevolution zur Macht gelangte Bürgerkönig Louis-Philippe ausgerufen hatte, stellte Proudhon deshalb nicht die Forderung nach einer kommunistischen Gütergemeinschaft, sondern die Forderung nach einer „Gleichheit der Bedingungen“ entgegen, unter denen die Menschen als freie Individuen ihre Arbeitsfähigkeiten entfalten und eine „dritte Gesellschaftsform“ erreichen können, in der persönliche Freiheit und „soziale Gleichheit ohne Verletzung der Gerechtigkeit“ zur Synthese gelangen können.<sup>83</sup> Die gesellschaftlichen Hierarchien aus den Zeiten des Feudalismus und des frühen Kapitalismus sollten nicht in ein kommunistisches Machtsystem, sondern in einen egalitären Dritten Stand übergehen. An die Stelle mächtiger Adliger, Kleriker und Großbürger, ohnmächtiger Proletarier und vom Absturz ins Proletariat bedrohter Kleinbürger sollten freie, selbstständig und unabhängig werdende Bürger treten, die einander ebenbürtig werden. Während des Übergangs von der Konzentration zur Dezentralisierung des Kapitals bedürfe es „in jeder Industrie noch der Lenker, Aufseher usw.“ Aber Proudhon forderte, dass sie wie bei politischen Ämtern „aus der Mitte der Arbeiter durch diese selbst gewählt werden und die Bedingungen der Wählbarkeit erfüllen müssen.“<sup>84</sup> Als wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Fernziel hatte er eine „freie Assoziation“ von Bürgern vor Augen. „Die Freiheit, die sich darauf beschränkt, die Gleichheit in den Produktionsmitteln und den Gleichwert beim Tausch aufrecht zu erhalten, ist die einzig mögliche, einzig gerechte und einzig wahre Gesellschaftsform.“ Auf der Grundlage einer solchen „Gleichheit in den Produktionsmitteln“ werde es möglich, dass die zu sich selbst befreiten Bürger entweder in kleineren Betrieben selbstständig produzieren oder dass sie sich auf freiwilliger Basis zu mittleren oder größeren Produzentengemeinschaften assoziieren. Und die Einhaltung des „Gleichwerts beim Tausch“ führe dann dazu, dass die Gesellschaft insgesamt ihr „soziales Gleichgewicht“ findet.<sup>85</sup>

---

<sup>82</sup> Pierre Joseph Proudhon (1840/1971), S. 208 - 211 und 227. - In seinen „Bekennnissen eines Revolutionärs“ prägte Proudhon später den Begriff des „sozialistischen Feudalismus“ und sah mit dem Kommunismus die Gefahr voraus, „die größte Tyrannei und ein Schrecken erregendes Elend herbeizuführen“. (1849/1969, S. 164 und 211)

<sup>83</sup> Pierre Joseph Proudhon (1840/1971), S. 51 und 227.

<sup>84</sup> Pierre Joseph Proudhon (1840/1971), S. 101.

<sup>85</sup> Pierre Joseph Proudhon (1840/1971), S. 229.

## Durch soziale Gleichheit zu Föderalismus und Anarchie in der Politik

Mit dem Übergang von der Aristokratie und Monarchie zur Demokratie hatte die „Bewegung von 89“ im Rahmen ihrer Durchsetzung der Menschenrechte zwar die formale Gleichheit der Menschen bzw. nur erst der Männer (!) vor dem Gesetz hergestellt. Jedoch wurden die Rechtsgleichheit und die Souveränität der Bürger noch durch die soziale Ungleichheit ausgehöhlt, so dass in der Demokratie in Wirklichkeit noch das Recht der wirtschaftlich Stärkeren galt: „Daher findet man auch in den sogenannten neuen Institutionen, die die Republik sich schuf, dieselben Prinzipien, die man bekämpft hatte, und den Einfluss aller Vorurteile, die man umgestoßen glaubte. ... Was ist die Demokratie? Die Souveränität eines Volkes, oder richtiger gesagt, die Mehrheit der Nation. Aber das ist immer die Souveränität des Menschen, der an die Stelle der Souveränität des Gesetzes gesetzt ist, die Souveränität der Willkür an Stelle der Souveränität der Vernunft, mit einem Worte: die Leidenschaft an Stelle des Rechts.“<sup>86</sup>

Allerdings kritisierte Proudhon leider noch nicht die Beschränkung der Menschenrechte auf Männer und unterstützte nicht den Kampf von Frauen um die Anerkennung ihrer Menschenrechte, den Olympe de Gouges mit ihrer „Erklärung der Rechte der Frau und Bürgerin“ (1791) begonnen und mit ihrem Leben bezahlt hatte. Im Gegensatz zu Fourier blieb Proudhon einem extrem patriarchalischen Familienbild verhaftet. In „Was ist das Eigentum?“ distanzierte er sich scharf von dem, „was man heute Frauenemanzipation nennt. ... Zwischen Weib und Mann kann Liebe, Leidenschaft, Angewöhnung und alles, was man will, existieren, aber nie eine Gesellschaft. Mann und Weib haben keine Gemeinschaft.“ Auch in seinen weiteren Schriften betrachtete Proudhon den Familienhaushalt als „Königreich der Frau“.<sup>87</sup>

Unabhängig davon wollte Proudhon mit der Verwirklichung von sozialer Gleichheit die von der Französischen Revolution zunächst nur für Männer herbeigeführte Rechtsgleichheit vollenden und einer bürgerlichen Gesellschaft den Weg bahnen, in der jegliche ökonomische und politische Herrschaft von Menschen über Menschen überwunden sein wird. „Wie der Mensch die Gerechtigkeit in der Gleichheit sucht, so sucht die Gesellschaft die Ordnung in der Anarchie“, worunter Proudhon die „Abwesenheit jedes Herrschers, jedes Souveräns“ verstand. In einer tatsächlich herrschaftsfreien Republik würden sich föderale statt zentralistische Strukturen der Politik herausbilden und die bislang von Interessengruppen dominierte Politik würde auf neutrale, von Sonderinteressen unabhängige Wissenschaften übergehen: „Die Wissenschaft der Regierung gehört von Rechts wegen in eine Sektion der Akademie der Wissenschaften, deren ständiger Sekretär notwendigerweise Premierminister wird. ... Alles, was Gegenstand der Gesetzgebung und

---

<sup>86</sup> Pierre Joseph Proudhon (1840/1971), S. 18 - 19 und 56.

<sup>87</sup> Pierre Joseph Proudhon (1840/1971), S. 197, sowie ders. (1846/2003), S. 424, und (1848/1963), S. 121.

Politik ist, ist Gegenstand der Wissenschaft, nicht der privaten Meinung. ... Dem Despotismus des Willens wird die Herrschaft der Vernunft folgen.“<sup>88</sup>

## **Wurzeln der hierarchischen Unternehmensorganisation und der Lohnabhängigkeit der Arbeiter**

In seiner Frühschrift erhob Proudhon ausdrücklich nicht den Anspruch, ein bis in letzte Details durchdachtes „System aufstellen“ zu wollen, sondern er wollte in erster Linie für gerechte Rahmenbedingungen des Wirtschaftens sorgen: „Ich verlange Aufhören der Privilegien, Gleichheit der Rechte, Herrschaft des Gesetzes. Gerechtigkeit, das allein ist der Inhalt meines Werkes. ... Die Gerechtigkeit ist das Hauptgestirn, welches die Gesellschaften lenkt“ bzw. lenken sollte.<sup>89</sup> Seine Frühschrift „Was ist das Eigentum?“ entstand in der Zeit des Frühkapitalismus, in der Kapitalisten noch durchweg Unternehmer und Kapitalisten in einer Person waren und ihre Unternehmen hauptsächlich mit Eigenkapital finanzierten und in der das Bankwesen noch wenig entwickelt war.<sup>90</sup> Unter diesen Umständen blieben manche von Proudhons Erklärungen der sozialen Ungleichheit noch vage. Stellenweise ahnte er die Zusammenhänge mehr als dass er sie schon genau analysieren konnte. Gleichwohl wies er einen Weg in die richtige Richtung einer nachkapitalistischen Bürgergesellschaft mit einem gemeinschaftlichen Bodeneigentum und mit einer breiten Streuung von Geld und Kapital, das bei einem Zins von Null seine „unendliche Akkumulationskraft“<sup>91</sup> verliert.

Um seinen Gedanken eine größere Wirkungskraft zu verleihen, systematisierte Proudhon sie in einem umfangreichen Werk, das 1846 in zwei Bänden erschien. Sein Titel „System der ökonomischen Widersprüche“ versprach, die Lehren der herrschenden, „in ihre Träumereien verliebten Ökonomie“ kritisch zu durchleuchten und einen Ausweg aus dem kapitalistischen Durcheinander zu zeigen, auf dem sich eine gerechte Ordnung des Wirtschaftens unter Wahrung der persönlichen Freiheit erreichen ließe.<sup>92</sup>

An den Anfang seines großen Werkes stellte Proudhon ausführliche Betrachtungen zum Gebrauchs- und Tauschwert der Waren, weil ihm der Wert als „Eckstein des ökonomischen Gebäudes“ erschien. Dennoch kam er nicht um das Eingeständnis herum, dass sich die Werte nicht exakt messen lassen, weil „im Zustand der Freiheit ... der Wert launenhaft ist wie die Freiheit. ... Die Einschätzung des Wertes bleibt auf immer willkürlich und der Preis der Waren wird immer schwanken. ... Die Gleichheit wird in der Gesellschaft nicht wie eine starre Waage hervorgebracht; sie ist ein abstrakter Punkt, diesseits und jenseits dessen das Tatsächli-

---

<sup>88</sup> Pierre Joseph Proudhon (1840/1971), S. 224 - 225 und 230 - 231.

<sup>89</sup> Pierre Joseph Proudhon (1840/1971), S. 3 und 13.

<sup>90</sup> Pierre Joseph Proudhon (1840/1971), S. 174.

<sup>91</sup> Pierre Joseph Proudhon (1840/1971), S. 172.

<sup>92</sup> Pierre Joseph Proudhon (1846/2003), S. 56 - 68.



che unaufhörlich hin und her schwankt. ... Der Kommunismus, nebenbei gesagt, wird mit dieser Schwierigkeit nie fertig werden.“ Auch wenn ihm bewusst wurde, dass die „Gerechtigkeit ohne eine Bestimmung hinkt“, hielt Proudhon es für aussichtslos, ein exaktes „Eichmaß des Wertes“ zu finden, das es ermögliche, der notwendigen „Verhältnismäßigkeit der Werte“ eine „unumstößliche Garantie“ zu geben.<sup>93</sup>

Umso deutlicher erkannte Proudhon die unbedingte Notwendigkeit, jegliche Privilegien bis hin zu „Erfindungspatenten“ zu beseitigen, die die dezentrale Selbstorganisation der Märkte beeinträchtigen und die Verteilung der Einkommen und Vermögen zugunsten von Privilegierten verfälschen. Nur die menschliche Arbeit sollte konstituierend für den Wert der nützlichen und verkäuflichen Waren wirken, um den die Preise in möglichst geringer Bandbreite oszillieren sollten. Dies müsse auch für die als Geldwaren verwendeten Edelmetalle Gold und Silber gelten. In diesem Zusammenhang deutete Proudhon zum ersten Mal an, dass das Geld als „Ware par excellence“ aufgrund seiner „absoluten Tauschfähigkeit ... zu einem typischen Leitprodukt aller anderen Produkte wird“ und dadurch eine besonders herausgehobene Stellung im Gesamtzusammenhang der Wirtschaft erlangt. „Ist es also möglich, die Reihe wieder herzustellen, aus der das Geld anscheinend herausgelöst worden ist, und es folglich wieder zu seinem wahren Prinzip zurückzuführen?“<sup>94</sup>

Dieser Frage sollte Proudhon erst später wieder nachgehen. Zunächst vertiefte er sich in Untersuchungen über das Wesen der Arbeitsteilung, des technischen Fortschritts und der Maschinen, deren innere Widersprüchlichkeiten er deutlich vor Augen führte. Wie Smith mit seinem berühmten Beispiel der Herstellung von Stecknadeln schätzte Proudhon die Arbeitsteilung als Mittel zur Steigerung der Produktivität der menschlichen Arbeit, aber in zu sehr mechanisierten Formen der Arbeitsteilung wie der „mensenmörderischen Stückerarbeit“ erkannte er auch die Gefahren einer „Verderbung der Seele“. Einerseits erschienen ihm die Maschinen als Mittel zur Erleichterung der menschlichen Arbeit und damit als ein „Symbol der menschlichen Freiheit“ - andererseits sah Proudhon, wie sich Arbeits- zulasten von Ruhezeiten ausdehnen ließen oder wie Arbeiter durch Maschinen ersetzt und arbeitslos wurden und Löhne durch ein vermehrtes Angebot von Arbeit sanken. Schließlich leitete er - allerdings ohne in den realen kapitalistischen Ausformungen der Technik und der Maschinen auch schon Auswirkungen der Konzentration von Geld und Kapital zu erkennen - die Lohnabhängigkeit aus der maschinellen Produktion ab: „Vergebens sichert das Gesetz jedem Menschen das Recht zu, ein Unternehmen zu haben sowie die Möglichkeit, für sich alleine zu arbeiten und seine Erzeugnisse direkt zu verkaufen. ... Die Maschine bzw. die Werkstatt degradiert zuerst den Arbeiter dadurch, dass sie ihm einen Herren gibt, und richtet ihn danach vollends zugrunde, indem sie ihn von der Stellung eines Handwerkers zu

---

<sup>93</sup> Pierre Joseph Proudhon (1846/2003), S. 76 - 77, 82, 84 - 85 und 565.

<sup>94</sup> Pierre Joseph Proudhon (1846/2003), S. 92, 94 und 237 - 238.

der eines Handlungers absinken lässt. ... Seit der Errichtung großer Manufakturen ist eine Menge kleiner Gewerbe aus den Häusern verschwunden. ... Mit der Maschine und der Werkstatt hält das Autoritätsprinzip Einzug in die politische Ökonomie. Kapital, Meisterschaft, Vorrecht, Monopol, Kommanditgesellschaft, Kredit, Eigentum usw. - das ist der Uranfang all unserer Nöte.“ Anders als Marx erklärte Proudhon die Lohnabhängigkeit nicht zu einem untrennbaren Bestandteil einer arbeitsteiligen Tauschwirtschaft: „Die Lohnabhängigkeit, nach Arbeitsteilung und Tausch entstanden, ist letztlich in einem notwendigen Zusammenhang mit der Theorie der Kostenreduktion zu sehen“<sup>95</sup> - also im Zusammenhang mit den Theorien über die Vorteile der industriellen Massenproduktion, wobei näher zu definieren wäre, ob unter diesen Kostenvorteilen höhere Renditen auf das eingesetzte Kapital oder günstigere Preise für die Konsumenten zu verstehen sind. Unabhängig davon erlaubte Proudhons Sichtweise die Frage, ob „es denn unmöglich ist, dass in dem heutigen Zustand der Gesellschaft die Werkstatt mit ihrer hierarchischen Organisation und die Maschinen, anstatt ausschließlich den Interessen der am wenigsten zahlreichen, am wenigsten arbeitenden und reichsten Klasse zu dienen, zum Wohle aller eingesetzt werden?“<sup>96</sup>

Diese Frage ließ Proudhon offen und auch eine Ersetzung der auf Kapitalkonzentration und betrieblichen Hierarchien beruhenden Technik durch dezentralisierte und kleinere Formen der Technik lag noch außerhalb der Reichweite seines Denkens. Die zeitbedingten Grenzen seiner Vorstellungskraft zeigten sich auch in seinen Gedanken über den Wettbewerb und über Monopole. Einerseits gab es für Proudhon keine Zweifel, dass zu einer arbeitsteiligen Tauschwirtschaft notwendigerweise auch ein freier Wettbewerb auf freien Märkten gehört: „Die Konkurrenz ist notwendig für die Konstituierung der Werte. ... Als Triebfeder der individuellen Kräfte ist sie das Pfand ihrer Freiheit, erstes Moment ihrer Harmonie, die Form der Verantwortlichkeit, die sie alle vereint und solidarisch macht.“ Andererseits beobachtete er aber auch eine zunehmende Tendenz zur Aufhebung der Konkurrenz durch Monopole: „Die Konkurrenz aber, sich selbst überlassen und der Leitung eines übergeordneten und wirksamen Prinzips beraubt, ist nur eine unbestimmte Bewegung, ein zielloses Hin- und Herschwanken der wirtschaftlichen Macht.“<sup>97</sup>

Im Gegensatz zu seiner eigenen herrschaftskritischen Grundhaltung unterzog Proudhon die Monopole in seinem „System der ökonomischen Widersprüche“ keiner grundsätzlichen Kritik. Im Gegenteil - er rechtfertigte sie sogar als etwas zur Natur und zum Menschen Gehörendes, das „zum Wachstum des Wohlstands beiträgt. ... Das Monopol an sich enthält also nicht die Idee der Ungerechtigkeit.“ Freilich blieb ihm auch nicht die innere Widersprüchlichkeit der Monopole verborgen mit ihrem „die Gesellschaft aufbauenden Prinzip und der Bedingung des Reich-

---

<sup>95</sup> Pierre Joseph Proudhon (1846/2003), S. 107, 127, 129, 133, 139 und 141 - 143.

<sup>96</sup> Pierre Joseph Proudhon (1846/2003), S. 143.

<sup>97</sup> Pierre Joseph Proudhon (1846/2003), S. 156 und 181.

tums; zugleich und im selben Maße mit ihrem Prinzip der Beraubung und des Pauperismus.“ Alles in allem hielt Proudhon eine Abschaffung der Monopole aber weder für wünschenswert noch für möglich: „Wo sollte die Gesellschaft etwas hernehmen, von dem sie die Monopolisten entschädigen könnte? ... Das gesellschaftliche Problem besteht darin zu erfahren, nicht wie man alle Monopole abschafft, sondern wie man sie in Einklang miteinander bringt“, d.h. wie sich - trotz der Anhäufung von Kapital in Monopolen! - erreichen ließe, dass sich große, mittlere und kleine Unternehmen in einem ausgeglichenen Gesamtgefüge gegenseitig ergänzen könnten.<sup>98</sup>

Proudhon beobachtete auch, dass sich in den Monopolen in Industrie und Handel nicht nur lohnabhängige Arbeiter den Unternehmern hierarchisch unterordnen mussten, sondern dass sich in Kommanditgesellschaften, die anders als die späteren Aktiengesellschaften noch Personengesellschaften waren, in denen wenigstens einer der Gesellschafter die volle Haftung trug, allmählich auch die Funktionen der Unternehmer und der Kapitalisten voneinander trennten. In Aktiengesellschaften wurden Unternehmer vollends zu Geschäftsführern von Kapitalisten, die ihnen Fremdkapital liehen und dafür Zinsen und Dividenden bezogen. Folglich ging es in Monopolen nicht mehr hauptsächlich um die Erzeugung von Waren für den menschlichen Bedarf, sondern um das Interesse von Kapitalgebern, ohne Rücksicht darauf, „ob dieses Interesse nun dem gesellschaftlichen Interesse zuwiderläuft oder nicht.“<sup>99</sup>

Dennoch blieb Proudhons Haltung gegenüber Monopolen ambivalent. Trotz ihrer offenkundigen Nachteile begründete er ihre Notwendigkeit damit, dass technische Maschinen größere Unternehmen erfordern. In diesem Zusammenhang bedachte er nicht mit, dass sich die Tendenz zur Monopolbildung auch aus dem Interesse angehäufter Geldvermögen ergab, in entsprechend größeren Unternehmen investiert zu werden. Zwar kam Proudhon der Macht des Geldes über Menschen und Märkte sowie dem Zins und Zinseszins als ein leistungsloses, Ungleichheit schaffendes Einkommen schon näher als die klassischen Ökonomen und Marx, aber er konnte - wie das Kapitel über das Kreditwesen in seinem „System der ökonomischen Widersprüche“ zeigte - deren tiefere Ursachen und ihre Auswirkungen auf die Wirtschaft noch nicht vollständig ergründen.

Aufgrund ihrer Funktion als Waren aller Waren sah Proudhon im Gold und Silber „Synonyme für Macht, Königtum, ja fast für Göttlichkeit“. Seine besondere Stellung in der Wirtschaft als alleiniges Tauschmittel mache das Geld zur „Fürstin unter den Waren“ und zum „Idol des menschlichen Geschlechts. ... Ein Koffer voll Geld ist eine Zauberschachtel, die denen, die die Möglichkeit haben, da hinein zu greifen, Gesundheit, Reichtum, Vergnügen und Ruhm schenkt. ... Wer über Geld verfügt, ist im Handel wie der, der im Spiel die Trümpfe hat.“ Und wer so viel Geld hatte, dass er Teile davon als Kredit verleihen konnte, ohne dadurch selbst etwas

---

<sup>98</sup> Pierre Joseph Proudhon (1846/2003), S. 182 - 189 und 193.

<sup>99</sup> Pierre Joseph Proudhon (1846/2003), S. 191, 194, 196, 199 und 203.

zu entbehren, überließ zwar die königliche Eigenschaft seines Geldes zeitweise dem Kreditnehmer, aber er vermochte sein Geld noch zusätzlich dadurch zu krönen, dass er das Verliehene am Ende mit einem Zins zurückerhielt, der die Einkommen der Arbeitenden ebenso wie die privat angeeignete Bodenrente schmälerte. Damit wurde der Kredit, der eigentlich erfunden wurde, „um der Arbeit zu Hilfe zu kommen, indem er das Instrument in die Hände der arbeitenden Menschen gelangen lässt ..., zum dramatischsten Teil der ganzen politischen Ökonomie“. Mit ihrer Rechtfertigung des Zinsnehmens stellte sie sich in einen Gegensatz zur mosaischen Gesetzgebung, die das Zinsnehmen verurteilt hatte.<sup>100</sup>

Entsprechend der inneren Widersprüchlichkeit des Kredits entwickelten sich auch die Banken und Sparkassen zu widersprüchlichen Institutionen. Einerseits ermöglichten sie mit ihren Kreditgeschäften die Produktion von Waren; andererseits häuften sie auch selbst Kapital und Macht an, wurden auf diese Weise zu „Königinnen über Gewerbe und Handel“ und bewirkten eine Zunahme der sozialen Ungleichheit. So entstand mit den unentbehrlichen Dienstleistungen der Banken zugleich auch eine „Herrschaft der Banken und ein Kult des Goldenen Kalbs“.<sup>101</sup>

Am Ende des „Systems der ökonomischen Widersprüche“ fehlten Ausblicke auf konkrete Schritte zu einer Entthronung des Geldes und einer Umwandlung des Kredits in ein „Gleichgewichtsmittel“. Proudhon beließ es ausdrücklich bei einer „Ahnung, dass es ein Tauschgesetz sein muss, eine Theorie der Wechselseitigkeit und der Mutualität, ein System von Garantien“, wodurch sich die „gegenwärtige Periode der Antinomien der Gesellschaft“ würde überwinden lassen.<sup>102</sup> Sein Werk schloss mit der Hoffnung auf eine zukünftige Gerechtigkeit und Gleichheit innerhalb der Völker, die zugleich auch als Grundlage für eine „wahrhafte Solidarität unter den Völkern“ dienen sollte. Als Bindeglied zwischen den Völkern stellte sich Proudhon einerseits einen freien Handel vor, damit „die Menschheit durch eine Ausbalancierung zwischen den Völkern auf ihre einheitliche Verfassung zugehen“ und eine Zeit anbrechen kann, „in der alle Volksstämme nichts als eine Familie und der Erdball eine einzige Werkstatt bilden werden“. Der internationale Handel ist nur eine grenzüberschreitende Ausweitung des freien Handels innerhalb einzelner Länder und „notwendig für den Gleichklang zwischen den Völkern. ... Die kostenlosen Gaben der Natur gerecht unter die Menschen zu verteilen, ist eine ebenso elementare Idee wie diejenige, zu tauschen oder zu produzieren.“<sup>103</sup> Andererseits war sich Proudhon auch dessen bewusst, dass Privilegien des monopolistischen Eigentums an Boden, Geld und Kapital die „Ungleichheit der Bedingungen“ innerhalb einzelner Länder auch auf den internationalen Handel übertragen und dort „zur neuen Ursache von Unterdrückung und Räuberei“ werden. Deshalb äu-

---

<sup>100</sup> Pierre Joseph Proudhon (1846/2003), S. 303, 348, 352, 357 und 384 (mosaisches Zinsverbot).

<sup>101</sup> Pierre Joseph Proudhon (1846/2003), S. 304, 366, 391 - 393.

<sup>102</sup> Pierre Joseph Proudhon (1846/2003), S. 385, 390 und 573.

<sup>103</sup> Pierre Joseph Proudhon (1846/2003), S. 292 (Menschheit als Familie der Völker), 294 und 341 (gerechte Verteilung der kostenlosen Gaben der Natur)..

573 (Völkerverständigung und Handelsfreiheit vs. Zölle)

berte er Verständnis für das Bestreben einzelner Länder, sich mit Getreide- oder anderen Zöllen vor ausländischer Konkurrenz zu schützen; aber er sah durchaus auch die machtpolitischen Schattenseiten solcher den internationalen Handel hemmenden „missbräuchlichen Wegegedler“ oder Maßnahmen wie Napoleons Kontinental Sperre gegen England. Dieser Widerspruch zwischen Freihandel und Schutzzoll werde aber hoffentlich nicht ewig fort dauern, denn das für eine einzelne Gesellschaft geltende „Gesetz der Verhältnismäßigkeit“ der Werte „gilt genauso für die Gesamtheit des Menschengeschlechts“. Letztlich hielt Proudhon eine „Assoziierung der Völker“ für das Ziel der Geschichte.<sup>104</sup> -

Wie ein roter Faden zog sich durch sein „System der ökonomischen Widersprüche“ der eindringliche Appell an die Arbeiterschaft, nicht den Versprechungen des Kommunismus zu folgen, dass er mit einer Abschaffung von arbeitsteiliger Warenproduktion und -tausch und Geld eine auf Brüderlichkeit beruhende Gesellschaft hervorbringen werde.<sup>105</sup>

### **Auseinandersetzung mit Marx (1847)**

Trotz mancherlei Unvollkommenheiten und Widersprüchlichkeiten stieß Proudhons Ansatz einer Alternative zum Kapitalismus innerhalb der französischen Arbeiterbewegung auf eine größere Resonanz, so dass sich Marx veranlasst sah, Proudhons Einfluss zurückzudrängen. Im Interesse einer Durchsetzung seiner eigenen Alternative zum Kapitalismus reagierte er 1847 auf Proudhons Werk, wobei er dessen Untertitel „Philosophie des Elends“ in „Das Elend der Philosophie“ umwandelte, um bereits im Titel seine Absicht deutlich zu machen, Proudhons Denkansätze als unwissenschaftlich und wertlos herabzusetzen.

Ein heftiger Zusammenprall zwischen Marx und Proudhon hatte sich bereits angebahnt, obwohl sich Marx & Engels in ihrer „Heiligen Familie“ (1844/45) noch sehr wohlwollend über Proudhon geäußert hatten. In mehreren persönlichen Begegnungen während seines Pariser Exils hatte Marx die sozialen Verhältnisse in Frankreich und die dortigen sozialistischen Kreise durch Proudhon näher kennen gelernt und umgekehrt hatte Marx Proudhon mit der Philosophie Hegels bekannt gemacht. Allerdings übernahm Proudhon nicht die Vorstellung eines dialektischen Geschichtsprozesses, in dem der Feudalismus zwangsläufig durch den Kapitalismus abgelöst worden sei und in dem der Kapitalismus ebenso zwangsläufig durch den Kommunismus abgelöst werde.

Als Marx 1845 aus Frankreich ausgewiesen wurde und sein Einfluss auf die sozialistischen und kommunistischen Kreise in Paris geringer wurde, ersuchte er Proudhon von Brüssel aus brieflich, die Koordination einer Korrespondenz zwi-

---

<sup>104</sup> Pierre Joseph Proudhon (1846/2003), S. 301 (internationaler Handel als Räuberei), 328 (Kontinental sperre gegen England), 330 (Gesetz der Verhältnismäßigkeit für die Gesamtheit des Menschengeschlechts), 339 (Zölle als Wegegedler) und 341 (Assoziierung der Völker).

<sup>105</sup> Pierre Joseph Proudhon (1846/2003), S. 496.

schen Sozialisten und Kommunisten in Paris, London und Deutschland zu übernehmen. Dabei würden freilich auch „Meinungsverschiedenheiten zu Tage treten“. Dennoch „glauben wir alle, dass wir keinen besseren Korrespondenten finden können als Sie.“ Dieser Brief enthielt jedoch noch einen Nachsatz mit einer Warnung vor dem im Pariser Exil lebenden deutschen Sozialisten Karl Grün, zu dem Proudhon eine Freundschaft pflegte und der seine Schriften ins Deutsche übersetzte. Dass Marx Grün als „literarischen Hochstapler, Scharlatan und gefährlichen Menschen“ bezeichnete<sup>106</sup>, weckte in Proudhon die Befürchtung, dass die „Meinungsverschiedenheiten“ in dieser von Marx angestrebten Korrespondenz nicht mit fairen Mitteln ausgetragen werden könnten. Deshalb mahnte er in seiner Antwort, dass er selbst und Marx sich nicht zu „Aposteln einer neuen Religion oder Führern einer neuen Intoleranz machen“ sollten. „Geben wir der Welt ein Beispiel an weiser und weit schauender Toleranz. ... Unter dieser Bedingung werde ich mich Ihrer Vereinigung mit Vergnügen anschließen. Wenn nicht, nicht.“<sup>107</sup>

Daraufhin riss die Verbindung zwischen Marx und Proudhon ganz ab. Marx bekämpfte Proudhon fortan als „doktrinären ... Philosophen und Ökonomen des Kleinbürgertums“, als „kleinbürgerlichen Vulgärökonom“ und wies dessen Warnung vor dem Kommunismus als „lächerlich“ zurück.<sup>108</sup> Seine Schrift „Das Elend der Philosophie“ war geradezu eine Schmähschrift, in der er Proudhon mit ätzender Kritik, Hohn und Spott überschüttete. Erstens habe Proudhon die Dialektik Hegels nicht verstanden. Zweitens habe er als ein Bourgeois mit einem „Bieder-mannsgewissen“ die ebenso „reaktionäre wie utopische“ Vorstellung, mit einer Umwandlung des königlichen Geldes in ein nur noch dienendes Tauschmittel erreichen zu können, dass sich in einer auf „Produktionsanarchie“ beruhenden Marktwirtschaft mit durchweg kleineren und mittleren Unternehmen die Waren gemäß ihren „konstituierten Werten“ gerecht austauschen lassen würden. Für den „Spießbürger“ Proudhon habe „jede ökonomische Kategorie zwei Seiten, eine gute und eine schlechte. ... Die gute Seite sieht er von den Ökonomen hervorgehoben, die schlechte von den Sozialisten angeklagt. ... Zu lösendes Problem: Die gute Seite bewahren und die schlechte beseitigen.“ Die „Produktionsanarchie“ auf freien Märkten sei aber nun einmal grundsätzlich nichts, wovon man eine gute Seite bewahren und eine schlechte kapitalistische Seite überwinden könne. „Er will die Synthese sein und ist ein zusammengesetzter Irrtum.“<sup>109</sup> Drittens fehle Proudhon jegliches Verständnis für die Notwendigkeit von Klassenkampf und proletarischer Revolution; er wolle den Kapitalismus nicht überwinden, sondern letztlich nur mit kleinen Reformen abwandeln, aber in seinem Kern konservieren. Alles in allem boten theoretische Unzulänglichkeiten in Proudhons Argumentation, u.a. in seinen Vorstellungen über die Konstituierung von Werten und über die Rolle der Maschi-

---

<sup>106</sup> Karl Marx, Brief an Pierre Proudhon vom 5.5.1846 [1846/1965], in: MEW 27, S. 442 – 443.

<sup>107</sup> Pierre Proudhon, Brief an Karl Marx vom 17.5.1846, zitiert nach Rudolf Rocker [1953], S. 11.

<sup>108</sup> Karl Marx, Brief an Pawel W. Annenka vom 28.12.1846 [1846/1965], in: MEW 27, S. 460 – 462.

<sup>109</sup> Karl Marx [1847/1969], S. 97, 105, 131 und 143 – 144, vgl. auch S. 163.

nen, willkommene Anlässe für Marx, die „Phrasen des Herrn Proudhon“, die freie Konkurrenz gemäß den ursprünglichen Idealen der Französischen Revolution von sozialer Ungleichheit befreien zu wollen, als kleinbürgerlich-romantisch abzukanzeln, statt diese vielversprechende, aber in der Tat noch sehr unfertige freiheitliche Alternative zum Kapitalismus konstruktiv weiterzuentwickeln. Auch Engels betrachtete Proudhon weiterhin als einen „höchst schwachen Ökonomen“ und „der Inhalt seiner Schriften ... reduziert ... sich auf null.“<sup>110</sup>

## **Volksbank und zinslose Kredite (1848/49)**

Nach dieser ‚Erledigung‘ durch Marx & Engels ging Proudhon seinen eigenen Weg weiter zwischen den Fronten des Frühkapitalismus und des Kommunismus. Im Revolutionsjahr 1848 wurde er als Volksvertreter in die französische Nationalversammlung gewählt und geriet auch dort zwischen die Stühle von Vertretern der Bourgeoisie und des Proletariats. Durch die Gründung seiner Zeitung „Le Peuple“ gelang es ihm jedoch, sich existentiell unabhängig zu machen und mit den Vorbereitungen zur Gründung einer Volksbank zu beginnen. Eine gewaltfreie direkte Aktion erschien Proudhon als ein aussichtsreicherer Weg zu einer gerechteren Gesellschaft als der von Marx propagierte, in letzter Konsequenz auch gewaltsame Kampf zwischen den Klassen.<sup>111</sup>

In seinem „Revolutionären Programm“, mit dem er sich vor den Wahlen zur Nationalversammlung an die Wähler im Seine-Bezirk gewandt hatte, trat Proudhon für eine Vollendung der bürgerlichen Freiheitsrechte durch ein „auf sein richtiges Maß zurückgeführtes Eigentum“ ein, d.h. für eine freie Wettbewerbswirtschaft mit breit gestreutem Eigentum an den Produktionsmitteln. Zwar schloss seine Vorstellung von einer solchermaßen dezentralisierten Wirtschaft noch immer den Fortbestand auch von größeren Aktiengesellschaften in Industrie und Handel ein; aber die Wirtschaft sollte überwiegend aus kleineren und mittleren Unternehmen bestehen und die Konkurrenz sollte als „natürliches Heilmittel für das Monopol“ gestärkt werden.<sup>112</sup>

Den eigentlichen Schlüssel zur Verwirklichung seines Ziels erblickte Proudhon in der Umgestaltung des bislang königlich herrschenden Geldes in ein Geld, das nur noch als Tauschmittel dient. Während der 1848er Revolution wurde ihm außerdem noch deutlicher als bisher, dass das Geld nicht nur der „König des Austausches“ ist, sondern dass mit seiner Herrschaft über die Zirkulationssphäre auch gravierende Störungen der Geldzirkulation einhergingen: „Es wird nicht weitergearbeitet, die Werkstätten sind geschlossen, die Lager bleiben gefüllt, der Markt fordert keine Produktion, das Kapital flieht, das Bargeld verschwindet, der Handel liegt darnieder, die Steuern gehen nicht ein, der Staat treibt zum Bankrott, der Arbeiter

---

<sup>110</sup> Karl Marx (1847/1969), S. 154. - Friedrich Engels (1849/1968c), S. 562 - 564

<sup>111</sup> Karl Marx (1847/1969), S. 182.

<sup>112</sup> Pierre Joseph Proudhon (1848/1963), S. 123, 127, 134 (Aktiengesellschaften) und 139.

krümmt sich vor Hunger und Verzweiflung: mit einem Wort, die Zirkulation hat aufgehört, das ist die Krise. ... Das Geld ist also ein Hemmnis für den Austausch, eine Fessel für die Freiheit des Handels und der Industrie.“<sup>113</sup>

Auch wenn Proudhon die näheren Kausalzusammenhänge zwischen dem Königtum des Geldes und den Störungen seiner Zirkulation bis hin zu ihrem völligen Stillstand noch verborgen blieben, so gingen seine Gedanken schon während der 1848er Revolutionszeit in eine Richtung, der sich Marx & Engels erst nach zwei weiteren Jahrzehnten in ihren späteren Werken annäherten. Und er überlegte auch, auf welche Weise sich eine kontinuierliche Zirkulation des Geldes sicherstellen lassen könnte.

Ausgangspunkt seiner praktischen Überlegungen war eigenartigerweise eine These der klassischen Ökonomie, die das Geld für ein neutrales Tauschmittel hielt und seine königliche Stellung über den Märkten verleugnete - nämlich die These, dass sich letztlich „Produkte gegen Produkte austauschen“. Die Edelmetalle Gold und Silber sollten deshalb nicht länger die einzigen Generalnennen aller Waren sein, sondern ihr Privileg der universellen Tauschbarkeit sollte verallgemeinert und auf alle Waren ausgedehnt werden. Jede Ware sollte „Geld (monnaie courante)“ werden.<sup>114</sup> Proudhon wollte also das von der klassischen Ökonomie nicht gesehene Machtgefälle zwischen dem Edelmetallgeld und den Waren dadurch einebnen, dass alle Waren in den Rang des Geldes erhoben und mit dem Geld auf eine gleichsam höhere Stufe gestellt werden. Auf dieser Stufe werde das Geld als Tauschmittel entbehrlich und es könne durch eine Tauschbank ersetzt werden, welche die organisatorischen Voraussetzungen für einen auf Gegenseitigkeit und Gerechtigkeit beruhenden Austausch der Waren schafft. Obendrein könne die Tauschbank dann auch zinslose Kredite ausgeben, was leistungslose Zinseinkünfte unmöglich macht und die Selbstständigkeit kleinerer und mittlerer Produzenten stärkt: „Auf das Bargeld zu verzichten und den Zins für das Umlaufkapital zu beseitigen, das ist die erste Fessel der Freiheit, die ich durch die Gründung einer Tauschbank zu sprengen vorschlage. ... Den Tausch organisieren, das heißt die unbegrenzte Herabsetzung des Kapitalzinses bis zu seiner Auslösung organisieren; das heißt den Sieg der Arbeit über das Kapital ... und die Gegenseitigkeit (mutualité) organisieren, die die Republik organisieren heißt.“<sup>115</sup> Aus den Marktpreisen der Waren sollten die Kapitalzinsen und auch die Bodenrenten verschwinden, damit sie dann ausschließlich die gerecht eingeschätzten Arbeitswerte der Waren sichtbar machen können. Entsprechend Kants kategorischem Imperativ betrachtete Proudhon die „Gegenseitigkeit in der sozialen Ordnung“ als die „Formel der Gerechtigkeit. ... Die Organisation der gegenseitigen Beziehungen, das ist die ganze soziale Wissenschaft. Gebt dem sozialen Körper eine vollkommene Zirkulation ... und die menschliche Solidarität ist eingeführt, die Arbeit organisiert. ...

---

<sup>113</sup> Pierre Joseph Proudhon (1848/1963), S. 124 - 125.

<sup>114</sup> Pierre Joseph Proudhon (1846/2003), zitiert nach Diehl, Karl (1888-1896/1968), S. 43 (253) und 90.

<sup>115</sup> Pierre Joseph Proudhon (1848/1963), S. 125 und 133.



Was wir nötig haben und was ich im Namen der Arbeiter verlange, ist die Gegenseitigkeit und die Gerechtigkeit im Tausche, ist die Organisation des Kredits.“<sup>116</sup>

Was Proudhon in seinem 1848er „Revolutionären Programm“ als direkte Aktion angekündigt hatte, setzte er im Januar 1849 mit der Gründung einer Tauschbank mit dem Namen „P. J. Proudhon & Comp.“ in die Tat um. Er selbst übernahm deren verantwortliche Leitung, arbeitete mit der Generalversammlung zusammen und unterstand einem Aufsichtsrat. Jeder Bürger sollte sich durch einen Erwerb von Aktien an der Volksbank beteiligen können, die zunächst eine Kommanditgesellschaft sein und später in eine „anonyme Gesellschaft“ übergehen sollte. Der Ein- und Austritt von Gesellschaftern sollte allein deren freiem Willen obliegen. Das Kapital der Volksbank sollte aus 5 Mio. Francs bestehen und durch die Ausgabe von 1 Mio. Aktien zu je 5 Francs aufgebracht werden, die zu ihrem Nennwert ausgegeben werden und keine Zinsen tragen sollten. Und als vorerst kleine Insel inmitten der kapitalistischen Geldwirtschaft sollte die Volksbank ihre Geschäftstätigkeit aufnehmen, sobald 10.000 auf die Namen ihrer Inhaber lautende Aktien gezeichnet sind.<sup>117</sup>

Schon gleich nach ihrer Gründung fand die Tauschbank einen so großen Zulauf, dass sie bald beginnen konnte, den Tausch von Waren zu organisieren und zinslose Kredite auszugeben. Da Proudhon nicht das Geld verändern, sondern die Wirtschaft vom „Joch des Bargeldes“ befreien wollte, sprach er bei der Einrichtung der Tauschbank konsequenterweise nicht von einer Geldreform, sondern von einer „Bankreform“, die anstelle einer Verstaatlichung der Banken den „demokratischen Grundsatz der Volkssouveränität auf eine finanzwissenschaftliche Formel“ bringen sollte.<sup>118</sup> Allerdings erwies es sich ähnlich wie in der 1832 von Robert Owen in London gegründeten Arbeitsbörse auch in der Pariser Tauschbank als notwendig, bei der Organisation des Warenaustausches einen Ersatz für das Geld als Wertmesser zu finden. Folglich setzte sie geschätzte „Kostenpreise“ und Tauschwerte der Waren fest und gab zur Abwicklung der Tauschvorgänge als Ersatz für das Geld sog. „Bons de Circulation“ mit Nennwerten von 5, 10, 20, 50 und 100 Francs aus. Und aus den Spareinlagen ihrer Mitglieder sollte die Tauschbank zinslose Kredite insbesondere an freie „Arbeiter-Assoziationen“ vergeben.<sup>119</sup>

---

<sup>116</sup> Pierre Joseph Proudhon (1846/2003), zitiert nach Diehl, Karl (1888-1896/1968), S. 43 - 44 (253 - 254) und 90 (300).

<sup>117</sup> Pierre Joseph Proudhon (1849/1986), S. 16 - 20.

<sup>118</sup> Pierre Joseph Proudhon Proudhon (1848/1963), S. 126 und 130. An anderer Stelle sprach Proudhon von der "fatalen Fessel des Bargeldes". (S. 140) Vgl. außerdem Pierre Joseph Proudhon (1849/1986), S. 13.

<sup>119</sup> Pierre Joseph Proudhon (1848/1963), S. 147, und (1849/1986), S. 24 (zinslose Kredite für Arbeiter-Assoziationen). - Zur Wertbestimmung vgl. auch Pierre Joseph Proudhon (1849/1969), S. 160 - 161.

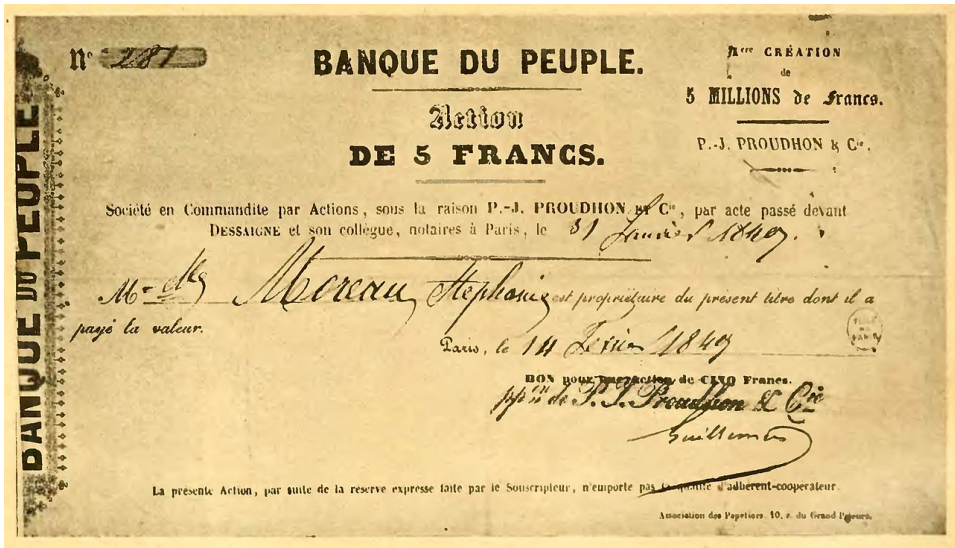


Abb.: Von Proudhons Tauschbank ausgegebene  
„Bons de Circulation - 5 Francs“ (1849)

Quelle: Georges Renard & Jean Jaurès, Musée carnavalet<sup>120</sup>

Von diesem Modellversuch mit einer auf demokratische Weise selbst verwalteten Bank erhofften sich Proudhon und die Mitglieder der Tauschbank eine große Ausstrahlung und eine allmähliche Umformung der Gesellschaft. Trotz ihrer Zuversicht, dass die Tauschbank einer „Ausdehnung ins Unendliche fähig“ wäre, begrenzten sie ihre Dauer auf 99 Jahre, um geltenden Gesetzesvorschriften zu genügen.<sup>121</sup> Als Proudhon jedoch im Februar 1849 wegen einer beleidigenden Äußerung über den neuen Präsidenten Bonaparte angeklagt und zu drei Jahren Gefängnis verurteilt wurde, musste die Volksbank bereits im April 1849 ihre Tätigkeit wieder einstellen. Allen Mitgliedern wurden ihre Einlagen erstattet und zurück blieb eine Kontroverse, ob die Tauschbank im Falle ihres Fortbestands Erfolg gehabt hätte, wovon ihre Anhänger überzeugt waren, oder ob sie gescheitert wäre, wie ihre Kritiker unter Hinweis auf das Schicksal von Owens Londoner Arbeitsbörse glaubten.

Während seiner Haft schrieb Proudhon seine „Bekennnisse eines Revolutionärs“ nieder und stellte zusammenfassend dar, warum die bürgerlichen Revolutionen

<sup>120</sup> Georges Renard & Jean Jaurès (o.J.), S. 333 - 334; auf der Website <https://t1p.de/b0kc>

Original-Link:

[http://images.google.de/imgres?imgurl=https%3A%2F%2Fupload.wikimedia.org%2Fwikipedia%2Fcommons%2Fthumb%2F0%2F04%2FJaures-Histoire\\_Socialiste-9-p333.jpg%2F440px-Jaures-Histoire\\_Socialiste-9-p333.jpg&imgrefurl=https%3A%2F%2Ffr.wikisource.org%2Fwiki%2FHistoire\\_socialiste%2FLa\\_R%25C3%25A9publique\\_de\\_1848%2FFP2-08&h=253&w=440&tbnid=ft4cdi00\\_v-zuM%3A&docid=ATrGuolBdY46TM&hl=de&ei=duLBV5STBOTKgAbsh7SoAw&tbn=isch&iact=rc&uact=3&dur=423&page=0&start=0&ndsp=23&ved=0ahUKewiUppi0o-LOAhVkJcAKHewDDTUQMwg4KA0wDQ&bih=564&biw=1280](http://images.google.de/imgres?imgurl=https%3A%2F%2Fupload.wikimedia.org%2Fwikipedia%2Fcommons%2Fthumb%2F0%2F04%2FJaures-Histoire_Socialiste-9-p333.jpg%2F440px-Jaures-Histoire_Socialiste-9-p333.jpg&imgrefurl=https%3A%2F%2Ffr.wikisource.org%2Fwiki%2FHistoire_socialiste%2FLa_R%25C3%25A9publique_de_1848%2FFP2-08&h=253&w=440&tbnid=ft4cdi00_v-zuM%3A&docid=ATrGuolBdY46TM&hl=de&ei=duLBV5STBOTKgAbsh7SoAw&tbn=isch&iact=rc&uact=3&dur=423&page=0&start=0&ndsp=23&ved=0ahUKewiUppi0o-LOAhVkJcAKHewDDTUQMwg4KA0wDQ&bih=564&biw=1280)  
(Zugriff: 25.8.2016)

<sup>121</sup> Pierre Joseph Proudhon (1849/1986), S. 18.

von 1789 und 1848 aus seiner Sicht unvollendet geblieben waren. Letztlich führte er die anhaltende Existenz von sozialer Ungleichheit darauf zurück, dass nach der Überwindung der Feudalherrschaft von Thron und Altar eine neue kapitalistische Macht von Geld und Kapital entstanden war, die die rechtliche Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz aushöhlte und dazu führte, dass sich Staaten wie Frankreich, England oder Deutschland nicht zu herrschaftsfrei-föderativen Rechtsordnungen entwickelten, sondern zu etwas Zwitterhaftem, das das Recht zusammen mit den Resten feudalistischer Macht und der aufstrebenden kapitalistischen Macht auf widerspruchsvolle Weise in sich vereinigte.

Proudhon reagierte hierauf vorschnell mit der Zukunftsvision einer staatenlosen Herrschaftsfreiheit und er zweifelte auch grundsätzlich an der Sinnhaftigkeit von staatlichen Unterstützungen für benachteiligte Menschen, statt es einer zukünftigen Entwicklung zu überlassen, ob zumindest vorübergehend noch staatliche Sozialhilfen notwendig bleiben. „Welche Individuen werden ein Recht auf die Beihilfe haben? Wonach wird diese Entschädigung verteilt werden? Wird man den Bedürftigen Bedingungen vorschreiben? ... Der Arbeiter, welcher arbeitet, zahlt für den, welcher nicht arbeitet; der Gute für den Schlechten, der Sparsame für den Verschwender und Liederlichen. ... Während ihr das Volk durch eure Hilfs- und Kredit Einrichtungen sittlicher machen wollt, entsittlicht ihr es durch die Unterstützung.“<sup>122</sup> Bei aller Berechtigung von Proudhons Warnung vor den Gefahren einer Verletzung der menschlichen Würde durch öffentliche Unterstützungen und deren fehlerhafte Bemessungen hätte er es der Zukunft überlassen können, wie staatliche Hilfen im Laufe einer längeren Entwicklung von der sozialen Ungleichheit zur Gleichheit einmal in freiheitliche und zugleich verlässliche Formen der gegenseitigen Hilfe übergehen könnten.

In seinen „Bekennnissen eines Revolutionärs“ blickte Proudhon auch auf die „drei Monate Januar, Februar, März 1849“ als die „schönste Zeit meines Lebens“ zurück, in der die Grundsätze der Tauschbank zwar noch nicht zur vollständigen Verwirklichung gelangt waren, aber doch wenigstens „konkret gemacht und in das öffentliche Bewusstsein eingebracht“ waren. „Die Zahl der Beitritte zur Volksbank hatte sich in sechs Wochen auf etwa 20.000 erhöht, welche wenigstens 60.000 Personen repräsentierten.“ Die Tatsache, dass dieser Versuch, der Gesellschaft ein praktisches Beispiel eines auf Gerechtigkeit beruhenden Warenaustausches und einer gegenseitigen Förderung durch zinslose Kredite zu geben, schon so schnell wieder beendet werden musste, stimmte Proudhon im Gefängnis sehr wehmütig - auch weil er sich die Gerechtigkeit als einen Weg zur vollen Entfaltung der persönlichen Freiheit vorgestellt hatte, der sich nun nicht mehr weitergehen ließ: „Durch eine größere Entwicklung der individuellen Freiheit erstrebte die Volksbank, die Gesamtfreiheit, die zugleich divergente und konvergente Gesellschaft, die wahre

---

<sup>122</sup> Pierre Joseph Proudhon (1849/1969), S. 135.

Solidarität unter den Menschen zu begründen. ... Der freieste Mensch ist derjenige, welcher die meisten Beziehungen zu seinen Mitmenschen hat.“<sup>123</sup>

## Kontroverse über den Zins mit Frederic Bastiat

Während Proudhons Haftzeit ergab sich im Winter 1849/50 eine briefliche Kontroverse mit dem klassischen Ökonomen Frederic Bastiat, der in einer Broschüre „Kapital und Rente“ das Zinsnehmen gerechtfertigt hatte und der ebenso wie Jean-Baptiste Say die wirtschaftliche Realität im Frühkapitalismus als „Economie harmonique“ verklärte. Hauptkritikpunkt Proudhons war Bastiats „Fiktion der Produktivität des Kapitals“, die trotz des biblisch-kanonischen Zinsverbots während der Neuzeit „in die Praxis der Völker eingedrungen“ sei. Nicht das Kapital sei produktiv, sondern die menschliche Arbeit - aber nur so lange, wie die Zirkulation den gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang störungsfrei gewährleistet.<sup>124</sup> Im Laufe der Kontroverse kam Proudhon Bastiat insofern entgegen als er ihm zugestand, dass „der Kapitalzins zu einer gewissen Zeit als rechtmäßig betrachtet werden konnte“, dass er aber nun - wo eine demokratische Organisation der Zirkulations-sphäre möglich geworden sei - nicht mehr gerechtfertigt werden könne. Bastiats Argumentation beruhe auf einer „Verwechslung der Epochen“.<sup>125</sup>

Proudhons „System der ökonomischen Widersprüche“ und seine „Bekanntnisse eines Revolutionärs“ enthielten auch einige Passagen, die den Eindruck wecken könnten, als habe er sich bei seinen geld- und zinskritischen Überlegungen von antisemitischen Ressentiments leiten lassen. Entgegen den mosaischen Gesetzen sei das jüdische Volk „dem Mammon treu ergeben“. Außerdem erwähnte Proudhon den „geistreichsten der sozialistischen Schriftsteller“ Alphonse de Toussenel, der mit seinem Buch „Die Juden, die Könige der Gegenwart“ zutreffend zum Ausdruck gebracht habe, „dass „das Wesen dieser Regierung die Börsenherrschaft“ sei. An anderer Stelle sprach er ohne Anspielung auf jüdische Bankiers von einer „Bankokratie“.<sup>126</sup>

Trotz dieser inakzeptablen Verneigung vor Toussenel war Proudhons gesamter Denkstil jedoch nicht antisemitisch. Seine Kritik am Geld und Zins zielte in ihrem Kern nicht gegen jüdische Bankiers, Börsianer und Händler, sondern gegen die Funktion des Geldes als „Ware par excellence“. Und sein Konzept einer Tauschbank enthielt auch keinerlei Absichten, jüdischen Besitz zu enteignen oder gar Menschen jüdischen Glaubens Leid zuzufügen. In seinem „System ökonomischer

---

<sup>123</sup> Pierre Joseph Proudhon (1849/1969), S. 147 - 165, hier: S. 150 und 164.

<sup>124</sup> Pierre Joseph Proudhon (1849/1937), Nr. 4, S. 114 und 116;

<sup>125</sup> Pierre Joseph Proudhon (1849/1937), Nr. 6, S. 176 - 178.

<sup>126</sup> Pierre Joseph Proudhon (1846/2003), S. 384; ders. (1849/1969), S. 33 und 43. Gemeint war mit „dieser Regierung“ die 1830er Julimonarchie des Louis Philippe. - Trotz seiner vehementen Kritik an Proudhon nahm Marx keinen Anstoß an dessen antisemitisch eingefärbten Äußerungen. In seiner Schrift „Zur Judenfrage“ hatte Marx „den Schacher ... als weltlichen Kultus der Juden“ und das Geld als deren „weltlichen Gott“ bezeichnet. (in: MEW Band 1, S. 372 und 374)

Widersprüche“ betonte Proudhon ausdrücklich, dass „das Mittel, diese erschreckende Macht des Geldes zu zerstören, nicht darin besteht, ihr Organ, ihren Inhaber zu zerstören, sondern darin, ihr Prinzip zu verallgemeinern“, d.h. das Geld als über den Menschen thronenden König durch eine ihnen nur noch dienende Tauschbank zu ersetzen und für eine allgemeine Zinslosigkeit von Krediten zu sorgen, damit sich weder jüdische noch christliche oder andere Kreditgeber durch Zinseinkünfte bereichern können.<sup>127</sup>

Diese Sichtweise bekräftigte Proudhon auch in seiner Kontroverse mit Bastiat. Darin ging er davon aus, dass sich das Verhalten von Kapitalisten in Banken und Börsen, Industrie und Handel aus dem strukturellen Gefälle zwischen dem Geld und der menschlichen Arbeit ergibt und nicht etwa aus böartigen Eigenschaften von einzelnen handelnden Personen. „Wir sind von dem guten Glauben der Rentiers und Eigentümer überzeugt.“ In den bestehen Verhältnissen mit dem „Übergewicht des Geldes“ sind Kapitalisten und Arbeiter gleichermaßen gefangen und wer als Kapitalist sich „seines Kapitals zugunsten des Arbeiters entäußern“ würde, um die „unwürdigste Beraubung“ der Arbeiter zu mildern, würde Verluste in Kauf nehmen und „seine Sicherheit vermindern. ... In der gegenwärtigen Lage der Dinge kann das Zinsdarlehen nicht als eine unerlaubte Handlung angesehen werden.“ Der Ursprung des Zinses liege „in einem Zusammentreffen politischer und ökonomischer Umstände, die von dem Willen der Vertragschließenden unabhängig und bei der Entstehung der Gesellschaften unvermeidlich sind.“ Proudhon ahnte, dass es letztlich eine strukturelle „Gewalt ist, die das erste und das letzte Wort in einer auf das Zinsprinzip gegründeten Gesellschaft hat, die sich seit 3000 Jahren gegen den Zins abmüht.“ Seine Kritik an Bastiat endete deshalb mit den Worten: „Es ist mir niemals in den Sinn gekommen, die Menschen anzuklagen. Was ich anklage, sind die Ideen und Einrichtungen. ... Trotz aller Fehler und Verbrechen glaube ich an die Heiligkeit des menschlichen Geschlechts.“ Die Überwindung des Zinses ist deshalb „der Grundpfeiler des Sozialismus und Schlussnagel der Revolution.“<sup>128</sup>

## Nach dem endgültigen Scheitern der 1848er Revolution

Ein Staatsstreich Louis Napoleons und zwei Plebiszite, die ihn zuerst zum Präsidenten auf 10 Jahre und dann zum Kaiser machten, besiegelten 1851 in Frankreich vorläufig die Restauration der Monarchie. Damit war eine Verwirklichung von Proudhons Zielen in weite Ferne gerückt. Im Juni 1852 wurde er zwar aus dem Gefängnis entlassen, aber für 10 Jahre nach Belgien verbannt, wo er schriftstellerisch tätig bleiben konnte.

---

<sup>127</sup> Pierre Joseph Proudhon (1846/2003), S. 348 und 379.

<sup>128</sup> Pierre Joseph Proudhon (1849/1937), Nr. 6, S. 180; Nr. 9, S. 276 - 277; Nr. 11, S. 339 - 341 und Nr. 12, S. 374.

Während dieser Zeit und auch noch darüber hinaus hielten Marx & Engels an ihrem Feindbild vom Kapitalisten fest, der als Unternehmerkapitalist eigenes Kapital investiert, um Arbeiter im Produktionsprozess auszubeuten und maximale Profite zu erzielen. Im Gegensatz dazu wandte sich Proudhon den Anfängen von Banken und Finanzmärkten zu und untersuchte neue Formen von leistungslosen Einkünften, die im Zuge der fortschreitenden Konzentration von Kapital zusätzlich zu dem im Unternehmergewinn enthaltenen Eigenkapitalzins entstanden. Als Folge der fortschreitenden Kapitalakkumulation und des Größenwachstums von Unternehmen entwickelten sich die Banken von Verwaltern der Vermögen von Adel und Kirche zu Kapitalsammelstellen, von wo aus sich Kapital auf dem Kreditweg als Fremdkapital an Unternehmen und auch an Staaten verleihen ließ. Parallel dazu wandelten sich größere Unternehmen in zunehmendem Maße von Personen- zu Kapitalgesellschaften, die nicht nur Fremdkapital von Banken liehen, sondern sich auch über die Ausgabe von Aktien finanzierten, welche an Börsen gehandelt werden konnten. Im Gegensatz zu der von englischen und französischen Frühsozialisten initiierten Gründung von Genossenschaften ging es bei der Gründung von anonymen Kapitalgesellschaften nicht mehr um ein im gemeinschaftlichen Interesse organisiertes Wirtschaften, sondern in erster Linie um die Erzielung von leistungslosen Dividenden aus dem Besitz von Aktien zum Beispiel von Bergwerken oder Eisenbahn-, Schifffahrts-, Kanalbau- und Fernhandelsgesellschaften.

In Aktiengesellschaften wurde eine „unbillige Besitznahme“ möglich, die die Macht des Kapitals über die Arbeit „ins Hundertfache vermehrte“. Dabei entfernte sich das private Eigentum vollends von seiner eigentlichen Funktion als Garant der persönlichen Freiheit und Unabhängigkeit. Und anders als in Personengesellschaften löste sich auch die Verantwortung für das wirtschaftliche Handeln in „anonymen Gesellschaften“ immer mehr auf. An die Stelle der alten „industriellen Anarchie“, in der kleinere und mittlere Unternehmen miteinander konkurrierten, trat ein „industrielles Feudalwesen“, das die Märkte monopolisierte und inmitten der Republik ein „industrielles Kaisertum“ aufrichtete. Und nicht zuletzt ging es dabei auch noch um Kursgewinne aus dem Handel mit Aktien, durch den „das Kapital von allen Fesseln befreit ... und zur Ware wurde wie das Produkt und sogar leichter beweglich und leichter umzusetzen als dieses selbst.“<sup>129</sup>

In seinem 1854 anonym erschienenen „Handbuch des Börsenspekulanten“ versuchte Proudhon erstmals, diese Entwicklung vom Industrie- zum Finanzkapitalismus bzw. vom Industrie- zum Industrie- und Finanzkapitalismus gedanklich zu durchdringen. Er beobachtete, wie sich dabei die Kräfteverhältnisse allmählich von der Industrie zu den Banken und Börsen verschoben. Die im frühen Industriekapitalismus mit dem hierarchischen Lohnarbeitsverhältnis entstandene soziale Spaltung der Gesellschaft vertiefte und verzweigte sich noch weiter, als sich neben den

---

<sup>129</sup> Pierre Joseph Proudhon (1854/2009), S. 57 - 58 (Entfesselung des Kapitals), 117 - 119 (Macht des Kapitals über die Arbeit), 121 - 122 (Auflösung von Verantwortlichkeiten) sowie 147 und 153 (industrielles Feudalwesen und Kaisertum).

Eigen- und Fremdkapitalzinsen mit den Dividenden, Kursgewinnen und Gewinnen aus spekulativen Geschäften weitere Formen leistungsloser Einkünfte ausbreiten. „Über Arbeit, Kapital, Handel oder Tausch und ihren unzählbaren verschiedenen Arten steht noch die Spekulation. ... Die Spekulation ist nichts anderes als die Kunst, die indessen immer gewagt bleibt, sich ohne Arbeit, ohne Kapital, ohne Handel, ohne Genie zu bereichern; das Geheimnis, sich das öffentliche Vermögen oder das der Einzelnen anzueignen, ohne einen Gegenwert als Tausch zu geben. ... Die Börse ist der Tempel der Spekulation.“ Der „einzige Gedanke der Börsenleute“ lautet: „Beim Spiel Geld gewinnen!“<sup>130</sup> Proudhon beobachtete, wie Gerüchte verbreitet wurden, um Aktienkurse zu beeinflussen, und wie wirtschaftliche Macht auf die Politik ausgeübt wurde, um zum Beispiel Konzessionen für den Bau von Eisenbahnlinien zu bekommen. Sogar die ersten Vorboten eines sich von der Realwirtschaft ablösenden Casinokapitalismus nahm er schon wahr: auf den Umfang geschäftlicher Risiken wurden Wetten abgeschlossen. „Zusammengesetzte Operationen bieten Verwicklungen bis ins Unendliche. Man benutzt sie, wenn die Kurschwankungen unbestimmt sind, bald zum Steigen, bald zum Sinken geneigt.“<sup>131</sup>

Die Spekulation mit ihren verschiedenen Erscheinungsformen einschließlich des Spielens und Wettens und die Korruption wirkten auf Proudhon wie eine vom realen Leben abgehobene „überirdische Welt“, die von einem „spielsüchtigen Spekulationsfieber ergriffen ist, gierig nach Konzessionen, Unterstützungen, Privilegien, Prämien und Monopolen. ... Aus diesen neuen unheilbaren Sitten, die unseren Bürgerstand anstecken, ist der Widerwille gegen die Arbeit entstanden, die Unfähigkeit zu ernstern Geschäften, die Überreizung der Geldgier, die Einschläferung des Gewissens.“ Für unabänderlich hielt Proudhon diese Missstände aber nur solange, wie die soziale Ungleichheit und chronische Ungleichgewichte zwischen Angebot und Nachfrage noch weiterbestehen: Um die „Käufe auf Zeit“ innerhalb der kapitalistischen Verhältnisse verbieten zu können, „müsste man die Schwankungen des Angebots und der Nachfrage abstellen, d.h. dem Handel zugleich Produktion, Qualität, Festigkeit und Unveränderlichkeit des Preises der Dinge gewährleisten.“ Der Missbrauch der wirtschaftlichen Freiheit für spekulative Zwecke lasse sich aber nicht verhindern, weil sonst jegliche unternehmerischen und politischen Freiheiten unterdrückt werden müssten. Die Politik habe schon „mehr als einmal versucht, die ordnende Hand nach ihr auszustrecken, und immer hat die Spekulation sie ihrer Ohnmacht überführt.“<sup>132</sup>

Beim Versuch, die Spekulation wirksam auszuschalten, wäre es Proudhon zufolge auch falsch, „wenn wir die Personen und Körperschaften, d.h. die ganze Menschheit angriffen.“ Um der Spekulation den Nährboden zu entziehen, müssten die tieferen „Ursachen des gegenwärtigen Verfalls“ überwunden werden. Proudhon

---

<sup>130</sup> Pierre Joseph Proudhon (1854/2009), S. 5, 9, 17 und 92.

<sup>131</sup> Pierre Joseph Proudhon (1854/2009), S. 9 (Wetten), 12, 20 sowie 51 und 59 (Gerüchte und Korruption), 74 (zusammengesetzte Operationen).

<sup>132</sup> Pierre Joseph Proudhon (1854/2009), S. 28 - 31.

sah sie „in den schlecht ausgeglichenen Kräften und besonders in jenem gesellschaftlichen Kriegszustand, den die privilegierten Klassen von jeher als den Ausdruck der Freiheit und Ordnung erschaffen und erhalten haben.“<sup>133</sup> Deshalb forderte er eine „vollständige Umwälzung der Gesellschaftswirtschaft“ mit dem Ziel einer „industriellen Demokratie“ und einer großen Vielfalt von „Arbeiter-Assoziationen“. Diese sollten im Laufe einer Übergangszeit dadurch entstehen können, dass Arbeiter sich im Zuge der Organisation einer störungsfreien Zirkulation und eines zinslosen Kreditwesens „aus der Stellung als Lohnarbeiter in die eines Teilhabers an einem Geschäft erheben“ können. Das Kapital werde dann allmählich zu einem „Untergebenen der Arbeit“. Die Arbeiter sollten sich dann freiwillig zu Assoziationen - ähnlich wie zu Genossenschaften - zusammenschließen und sie auch ebenso freiwillig wieder verlassen können. Grundprinzip dieser Arbeiter-Assoziationen sollte die „Teilnahme aller Assoziierten an der Leitung des Unternehmens und an den Gewinnen in bestimmten Grenzen und Verhältnissen“ werden. „Die Arbeiter-Assoziationen sind eine neue Grundkraft, eine Mustergesellschaft, welche die jetzigen anonymen Gesellschaften ersetzen müssen. ... Die Arbeiter sind übrigens überzeugt, dass die Stärke der Assoziationen weit weniger in ihrer Ausdehnung als in ihrer Gegenseitigkeit liegt.“<sup>134</sup>

Am Ende seines „Handbuchs des Börsenspekulanten“ brachte Proudhon seine Hoffnung auf eine „gänzliche Umbildung der Gesellschaft im Sinne der Freiheit und Gleichheit der Personen, eines Bundes zwischen allen Völkern“ zum Ausdruck. Andererseits war er sich dessen bewusst, dass die Zeit für diese „glückliche Umgestaltung noch nicht reif zu sein scheint“. Noch sei die „in eine unsichere Lage geratene Mittelklasse“ darauf bedacht, an den Privilegien der Reichen teilzuhaben und keinesfalls in das Proletariat abzusinken. Und noch sei das Proletariat gefangen in seinem „Misstrauen gegen die Mittelklasse, die es in seinem Hass mit dem hohen Bürgerstand verwechselt.“ Anstelle des von Marx & Engels angefeuerten unversöhnlichen Klassenkampfes hielt Proudhon es für notwendig, „den Verstand des Mittelstandes und den Arm des Plebejers zu verbinden“ und die „notwendige und endgültige Vermischung der beiden Klassen herbeizuführen.“<sup>135</sup>

## **„Landwirtschaftlich-industrielle Föderation“**

Bis zu seinem Tod - Proudhon starb Anfang 1865 im Alter von nur 56 Jahren - blieb er ein die meiste Zeit politisch Verfolgter. Sein nach seiner Rückkehr aus Belgien 1858 in Paris erschienenes Werk „Über die Gerechtigkeit in der Revolution und in der Kirche“ brachte ihm auf Betreiben der Kirche eine neuerliche Verurteilung zu

---

<sup>133</sup> Pierre Joseph Proudhon (1854/2009), S. 89

<sup>134</sup> Pierre Joseph Proudhon (1854/2009), S. 67 und 89 (tiefere Ursachen der Spekulation), 161 - 168 (neue Arbeiter-Assoziationen und industrielle Demokratie) und 178 (Kapital als Untergebener der Arbeit).

<sup>135</sup> Pierre Joseph Proudhon (1854/2009), S. 29 (Zeit noch nicht reif), 155 - 158 (Kluft zwischen Mittelklasse und Proletariat) und 173 und 176 (Vermischung von Mittelklasse und Proletariat).



einer dreijährigen Gefängnisstrafe ein. Der Inhaftierung konnte er durch seine Flucht nach Belgien entkommen. Dort entstand sein Buch „Krieg und Frieden“ mit Einsichten, die sich schon 1858 in seinem „Kleinen politischen Katechismus“ angekündigt hatten. Darin deutete Proudhon den Krieg als eine Folge von „sozialer Gewalt“ und von strukturellen Ungerechtigkeiten in der Wirtschaft. Die soziale „Ungleichheit der Bedingungen und Vermögen“ hat nach 1789 dazu geführt, dass „ein kapitalistischer Feudalismus anstelle des Adelsfeudalismus“ entstanden ist. Und in einer „zügellosen Konkurrenz“ ist die „Verneinung der Ordnung zum Prinzip“ erhoben worden. Frieden könne demgegenüber erst dann entstehen, wenn soziale Ungerechtigkeiten überwunden werden: „Wenn das Gleichgewicht hergestellt ist, wenn die Gerechtigkeit kommt, dann ist kein Krieg mehr möglich.“<sup>136</sup>

Dank einer Amnestie durfte Proudhon 1862 wieder nach Frankreich zurückkehren, wo ein Jahr später sein Spätwerk „Über das föderative Prinzip und die Notwendigkeit, die Partei der Revolution wieder herzustellen“ erschien. Darin und auch in seiner posthum erschienenen „Theorie des Eigentums“ kehrte er noch einmal an den Ausgangspunkt seiner Sozialkritik zurück - nämlich zur Problematik des privaten Eigentums am Boden sowie des Unterschieds zwischen selbst erarbeitetem und leistungswidrig konzentriertem Privateigentum an den Produktionsmitteln.

In seiner „Theorie des Eigentums“ legte Proudhon nochmals ausführlich dar, dass er die Umwandlung des feudalen Bodeneigentums in eine Ware bzw. in ein Kapitalgut, mit der/dem Privatpersonen frei handeln und spekulieren, d.h. über das sie „in unbeschränkter Machtvollkommenheit verfügen“ können, für eine fundamentale Fehlentwicklung nach 1789 hielt: „Das tiefe Naturgefühl und die Liebe zum Boden, die allein das Landleben gibt, sind erloschen. ... Die Scheidung des Menschen vom Boden lässt diesen zum Objekt der Börsenspekulation, beinahe hätte ich gesagt: der Prostitution, werden.“<sup>137</sup> Weil sich der Boden nicht durch menschliche Arbeit vermehren lässt wie Produktionsmittel und Konsumgüter, m.a.W. weil er aufgrund seiner natürlichen Knappheit in privaten wie vormals in feudalen Händen zu einem Monopolgut wird, wollte Proudhon an die Stelle des alten Feudaleigentums am Boden kein handelbares Bodenprivateigentum setzen, sondern ein unveräußerliches gemeinschaftliches und zugleich privat nutzbares Bodeneigentum: „Die Menschheit selbst ist nicht Eigentümerin der Erde. ... Es ist doch nicht die Menschheit, die den Boden erschaffen hat: Mensch und Erde sind vielmehr füreinander geschaffen worden und unterstehen beide einer höheren Instanz. Wir haben sie, diese Erde, zur Pacht und Nutznießung erhalten; sie ist uns gegeben worden, damit wir sie solidarisch und individuell in gemeinsamer und persönlicher Verantwortung besitzen und bewirtschaften.“ Während landwirt-

---

<sup>136</sup> Pierre Joseph Proudhon (1858/1963), S. 161, 168 - 169 und 174. - Vgl. auch Proudhons Spätwerk „Über das föderative Prinzip“: „Krieg und Vermögensungleichheit waren von Anbeginn das Los der Völker.“ (1863/1963, S. 212)

<sup>137</sup> Pierre Joseph Proudhon (1866/2010), S. 115 - 118 und 162.

schaftliche und städtische Flächen für Zwecke des Wohnens und Arbeitens privat genutzt werden sollten, sollte „der Staat die unteilbaren und ihrer Bestimmung nach allen gemeinsamen Teile behalten: Wasserläufe, Seen, Teiche, Straßen, öffentliche Plätze, Brachland, unbebaute Berge, Forste, Wüsten und alles, was nicht angeeignet werden kann.“<sup>138</sup>

Um auch im Bereich des durch menschliche Arbeit vermehrbaren Privateigentums an den Produktionsmitteln jegliche Konzentration zu überwinden, forderte Proudhon dessen Dezentralisierung: „Können wir das Eigentum vom Missbrauch reinigen und diese Einrichtung tadellos machen? ... Das ist von nun an die ganze Frage. Angesichts dieses Problems haben Antike und Mittelalter versagt; ich glaube, jetzt ist es die Aufgabe unserer Epoche, es zu lösen.“<sup>139</sup> Anstelle des „Unglücks der kleinen Gewerbetreibenden, die von der Konkurrenz der großen Kapitale ausgelöscht werden“ und anstelle der Lohnabhängigkeit der Arbeiter vom „großen Eigentum“, das er für ein „Ersatzmittel für die feudale Leibeigenschaft“ hielt, wollte Proudhon „die verschiedenen Formen des Eigentums auf einen durchschnittlichen Umfang verringern“ - sowohl in der Landwirtschaft als auch im Handwerk, in der Industrie und im Handel.<sup>140</sup> Das entsprach der aristotelischen Vorstellung, wonach „der Gesetzgeber die Vermögen nicht nur gleich machen, sondern auch nach einer mittleren Größe zielen“ sollte. Und es entsprach auch dem von Montesquieu und anderen französischen Philosophen der Aufklärung postulierten Leitbild der „Mittellage“ der Talente und des Vermögens genügsamer Menschen.<sup>141</sup>

In diesem Sinne wollte Proudhon „den Massen also Erziehung und Bildung“ geben. „Man ... flöße allen Menschen ein Gefühl für ihre Würde ein, lehre sie, ihre Macht und ihre Rechte zu erkennen, und bald wird man sehen, dass es immer weniger lohnabhängige Angestellte geben wird.“<sup>142</sup> Ein System aus gegenseitigen wirtschaftlichen Garantien - bestehend aus gemeinschaftlichem Bodeneigentum, aus Tauschbanken und unentgeltlichem Kredit, gleichgewichtigem Handel und gerechter Besteuerung sowie politischer Gewaltenteilung, Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz, Pressefreiheit und föderativen Strukturen des Gemeinwesens - sollte das „Gleichgewicht des Eigentums“ herbeiführen und es in Größenordnungen erhalten, in denen das Eigentum an den Produktionsmitteln immer nur auf der Arbeit derer beruht, die in kleinen Betrieben selbstständig wirtschaften oder die sich freiwillig zu mittleren und größeren „Industriegenossenschaften“ assoziieren.<sup>143</sup>

In seinem anderen Spätwerk „Über das föderative Prinzip“ stellte Proudhon dem „heute herrschenden Finanz- und Industrie-feudalismus“ seine Vision einer „land-

---

<sup>138</sup> Pierre Joseph Proudhon (1866/2010), S. 163 - 165.

<sup>139</sup> Pierre Joseph Proudhon (1866/2010), S. 129.

<sup>140</sup> Pierre Joseph Proudhon (1866/2010), S. 131.

<sup>141</sup> Aristoteles (1978), S. 83 (Eigentum in mittlerer Größe). - Charles de Montesquieu (1748/1989), S. 139 - 140].

<sup>142</sup> Pierre Joseph Proudhon (1866/2010), S. 131.

<sup>143</sup> Pierre Joseph Proudhon (1866/2010), S. 132 - 133 und 174 - 177.

wirtschaftlich-industriellen Föderation“ entgegen. Für jeden Arbeiter sollte es möglich werden, statt Handlanger auch selbst Industrieller und Künstler und statt Lohnempfänger auch Meister zu werden“. Ebenso sollte es möglich werden, dass selbstständig Wirtschaftende sich zu Genossenschaften zusammenschließen.<sup>144</sup>

Sowohl innerhalb einzelner Länder als auch im Handel zwischen den Ländern sollte sich eine von Monopolen „freie und unbegrenzte Konkurrenz“ entwickeln. Im Gegensatz zur klassischen Ökonomie stellte sich Proudhon jedoch „gleich starke Nationen“ vor, also keine durch unterworfenen Kolonien erweiterten Industrieländer, die sich durch Zölle gegeneinander abschotten. „Der einzige Schutz oder, wenn man lieber sagen will, das einzige Hindernis für die Einfuhr ähnlicher Produkte liegt in der Entfernung. ... Jedes Land soll von seiner eigenen Produktion leben.“<sup>145</sup>

Mit diesem Leitbild stellte sich Proudhon gegen die von Adam Smith befürwortete und von David Ricardo mit der Außenhandelstheorie der komparativen Kostenvorteile begründete Rechtfertigung einer grenzenlosen Ausdehnung der internationalen Arbeitsteilung. Damit war er ein früher Wegbereiter einer Regionalisierung von Produktion und Konsum. England als fortgeschrittenes Industrieland betrachtete Proudhon als eine „Ausnahme von dieser Regel ..., als zeitlich begrenzte Anomalie; es sei denn gewisse Völker seien für eine ewig andauernde Unterworfenheit bestimmt“ - wovon europäische Kolonialmächte damals wie selbstverständlich ausgingen. Zwar gebe es auch „außergewöhnliche Erzeugnisse, die überall nachgefragt werden, wie etwa Pfirsiche“, aber im Großen und Ganzen sollten die Produkte dort hergestellt werden, wo sie anschließend auch verbraucht werden.<sup>146</sup>

## Strukturwandel von Staat und Steuern

Mit diesen Veränderungen der Eigentumsordnung wollte es Proudhon unmöglich machen, dass konzentriertes Eigentum noch länger privatwirtschaftliche Macht ausüben und obendrein den modernen Rechtsstaat für seine privatwirtschaftliche Machtentfaltung instrumentalisieren kann. Konzentriertes Kapital sollte also nicht länger „aus der Regierung ein Instrument der Ausbeutung machen“ können. Vielmehr sollte dezentralisiertes Eigentum die persönliche Freiheit der menschlichen Individuen schützen und zugleich dafür sorgen, dass die aus Feudalzeiten stammende „furchtbare Macht des Staates“ abnimmt. Da sich die Staaten nach der Französischen Revolution nur tendenziell zu Rechtsstaaten entwickelt hatten und da sie noch immer auch feudalistisch-kapitalistische Machtstaaten geblieben wa-

---

<sup>144</sup> Pierre Joseph Proudhon (1863/1963), S. 259

<sup>145</sup> Pierre Joseph Proudhon (1866/2010), S. 138 und (1863/1963), S. 175.

<sup>146</sup> Pierre Joseph Proudhon (1866/2010), S. 175.

ren, sollten sie ihres Charakters als Macht- und Obrigkeitsstaat noch weiter entkleidet werden.<sup>147</sup>

Die Weiterentwicklung der Rechts- und Machtstaaten, die ihren Untertanen Steuern als Zwangsabgaben ohne spezielle Zweckbindungen auferlegen, zu reinen Rechtsstaaten, die als Organe der Allgemeinheit die Freiheit der Bürger garantieren, ihnen öffentliche Dienste erweisen und dafür Steuern einnehmen, die mehr den Charakter von Gebühren erhalten - all das hat Proudhon in ersten Umrissen in seiner „Theorie der Steuer“ (1861) beschrieben. „Was ist die Steuer in einer freien Gesellschaft? Sie ist kein Tribut, denn die Vorstellung eines Tributs ist unvereinbar mit derjenigen von Freiheit und Souveränität.“ In einem herrschaftsfreien Rechtsstaat wird die Steuer „der Anteil, den jeder Bürger für die Ausgaben der Dienstleistungen des Staates bezahlen muss. ... Aus dieser Vorstellung ergibt sich, dass ... das System der Ausgaben und Einnahmen der Regierung im Grunde genommen nur ein Tausch ist. Das, was sie den Bürgern an Dienstleistungen aller Art gibt, muss das genaue Äquivalent dessen sein, was sie von ihnen fordert.“<sup>148</sup>

Siebzig Jahre nach der Französischen Revolution war Proudhons Überlegung immer „noch ziemlich neu“, sich das Verhältnis der Bürger zu ihrem Staat nicht mehr als ein hierarchisches Subordinationsverhältnis vorzustellen, sondern als ein egalitäres Koordinationsverhältnis, bei dem der Austausch von staatlichen Leistungen gegen private Gegenleistungen genauso auf der Grundlage von Gerechtigkeit und Gegenseitigkeit stattfinden soll wie die Tauschbeziehungen zwischen Privatpersonen. „Gemäß den Maximen und Definitionen von 1789“ wollte Proudhon „ein System von Gleichgewichten finden ... , in dem die Freiheit genauso gut aufgehoben ist wie die Autorität; wo Fertigkeiten und Vermögensverhältnisse eben aufgrund des Gesetzes ihrer Ausbreitung zur Gleichheit hin tendieren; wo eine Angleichung des Wohlstands durch Gleichheit der Lasten erreicht wird; wo Bürgertugend durch ihre Identifizierung mit der Staatsräson etwas ganz Alltägliches wird.“<sup>149</sup>

Gemäß der Äquivalenz im Verhältnis zwischen dem herrschaftsfreien Rechtsstaat und seinen Bürgern sowie der Äquivalenz zwischen den Bürgern sollte auch der Staatshaushalt ausgeglichen sein. Alles in allem sollte ein herrschaftsfreier Rechtsstaat seine Einnahmen und Ausgaben so in ein Gleichgewicht bringen, dass er keine Schulden aufnehmen braucht. Die permanente, besonders durch Militärausgaben bedingte Verschuldung Englands und Frankreichs betrachtete Proudhon als eine „verhängnisvolle Angewohnheit“.<sup>150</sup> Während sich nach seiner Auffassung auf der Grundlage der sozialen Ungleichheit im Frühkapitalismus von vornherein keine Steuergerechtigkeit erzielen ließ - auch nicht durch eine Steuerprogression, die er für eine „Scheinheiligkeit pur“ hielt - , hoffte Proudhon, dass eine soziale Gerechtigkeit und allseitige Gegenseitigkeit zur Grundlage für ein gerechtes Steu-

---

<sup>147</sup> Pierre Joseph Proudhon (1866/2010), S. 98 und 103.

<sup>148</sup> Pierre Joseph Proudhon (1861/2012), S. 63, 66 - 69, 89 - 91, 101 - 103 (Steuer als Tausch statt als Tribut) und 248 (Staat als Garant der bürgerlichen Freiheitsrechte).

<sup>149</sup> Pierre Joseph Proudhon (1861/2012), S. 29 und 67.

<sup>150</sup> Pierre Joseph Proudhon (1861/2012), S. 117 (schuldenfreier Staatshaushalt)

ersystem werden könnten. Auch wenn die soziale Gleichheit nicht absolut, sondern nur annäherungsweise erreicht werden könne, so „bleibt sie immer das Gesetz der Gesellschaft, die Formel der Gerechtigkeit sowohl für die Lebens- und Vermögensverhältnisse als auch für die Steuer“. Obendrein könne sie die Voraussetzung dafür schaffen, den Staatshaushalt nicht nur auszugleichen, sondern ihn auch zu verkleinern, statt ihn wie im Kapitalismus aufgrund des steigenden Regulierungs- und Reparaturbedarfs ständig zu vergrößern.<sup>151</sup> Unter solchen Umständen sollte der Staat letztlich nicht wie ein gewinnorientierter Privatunternehmer auftreten, sondern seine Dienste zum „Selbstkostenpreis“ anbieten. Und die Bürger sollten Proudhon zufolge sogar die Freiheit bekommen, einzelne ‚Leistungen‘ des Staates wie zum Beispiel das Militärwesen nicht anzunehmen und dafür auch keine Steuern zahlen zu müssen.<sup>152</sup>

Allerdings vermochte Proudhon zahlreiche praktische Fragen nach gerechten Steuerbemessungsgrundlagen, nach einer proportionalen und/oder progressiven Besteuerung und nach Problemen der Abwälzung von Steuern noch nicht zu klären. Trotz mancherlei Unvollkommenheiten im Detail war der Kern seiner Gedanken über den strukturellen Wandel von Staat und Steuern bahnbrechend: „Um die gleichmäßige Verteilung der Steuer ins Werk zu setzen ... , müsste man ... damit beginnen, die gleichmäßige Verteilung der Vermögen, des Kapitals, der Erzeugnisse und der Dienstleistungen ins Werk zu setzen.“<sup>153</sup>

Proudhon bedauerte sehr, dass „die Ökonomen ... keine Vorstellung von dieser ungeheuren Veränderung haben“ und dass sie deshalb eine solche Veränderung nicht unterstützten. Dabei hätten sie einen Gedanken von François Quesnay und den „verehrwürdigen Physiokraten“ aufgreifen können, der für Proudhon zum „Dreh- und Angelpunkt bzw. Eckstein“ seiner Staats- und Steuertheorie wurde: nämlich die Einsicht, dass die Bodenrente, die Adam Smith noch neben dem Arbeitslohn und dem Kapitalzins als eine der „drei Urquellen eines jeden Einkommens“ betrachtet hatte, kein rechtmäßiges Einkommen der Privateigentümer des Bodens war, sondern dem Staat als „Organ des Allgemeininteresses“ zusteht. Der Staat „repräsentiert ... die Gemeinschaft und die Solidarität der Gesellschaft“ und die bislang von Bodeneigentümern privat vereinnahmte Bodenrente hielt Proudhon deshalb in Übereinstimmung mit Quesnay und Mirabeau für die „einfachste, vernünftigste Steuer“ zur Finanzierung des Staatshaushalts, zumindest für seinen größten Teil.<sup>154</sup>

---

<sup>151</sup> Pierre Joseph Proudhon (1861/2012), S. 123 (Verkleinerung statt Vergrößerung des Staatshaushalts), 189, 191, 196 und 199 - 200 (keine Steuergerechtigkeit im Kapitalismus, Steuerprogression als scheinheiliges System) und 250 (Gleichheit als Voraussetzung für Steuergerechtigkeit).

<sup>152</sup> Pierre Joseph Proudhon (1861/2012), S. 69, 74 und 103 (staatliche Leistungen zum Selbstkostenpreis) sowie 118, 125, 145 und 247 (keine Steuern für Militär und Kriegführung).

<sup>153</sup> Pierre Joseph Proudhon (1861/2012), S. 17 - 26 (Hinweise von Dirk Löhner im Vorwort), 82 (Steuerbemessung), 95 - 97 (Ablehnung einer einheitlichen Pro-Kopf-Steuer), 128 - 135 (Verhältnismäßigkeit von Steuern) und 237 (gleichmäßige Verteilung von Kapital und Steuern).

<sup>154</sup> Pierre Joseph Proudhon (1861/2012), S. 94 und 253 (Ökonomen), 223 (Übereinstimmung mit Quesnay und Mirabeau), 230 - 231 (Staat als Repräsentant der Gesellschaft), 253 - 254 (Quesnay und Physiokra-

Gegen Ende seines Lebens stellte Proudhon also wie nach ihm der US-amerikanische Bodenreformer Henry George nicht mehr das Bodenprivateigentum als solches in Frage, sondern ‚nur‘ noch die Möglichkeit, dieses Eigentum zur Quelle eines leistungslosen Einkommens aus der Bodenrente zu machen. „Das einzig wahre Eigentum ist das Eigentum an Grund und Boden. Denn nur aufgrund dieses Eigentums ist der Mensch wirklich frei, gesichert und souverän.“ Zugleich erkannte Proudhon, dass die Höhe der gesamten Bodenrente nicht nur von der Bevölkerungsdichte abhing, sondern ganz wesentlich auch von der Art und dem Umfang des Ausbaus der öffentlichen Infrastruktur. Umso plausibler erschien ihm deshalb eine Bodenrentensteuer als „erste und wichtigste Quelle der Steuer“. Zugleich sei sie „unabhängig von dem Recht, das der Staat auf einen Anteil an dieser Rente hat, von allen Steuern ... diejenige, die am wenigsten Kapital, Arbeit, Gewinne und Löhne berührt und die am wenigsten das Werk der Produktion stört.“<sup>155</sup>

Gerade weil Proudhon die Bodenrentensteuer als „einfachste, vernünftigste, gerechteste, am wenigsten kostspielige, die Massen am wenigsten beschwerende ... Steuer“ forderte, überraschte seine Auffassung, dass der Staat nur ein „Recht auf einen Anteil an dieser Rente“ habe und dass die Bodenrentensteuer „nicht bis zur Ausschöpfung der Gesamtheit der Grundrente gehen ... darf“. Dieser Widerspruch in seiner Argumentation hätte zwei Folgen gehabt. Zum einen hätte sie einen unnötigen Verzicht des Staates auf denjenigen Teil der Bodenrente bedeutet, der weiterhin den privaten Bodeneigentümern als leistungsloses Einkommen verbliebe. Und zum anderen würde dadurch der finanzielle Spielraum des Staates eingengt, so dass er aus dieser Steuerquelle nur einen „Bruchteil der Staatsausgaben“ hätte finanzieren können; für seine öffentlichen Dienste hätte er also noch weitere Steuern wie zum Beispiel Verbrauchssteuern erheben müssen.<sup>156</sup>

Davon abgesehen war Proudhons Auffassung sehr bemerkenswert, dass es neben dem privaten Eigentum am Boden und an den dezentralisierten Produktionsmitteln auch öffentliches Eigentum geben sollte, „das ein Staat niemals veräußern darf. Dazu gehören zuallererst die Verkehrswege, die Eisenbahnen, Straßen und Kanäle, Bergwerke, Gewässer und Wälder. ... Um besagtes Eigentum ... zum Selbstkostenpreis ... zu verwerten“, müsse sich der Staat „an Pachtgesellschaften

---

ten, Staat als Organ der Allgemeininteressen, Bodenrente als erste und wichtigste Steuerquelle, Dreh- und Angelpunkt der Steuertheorie) sowie 270 und 272 (Bodenrente als Dreh- und Angelpunkt). - Adam Smith (1776/1987), S. 211 (drei große Klassen), 46, 57 und 514 (drei Einkommensarten).

<sup>155</sup> Pierre Joseph Proudhon (1861/2012), S. 212 (Bodeneigentum als Freiheitsgarantie), 253 (Bodenrentensteuer als erste und wichtigste Steuer) und 257 (Bodenrentensteuer stört die Produktion am wenigsten). In der Übersetzung von Proudhons „Theorie der Steuer“ durch Lutz Roemheld ist durchweg von „Grundrentensteuer“ die Rede. Da jedoch der Begriff „Grundrente“ auch in anderem Kontext verwendet wird, wird hier nur der Begriff „Bodenrentensteuer“ verwendet.

<sup>156</sup> Pierre Joseph Proudhon (1861/2012), S. 25 (Dirk Löhr in der Einleitung), 231 (Bodenrentensteuer als einfachste, vernünftigste und gerechteste Steuer; keine vollständige Wegsteuerung der Bodenrente) und 257 (keine vollständige Wegsteuerung der Bodenrente).

wenden, denn sein Fachgebiet erlaubt ihm nicht, sich mit Landwirtschaft oder Förderung von Bodenschätzen, mit Holzfällerei oder gar mit Jagd und Fischfang zu befassen.“ Und hinsichtlich der „Stollen mit Bodenschätzen“ war ihm bereits bewusst, dass sie „von der Natur geschaffene Lagerstätten“ darstellen, „eine Art öffentlicher Magazine zum Nutzen einer bestimmten Zahl von Generationen, die sich jedoch nicht erneuern lassen“. Und es dürfe nicht möglich sein, zugleich mit dem Abbau dieser Ressourcen private Ressourcenrenten zu erzielen. „Es kann sein, dass der Förderer dieser Bodenschätze ihnen jedes Jahr weit über das hinaus entnimmt, was für seine Existenz notwendig ist. Aber vom Gesichtspunkt der Gesellschaft aus gesehen, die die Folge vieler Generationen umspannt, darf man nicht zulassen, dass die Nutzung der Stollen eine Rente hervorbringt.“ Nachdem „der Grubenbetrieb im Verlauf von 50 Jahren Anlass zu einer Vielzahl skandalöser Missbrauchs“ war, sei es nunmehr an der Zeit, „den Bergbau ähnlich wie die Eisenbahnen zu betreiben, Arbeitergesellschaften (companies ouvrières) zu organisieren, die ihn betreiben, seine Produkte den Bürgern (citoyens) zum Förderpreis zu liefern, ausgenommen eine vom Staat zu erhebende Wertsteuer.“<sup>157</sup> Zusätzlich zu einer Bodenrentensteuer schlug Proudhon also - 1861! - auch schon ein der Allgemeinheit zufließendes Entgelt für die private Nutzung von Ressourcen vor. -

Auf seine „Theorie der Steuer“ folgte noch ein Werk „Über das föderative Prinzip“ (1863). Darin charakterisierte Proudhon den Staat sowohl in seiner feudalistischen als auch in seiner von wirtschaftlicher Macht verfälschten kapitalistisch-demokratischen Gestalt als eigentliche Verkörperung der Autorität, welche die persönliche Freiheit der Menschen beschränkt: „Da der Bürger und die Gemeinde jeder Würde beraubt sind, dringt der Staat in vielfältiger Form weiter vor und die Lasten des Steuerzahlers wachsen entsprechend. Es ist nicht mehr die Regierung, die für das Volk da ist, sondern das Volk ist für die Regierung da. Die Staatsgewalt durchdringt alles. ... Dem Bürger bleibt nichts mehr übrig, als in seinem kleinem Winkel seine Aufgabe zu erfüllen, sein kleines Gehalt entgegen zu nehmen, seine kleine Familie groß zu ziehen und sich im Übrigen auf die Weisheit der Regierung zu verlassen.“<sup>158</sup>

Frankreich und England betrachtete Proudhon mehr als hierarchisch-zentralistische Machtstaaten denn als Rechtsstaaten. Und auch die Bildung weiterer Staaten in Deutschland, Italien, Ungarn, Irland oder Polen „nach dem Muster der Großmächte“ hielt er „im Grunde nur für die Herstellung von Einheitsstaaten“, die die persönliche Freiheit zugunsten von wirtschaftlicher Macht beschränken. „Die so viel von der Wiederherstellung der nationalen Einheit reden, haben wenig Sinn für die individuellen Freiheiten. Sie bedienen sich des Nationalismus als Vorwand, um der wirtschaftlichen Revolution auszuweichen.“ Aufgrund der ihnen zu-

---

<sup>157</sup> Pierre Joseph Proudhon (1861/2012), S. 132 (unveräußerliches öffentliches Eigentum) sowie 272 und 274 (Endlichkeit der Ressourcen),

<sup>158</sup> Pierre Joseph Proudhon (1863/1963), S. 194, 213 und 248 - 249.

grunde liegenden sozialen Ungleichheit werde in allen diesen Staaten immer wieder ihre innere politische Instabilität zu Tage treten.<sup>159</sup>

Im Gegensatz zu den annexionistischen Machtstaaten, die um die Vorherrschaft auf dem europäischen Kontinent und in der Welt kämpften, stellte sich Proudhon eine „Dezentralisation der Großstaaten und eine allgemeine Abrüstung“ vor, damit eine breite Vielfalt europäischer „Souveräne mittlerer Größe“ entstehen kann - ähnlich wie die Schweiz - , die sich mit dem Ziel eines „europäischen Gleichgewichts ... durch einen Föderationspakt miteinander ... zu einer Konföderation der Konföderationen ... vereinigen.“<sup>160</sup> Darin sollten die einzelnen Staaten ihren bisherigen widersprüchlichen Doppelcharakter als Rechts- und Machtstaaten ablegen und zu reinen Rechtsstaaten werden, die eine gerechte Rahmenrechtsordnung für die Wirtschaft und die Gesellschaft schaffen, aber nicht länger vormundschaftlich in das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben intervenieren: „In einer freien Gesellschaft spielt der Staat oder die Regierung vornehmlich die Rolle des Gesetzgebers, des Einrichtenden, Schöpfenden, Einsetzenden oder des Einführenden - und am wenigsten die Rolle des Ausführenden. ... Der Staat ist kein Unternehmer für öffentliche Dienstleistungen; dies hieße ihn den Industriellen gleich stellen, die sich zur Ausführung von Gemeindearbeiten verdingen.“ Proudhon war für die Trennung nicht nur der Kirche, sondern auch des Bildungswesens vom Staat. Außerdem sah er keine Notwendigkeit einer staatlichen Organisation des Verkehrswesens, befürwortete aber einen staatlichen Rechnungshof und auch ein staatliches Amt für Statistik.<sup>161</sup>

Am Ende mündete Proudhons Vision einer marktwirtschaftlichen, aber nicht mehr kapitalistischen Ordnung der Wirtschaft und einer föderativen Ordnung der Politik in die Erwartung, dass „das 20. Jahrhundert die Ära der Föderation eröffnen wird. Oder die Menschheit wird wieder durch ein tausendjähriges Fegefeuer gehen. Das wahre Problem, das es zu lösen gilt, ist nicht das politische, sondern das wirtschaftliche Problem. ... Ganz Europa verlangt laut nach Frieden und Abrüstung.“<sup>162</sup>

## Nachwirkungen bei Peter Kropotkin und Gustav Landauer

In gewisser Hinsicht erging es Proudhon mit seinen späten Schriften wie Marx & Engels mit dem Band 3 des „Kapital“. Sie wurden nämlich sehr viel weniger rezipiert als seine frühen Schriften wie „Was ist das Eigentum?“ oder „Bekenntnisse eines Revolutionärs“ - nicht zuletzt, weil sie erst Jahrzehnte später auch in andere Sprachen übersetzt wurden.

Obwohl Proudhon die ursprünglichen Ziele der politischen Demokratie befürwortete und auch die Wirtschaft demokratisieren wollte, bezeichnete er seine Vision

---

<sup>159</sup> Pierre Joseph Proudhon (1858/1963), S. 187 und 209 - 224.

<sup>160</sup> Pierre Joseph Proudhon (1863/1963), S. 238 und 241 - 242.

<sup>161</sup> Pierre Joseph Proudhon (1863/1963), S. 234 - 235.

<sup>162</sup> Pierre Joseph Proudhon (1863/1963), S. 257 - 258 und 262.



einer egalitär-föderativen Ordnung vieler kleiner und mittlerer Republiken in Europa vielfach nicht als Demokratie, sondern - um die politische und ökonomische Herrschaftslosigkeit begrifflich von der real existierenden kapitalistisch verfälschten Demokratie zu unterscheiden - als „Anarchie“.<sup>163</sup> Dies führte zu dem Missverständnis, dass Proudhons Abneigung gegen jegliche Autorität von Menschen über Menschen auf das Ziel einer völligen Abschaffung des Staates hinauslaufe. Diesem Missverständnis hatte er bereits in seiner ersten Schrift „Was ist das Eigentum?“ und nochmals unmittelbar nach der gescheiterten 1848er Revolution in den „Bekanntnissen eines Revolutionärs“ selbst mit den Worten Vorschub geleistet, dass „die Regierungen und Parteien verschwinden müssen, wenn der Mensch einmal mündig geworden ist. ... Autorität, Regierung, Macht, Staat - diese Worte bezeichnen alle eine und dieselbe Sache. ... Die wahre Form der Regierung ist die Anarchie, die Herrschaftslosigkeit. ... Ich will weder regieren noch regiert werden!“<sup>164</sup> Jedoch stellte sich Proudhon föderale Rechtsstaaten als Form der Politik vor und nicht etwa eine Auflösung von jeder Staatlichkeit.

Da zudem Leon Walras, der spätere Mitbegründer der neoklassischen Ökonomie, seit seiner Dissertation (1860) einem Eindringen von Proudhons Gedanken in die Ökonomie wirkungsvoll entgegen trat<sup>165</sup>, konnte in der Folgezeit auch keine gedankliche Verbindung zwischen dem klassisch-liberalen Staatsverständnis von Adam Smith und Proudhons Vision einer föderativen Ordnung mehr zustande kommen. Und da schließlich große Teile der internationalen Arbeiterbewegung nach dem Zerwürfnis zwischen Marx und Proudhon staatszentralistisch orientiert blieben - Ferdinand Lassalle verhöhnte den liberalen Staat später gar als „Nachtwächterstaat“ - , konnten Proudhons Gedanken fortan nur noch im staatskritischen oder gar staatsfeindlichen Anarchismus weiterwirken. Dieser teilte sich wiederum in eine von Michail Bakunin (1814-1876) und Peter Kropotkin (1842-1921) geprägte anarcho-kommunistische Richtung und in eine vor allem von Proudhon beeinflusste libertäre Richtung auf.<sup>166</sup>

In der Pariser Kommune, die wenige Jahre nach Proudhons Tod während des Deutsch-Französischen Kriegs von 1870/71 entstand, wirkte sich die Spaltung der Arbeiterbewegung besonders nachteilig aus. Nachdem Frankreich die Schlacht bei Sedan verloren und das von deutschen Truppen belagerte Paris kapituliert hatte, wurde Wilhelm I. im Spiegelsaal zu Versailles zum deutschen Kaiser ausgerufen und in Frankreich die Monarchie von einer bürgerlichen Republik abgelöst. Wäh-

---

<sup>163</sup> Pierre Joseph Proudhon (1863/1963), S. 199 (Anarchie) und 262 (Republik) sowie (1866/2010), S. 176 (Anarchie).

<sup>164</sup> Pierre Joseph Proudhon (1849/1969), S. 7 (Republik als Ideal), 18 - 19 (Ablehnung jeglicher Autorität), 94 und 223 (Anarchie). - Pierre Joseph Proudhon (1840/1971), S. 23 (keine Herrschaft von Menschen über Menschen), 56 (Despotie, Monarchie, Aristokratie und Demokratie sind Tyrannen), 219 („Ich bin Anarchist.“), 224 und 228. - Adam Smith (1776/1978), S. 587 - 693.

<sup>165</sup> Leon Walras (1860).

<sup>166</sup> Zur Wirkungsgeschichte von Proudhons Werk vgl. Johannes Hilmer (1997), S. 175 - 189. - Adam Smith (1776/1978), S. 587 - 693.

rend dieses bürgerkriegsähnlichen Übergangs wurde Frankreich von Versailles aus regiert und als der Pariser Stadtrat neu gewählt wurde, gewannen linksbürgerliche, sozialistische und kommunistische Kräfte die Mehrheit. Der neue Gemeinderat ordnete die sofortige Bewaffnung der Pariser Bevölkerung an, um die Selbstständigkeit der Stadt sowohl gegen deutsche Truppen als auch gegen französische Regierungstruppen verteidigen zu können. Bei den Beratungen über die Schaffung menschenwürdiger sozialer Verhältnisse in Paris brachen dann heftige Kontroversen zwischen den kommunistisch orientierten Blanquisten und den anarchistisch-sozialistisch eingestellten Proudhonisten aus, wobei die Blanquisten die Oberhand bekamen. Schließlich ging die Pariser Kommune nach 72 Tagen unter, als die Regierungstruppen Paris in einer „blutigen Maiwoche“ zurückeroberten.<sup>167</sup> -

Danach lebten Proudhons Gedanken insbesondere im Werk von Kropotkin weiter, der eine besondere Berühmtheit dadurch erlangte, dass er Darwins Deutung des Lebens als Kampf ums Dasein mit seinem Buch über die „Gegenseitige Hilfe in der Tier- und Menschenwelt“ entgegen trat (1902). Wenige Jahre vorher hatte Kropotkin in seinem Buch „Landwirtschaft, Fabrik und Werkstatt“ seine Vision einer Gesellschaft beschrieben, die aus einer Vielzahl von kleinen sozialistischen Kommunen mit gemeinschaftlichem Eigentum bestehen sollte. Wenn sich die Großindustrie nur auf der Grundlage der Lohnabhängigkeit der Arbeiter aufrecht erhalten lasse, dann solle die Gesellschaft auf großtechnische Produktionsanlagen verzichten. An ihnen kritisierte Kropotkin auch die zu weit voran getriebene Arbeitsteilung, die die Arbeit der Lohnabhängigen in der industriellen Massenproduktion oftmals auf einzelne, sich in stumpfer Monotonie wiederholende Handgriffe reduzierte. Er kritisierte den Verlust von Handwerk und Kunsthandwerk und verwies darauf, dass die Arbeitsteilung unter den Bedingungen der Konzentration von Kapital keineswegs nur der Erleichterung der menschlichen Arbeit und der Steigerung ihrer Produktivität gedient habe, sondern in erster Linie der Steigerung von Gewinnen. Ähnlich wie Proudhon kritisierte Kropotkin die Teilung und hierarchische Über-/Unterordnung von leitenden und ausführenden Arbeiten und erhoffte sich von einer Dezentralisierung von Landwirtschaft, Handwerk, Industrie und Handel in Gestalt landwirtschaftlich-industrieller Föderationen Möglichkeiten für neue egalitäre Verbindungen von geistigen und körperlichen Arbeiten. „Das gegenwärtige System der Industrie, das auf eine fortgesetzte Zergliederung der Tätigkeit gegründet ist, trägt schon die Keime zu seinem eigenen Untergang in sich. ... Das Ideal der Zentralisten bedarf dringend einer Revision.“ Landwirtschaftliche und industrielle Tätigkeiten sollten enger miteinander verbunden werden - „nicht in ihrer gegenwärtigen Form als kapitalistische Fabrik, sondern in Gestalt einer sozial organisierten Produktion. Mit voller Hilfe der Maschinen und des technischen Wissens“ sollte die dezentralisierte Industrie „in die Dörfer kommen“, wobei Kropotkin auch die englische Gartenstadtbewegung vor Augen hatte. „Habet Fabrik

---

<sup>167</sup> Maschkin, Michail (1982).

und Werkstätte dicht neben euren Feldern und Gärten!“ Zudem sollte ein „gleichzeitiger Unterricht in Wissenschaft und Handwerk“ für eine umfassende Erziehung und vielseitige Bildung der Menschen sorgen und letztlich sollte dadurch auch das Kunsthandwerk zu einer neuen Blüte gelangen können.<sup>168</sup>

Ganz besonders kritisierte Kropotkin die kapitalistisch-kolonialherrschaftliche Form der internationalen Arbeitsteilung, bei der 'entwickelte' europäische Industrieländer sich sowohl Rohstoffvorräte als auch Absatzgebiete in 'unterentwickelten' Ländern Afrikas, Asiens und Südamerikas aneignen und „eine ständig zunehmende Schnelligkeit der überseeischen Verbindungen“ benötigen. „Es ist Zeit, den Schluss zu ziehen“, womit Kropotkin nicht jeden internationalen Verkehr beenden sollte; aber „Industrien aller Arten sollten sich dezentralisieren und sich über die ganze Erde verbreiten. Jedes Volk wird der Reihe nach ein Industrievolk. Und die Zeit ist nicht mehr fern, da die Völker Europas sowohl die der Vereinigten Staaten und die zurück gebliebenen Völkerschaften Asiens und Amerikas beinahe alles, was sie brauchen, selbst herstellen werden. ... Und was die afrikanischen Völker anbelangt, so ist deren Elend doch wahrlich keine Grundlage für den Wohlstand eines zivilisierten Volkes. In anderer Richtung ist der Fortschritt zu suchen. Er liegt in der Produktion für den eigenen Bedarf.“ Jedes Land der Welt sollte landwirtschaftliche, handwerkliche und industrielle Güter in erster Linie für den eigenen Bedarf herstellen.<sup>169</sup>

Der Einfluss von Proudhon und Kropotkin erstreckte sich im frühen 20. Jahrhundert schließlich noch auf Gustav Landauers und Martin Bubers Gedanken über die Bildung von Siedlungen und Genossenschaften. Damit sollte die kapitalistische Gesellschaft nach und nach auf gewaltfreie Weise und ohne den Staat zu einem bürokratischen „monströsen Riesenunternehmer“ zu machen in eine freiheitlich-sozialistische Gesellschaft übergehen. In der „Vereinigung von Industrie und Landwirtschaft in selbstständig wirtschaftenden und tauschenden Gemeinden“ sah Landauer auch einen Weg zum „Wiederanschluss der Wirtschaft an die Natur.“<sup>170</sup> Über Martin Buber wirkten diese Vorstellungen auf die Kibbuz-Bewegung in Palästina/Israel weiter. Außerdem beeinflusste Proudhon den Anarcho-Syndikalismus, der insbesondere in den romanischen Ländern bestrebt war, in privaten Händen konzentriertes Kapital auf lokale Untergliederungen der Gewerkschaften zu übertragen. Dem Syndikalismus mangelte es jedoch an der Einsicht in die Notwendigkeit, boden-, geld- und kreditpolitische Voraussetzungen für die Entstehung nichtkapitalistischer Arbeiterassoziationen zu schaffen.<sup>171</sup>

---

<sup>168</sup> Peter Kropotkin (1902/1976), S. 21 - 23 (Regionalisierung von Produktion und Verbrauch), 196 - 197 (Gartenstadtbewegung und Revision des Ideals der Zentralisten), 232 (Kunsthandwerk) und 244 (Nachbarschaft von Landwirtschaft und Industrie).

<sup>169</sup> Peter Kropotkin (1902/1976), S. 24 (internationale Transporte), 47 - 49 und 199.

<sup>170</sup> Gustav Landauer (1911/1967), S. 101 (Staat als Riesenunternehmer), 178 und 188.

<sup>171</sup> Martin Buber (1947/1985), S. 56 - 109 (über die Einflüsse von Proudhon, Kropotkin und Landauer). - Zum Anarcho-Syndikalismus vgl. den Abschnitt 5.3 im vorliegenden Buch.

## Vorläufer des späteren Faschismus?

In neuerer Zeit fand der Kampf von Marx und Engels gegen Proudhon als ‚kleinbürgerlichen Sozialisten‘ seine Fortsetzung in Versuchen, ihn unter Hinweis auf antisemitische, rassistische und frauenfeindliche Äußerungen als einen Vorläufer des späteren deutschen Faschismus zu stigmatisieren. So hat Frederic Krier ihn im Untertitel seiner Studie über einen „Sozialismus für Kleinbürger“ als „Wegbereiter des Dritten Reiches“ charakterisiert, obwohl die Resultate seiner Studie sehr viel differenzierter ausfallen.

Proudhons Polemiken gegen Parteien, gegen das „parlamentarische Schwatzen“<sup>172</sup> und gegen die Herrschaft von Mehrheiten über Minderheiten waren in der Tat eine Gratwanderung. Sie konnten den Eindruck einer Geringschätzung der kleinen Fortschritte erwecken, die die damalige Politik gegenüber dem Ancien Regime erreichte. Aber sie richteten sich nicht gegen die Demokratie als solche, sondern gegen ihre Verfälschung durch die Machtpolitik von Parteien und Interessenverbänden. Proudhons gesamte Denkweise war gegen jegliche Herrschaft von Menschen über Menschen und erst recht gegen totalitäre Herrschaftssysteme gerichtet und auch sein Menschenbild wies keine sozialdarwinistischen Züge auf. Er bekannte sich zu einer herrschaftsfreien Föderation einer Vielzahl von kleinen und mittleren Republiken.<sup>173</sup>

Im Gegensatz zu Kriers Einschätzung sind auch Proudhons Abneigung gegen das römische Bodenrecht und seine Sympathie für germanische Bodenrechtsvorstellungen kein Indiz für seine besondere Vorliebe für ‚die Germanen‘ und für eine besondere Abneigung gegen ‚die Römer‘. Unabhängig von den unterschiedlichen Rechtsvorstellungen von Römern und Germanen ging es Proudhon um die - wie er ausdrücklich betonte - auch bei slawischen Völkern vorhandene Einsicht, dass der Boden grundsätzlich kein Privateigentum sein dürfe bzw. privates Bodeneigentum nicht zur Quelle einer leistungslosen Bodenrente werden dürfe.<sup>174</sup> Und im Gegensatz zum Untertitel seines Buches kommt Krier an mehreren Stellen seines Buches auch im Hinblick auf die Problematik des Geldes und des Zinses selbst zu dem Ergebnis, dass es eben doch „keine direkte Geistesverwandtschaft zwischen Proudhon und dem nationalsozialistischen Programm der ‚Brechung der Zinsknechtschaft‘“ gibt. Andererseits haben Kriers Hinweise ihre Berechtigung, dass Proudhon in sich widersprüchliche und kritikwürdige Ansichten über das Juden-

---

<sup>172</sup> Pierre Joseph Proudhon (1849/1969), S. 41.

<sup>173</sup> Vgl. hierzu Karl Hahn (1975), S. 277 - 315 (Proudhons Kritik an der real existierenden Demokratie), S. 229 - 275 und 317 - 338 (Ausblicke auf Proudhons Vorstellungen von einem zukünftigen demokratischen Förderalismus).

<sup>174</sup> Frederic Krier (2009), S. 109 - 129. Vgl. hierzu Pierre Joseph Proudhon (1865/2010), S. 161 und 169 - 170.

tum und das Christentum hatte. Einen prägenden Einfluss auf seine ökonomischen Gedanken hatten sie allerdings nicht.<sup>175</sup>

---

<sup>175</sup> Frederic Krier (2009), S. 60 und 179 - 282. Vgl. außerdem das Klarheit schaffende Nachwort von Gerhard Senft zur Neuauflage von Proudhon „Handbuch der Börsenspekulanten“, in: Proudhon (1854/2009), S. 277 - 310.